

BETEILIGUNGSBERICHT des Vogelsbergkreises

für das Geschäftsjahr

2014



IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon 06641 / 977-0

Ansprechpartner: Landrat Manfred Görig

Redaktion: Walter Bathke, Dunja Obermüller
Amt für Finanzen und Kassenwesen
- Sachgebiet Beteiligungssteuerung -

Druck: Vogelsbergkreis

Stand: 31. Dezember 2014

Vorwort

Dem aufmerksamen Betrachter wird bereits aufgefallen sein, dass sich das seit Jahren gewohnte Erscheinungsbild des Beteiligungsberichtes verändert hat. Unsere Verwaltung hat nicht übersehen, die Jahreszahl auf dem Titelblatt fortzuschreiben. Es handelt sich um eine gewollte Änderung und nicht, wie man meinen könnte, um eine Neuauflage des Beteiligungsberichtes aus dem Jahr 2014. Durch die Umstellung wird künftig deutlich, über welches Geschäftsjahr im Beteiligungsbericht informiert werden soll.



Die Angabe des Kalenderjahres, in welchem der Beteiligungsbericht heraus gegeben wird, sagt nichts über den Berichtszeitraum. Auch das Titelmotiv wurde aus Gründen des Urheberrechtsschutzes neu gestaltet.

Neu ist allerdings nicht nur die äußere Gestaltung, es tauchen auch einige neue Beteiligungsunternehmen auf.

Da wäre als erste zu nennen die „Projektentwicklungs-GmbH Schule an der Wascherde KG“.

Wir haben die Gelegenheit genutzt, die Anteilsmehrheit an dieser KG zu erwerben und so vorteilhaft zu finanzieren, dass die vom Vogelsbergkreis als Schulträger zu zahlende Miete deutlich gesenkt werden konnte.

Eine GmbH und Co. KG benötigt notwendigerweise eine/n Komplementär/in. Zu diesem Zweck wurde die Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis gegründet, die somit ebenfalls seit 2014 zu den verbundenen Unternehmen gehört.

Ganz besonders freut es mich aber, dass in diesem Beteiligungsbericht zwei neue Gesellschaften erscheinen, die für die Zukunft des Vogelsbergkreises von geradezu elementarer Wichtigkeit sind. Es ist zum einen die Breitband Beteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis, mit der es uns gelungen ist, im engen Schulterschluss mit 17 Gemeinden die Interessen unseres Landkreises zu bündeln und in ein leistungsfähiges Partnerunternehmen einzubringen, das die Gewähr für einen erfolgreichen Ausbau schneller Datenbahnen bietet und zugleich die Erwartungen der kommunalen Teilhaber kennt und berücksichtigt.

Diesen Partner haben wir mit der „Breitband-Infrastrukturgesellschaft Oberhessen“ (BIGO) gefunden, bzw. ins Leben gerufen, indem wir diese Gesellschaft zusammen mit dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe und dem Wetteraukreis bedarfsgerecht gegründet haben.

In dieser Konstellation fördern wir in entscheidendem Maße die Zukunftsfähigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität des Vogelsbergkreises.

Ich halte die Versorgung unseres ländlichen Raumes mit hoch leistungsfähiger Breitbandinfrastruktur, für die sich bislang kein privater Anbieter interessiert hat, für derart wichtig, dass ich sie in ihrer Bedeutung mit der Elektrifizierung Oberhessens ab ihren Anfängen im Jahre 1911 gleichsetzen möchte. Breitbandversorgung ist ein, für die Region überlebenswichtiger Standortfaktor, um nicht von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes abgekoppelt zu werden.

Deshalb habe ich mich als Landrat des Vogelsbergkreises in ganz besonderem Maße dafür eingesetzt und persönlich dafür engagiert, diese „Lebensader“ entstehen zu lassen.

Ich bin in Anbetracht der aktuellen Fortentwicklung der festen Überzeugung, dass wir mit dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe einen zuverlässigen und leistungsstarken Partner in die BIGO eingebunden haben, der mit dem dort vorhandenen Know-how den Erfolg des Unternehmens garantiert.

In seinen weiteren Teilen entspricht der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2014 der Gliederung des Vorjahres und ich hoffe, dass wir eine Darstellungsform gefunden haben, die den Mitgliedern der parlamentarischen Kreisgremien und darüber hinaus allen Interessierten, in übersichtlicher Weise die Informationen bietet, die sie sich erhoffen.

Für etwaige Rückfragen, weitergehende Erläuterungen oder gedruckte Berichtsversionen steht Ihnen in der Kreisverwaltung das Sachgebiet Beteiligungssteuerung (Herr Bathke, Tel.: 06641/977-3840 oder Frau Obermüller, Tel.: 06641/977-3880) zur Verfügung.

A handwritten signature in black ink, written in a cursive style. The name 'Manfred Görig' is clearly legible.

Manfred Görig
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Görig

	Seite
A. Allgemeine Informationen, Rechtsgrundlagen, Erläuterungen	
1. Vorbemerkungen	6
2. Die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung	6
3. Der Beteiligungsbegriff	8
4. Rechts- und Organisationsformen	9
5. Der Beteiligungsbericht	11
6. Inhalte des Beteiligungsberichtes	12
7. Weitergehende Publikationswünsche – weitergehende Publikationserwartungen	12
8. Beteiligungscontrolling bedeutet Beteiligungssteuerung	13
9. Die Rechnungslegung und Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen	14
10. Graphische Übersichten über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises	17/18
B. Die Beteiligungsunternehmen und Einrichtungen	
<u>I. „Die Pflicht“</u> (Beteiligungen im Sinne des § 123 a Abs. 1 HGO)	19
1. Gesundheit und soziale Angelegenheiten	
1.1 Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH (KKH Alsfeld)	20
1.2 Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistungsgesellschaft mbH (KAD)	35
1.3 Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft AMANDUS GmbH	42
1.4 Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH (GuPA)	49
1.5 Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH	55
2. Energieversorgung und Verkehr	
2.1 Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG)	62
2.2 Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)	67
2.3 OVAG Energie AG	71
2.4 OVAG Netz AG	76
2.5 Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	80

3. Nebenbetriebe der Entsorgungswirtschaft	
3.1 Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV)	84
3.2 Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV)	93
4. Wirtschaftsförderung und Tourismus	
4.1 Vogelsberg Consult GmbH	99
4.2 Region Vogelsberg Touristik GmbH	109
5. Betriebe zur Deckung des Eigenbedarfes	
5.1 Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (GVVB)	116
5.2 ProjektentwicklungsGmbH & Co Schule an der Wascherde KG (PEG)	125
6. Breitbandversorgung	
6.1 Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis (BBV)	134
<u>II. „Die Kür“</u> (erweiterte Berichterstattung)	141
1. Versorgung, Verkehr, Regionalentwicklung	
1.1 Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)	143
1.2 RhönEnergie Osthessen GmbH	152
1.3 Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	160
1.4 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	166
2. Entsorgung	
2.1 Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV)	175
3. Breitbandversorgung	
3.1 Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen (BIGO)	186
4. Natur und Umwelt, Erholung	
4.1 Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	192
4.2 Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.	200
4.3 Wasserverband Schwalm	204
4.4 Wasserverband Nidda	210
5. Kultur, Bildung, Ausbildung	
5.1 Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	213
6. Kreditinstitute	
6.1 Sparkasse Oberhessen	217

7. Sonstige Beteiligungen u. Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen 229

III. Kontaktadressen und Ansprechpartner 236

Urheberrechte 240

A. Allgemeine Informationen, Rechtsgrundlagen, Erläuterungen

1. Vorbemerkungen

Bereits seit der frühen ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gilt dem Grunde nach für die wirtschaftliche Betätigung öffentlicher bzw. staatlicher Gemeinwesen das Subsidiaritätsprinzip.

Das bedeutet, dass sich Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren wirtschaftlichen Aktivitäten im Wesentlichen auf Bereiche zur Sicherung der allgemeinen öffentlichen Daseinsvorsorge zu reduzieren haben und mit eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten nicht in Konkurrenz zu privaten Unternehmen treten.

Die Grenzen, innerhalb derer sich das wirtschaftliche Handeln kommunaler Körperschaften vollziehen soll, wurden bereits in Vorschriften zu Anfang des 20. Jahrhunderts über grundlegende Merkmale definiert, die ihren Ursprung im preußischen Rechtsverständnis hatten (§ 86 Abs. 1 Preußisches Finanzgesetz) und die sich nahezu wortgleich in der heutigen Fassung des § 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) wieder finden.

Infolge des Entstehens und der Weiterentwicklung internationaler Handels- und Rechtsbeziehungen wurden durch EU- und Bundesvorschriften ehemals klassische Tätigkeitsbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge aus dem Monopol der öffentlichen Hand herausgelöst und für den privatwirtschaftlichen Wettbewerb geöffnet. Beispiele sind das Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechtes (EnWG) oder das Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (KrW/AbfG).

Das bedeutet jedoch nicht, dass es kommunalen Aufgabenträgern verwehrt wäre, sich über die Gründung oder die Anteilsübernahme an juristischen Personen des Privatrechts am offenen Wettbewerb zu beteiligen.

Daraus folgend stellt sich die Frage nach den rechtlichen Möglichkeiten und Zulässigkeiten kommunaler wirtschaftlicher Betätigung.

2. Die kommunalrechtlichen Voraussetzungen einer Beteiligung

Nach Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz (GG) haben nicht nur die Gemeinden sondern auch die Gemeindeverbände (Landkreise) im Rahmen ihres Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Dieses Recht schließt ausdrücklich die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung ein.

Um Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen, möglichst effektiv und wirtschaftlich zu erledigen, steht es Gemeinden und Landkreisen frei, Gesellschaften des Privatrechts zu gründen oder sich an diesen zu beteiligen oder sich mit anderen Gemeinwesen zu Zweckverbänden zusammenschließen oder Mitgliedschaften in Verbänden oder Vereinen einzugehen, die sich im Interesse des Gemeinwohls betätigen.

Der Gesetzgeber wollte jedoch vermieden wissen, dass sich öffentliche Gemeinwesen durch die Gründung privatrechtlicher Unternehmensformen als „Marktteilnehmer“ darstellen, die durch nicht reglementierte wirtschaftliche Betätigung in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten.

Deshalb wird den Gemeinden und Landkreisen im Rahmen der Vorschriften des Sechsten Teiles der HGO das Recht zu einer relativ klar begrenzten wirtschaftlichen Betätigung zugestanden.

Gemäß § 121 Abs. 1 HGO darf sich ein Landkreis wirtschaftlich betätigen, wenn

- der **öffentliche Zweck** die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** des Landkreises und zum **voraussichtlichen Bedarf** steht und
- der **Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt** werden kann.

Für die Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien und die Verteilung hieraus gewonnener thermischer Energie enthält § 121 Abs. 1 a HGO eine besondere und ausdrückliche Betätigungslegitimation.

Es ergibt sich aus der Natur der Aufgabenstellung, dass nicht jede Beteiligung an einem privatrechtlich organisierten Unternehmen zugleich eine wirtschaftliche Betätigung darstellt.

Deshalb regelt § 121 Abs. 2 HGO explizit, welche Tätigkeiten **nicht** als wirtschaftliche Betätigung gelten.

Es sind dies

- Tätigkeiten, zu denen der Landkreis gesetzlich verpflichtet ist
- Tätigkeiten auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfes.

Im Umkehrschluss lässt sich daraus herleiten, welche Betätigungen als „wirtschaftliche Tätigkeit“ im Sinne des Gesetzes anzusehen sind. Es sind demnach alle Betätigungen nicht hoheitlicher Natur, die nicht im vorstehend zitierten Aufgabenkatalog des § 121 Abs. 2 HGO genannt sind.

In Fortführung dieser Systematik bestimmt § 122 Abs. 1 HGO, dass der Landkreis eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen darf, wenn

- die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen (siehe oben),
- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Kreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan erhält
- und wenn gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften des HGB aufgestellt und geprüft werden.

Durch diese Regelungsabfolge ist der Rahmen gesteckt, wann und unter welchen Bedingungen sich ein Landkreis wirtschaftlich betätigen darf, welche Tätigkeiten nicht als „wirtschaftliche Betätigung“ gelten und unter welchen Voraussetzungen ein Landkreis ein wirtschaftliches Unternehmen gründen oder sich daran beteiligen darf.

Der Fokus in den Bestimmungen der §§ 121 und 122 HGO ist vorrangig auf die Definition wirtschaftlicher Betätigung ausgerichtet, während es für die **Anwendung des § 123 a HGO** (Erstellung und Offenlegung des Beteiligungsberichtes) **lediglich auf die privatrechtliche Rechtsnatur einer Unternehmensbeteiligung und eine Beteiligungsquote von mindestens 20 Prozent** ankommt.

Die gesetzlichen Konstellationen mögen auf den ersten Anschein etwas verwirrend wirken, weshalb die Komplexität der Zusammenhänge zur Veranschaulichung durch ein praktisches Beispiel verdeutlicht werden soll.

Im August 1999 wurde die „Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH“ gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses in Alsfeld. Nach § 3 des Hessischen Krankenhausgesetzes handelt es sich bei dem Betrieb eines Krankenhauses um eine gesetzliche Aufgabe des Landkreises, die zugleich eine Tätigkeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens darstellt und somit nicht als wirtschaftliche Tätigkeit zu bewerten ist (§ 121 Abs. 2 Ziff. 1 und 2 HGO). Gleichwohl handelt es sich bei der Krankenhaus GmbH aber um ein Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts mit einer Beteiligungsquote von mehr als 20 Prozent, so dass die Krankenhaus GmbH als unmittelbare Beteiligung und ihre Tochterunternehmen (Amandus, KAD und GUPA) als mittelbare Beteiligungen in den Beteiligungsbericht aufzunehmen sind.

3. Der Beteiligungsbegriff

Für den Begriff der „Beteiligung“ gibt es keine einheitliche Definition. Nach Handelsgesetzbuch (HGB) beinhaltet eine Beteiligung Anteile an einem Unternehmen, die dazu bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu dienen (§ 271 Abs. 1 HGB).

Um der Intention des Vogelsbergkreises gerecht zu werden, seine Mandatsträger möglichst umfassend über die Aufgabenwahrnehmung außerhalb der Kernverwaltung zu informieren, ist die Beteiligungsdefinition des HGB zu eng gefasst, weil sie sich lediglich auf Anteile an „Unternehmen“ bezieht.

Im Beteiligungsbericht des Vogelsbergkreises wird der Beteiligungsbegriff in einer erweiterten Form verstanden, weshalb alle Anteile an organisatorisch nicht unmittelbar zur Kreisverwaltung gehörenden Unternehmen und Einrichtungen, sowie die Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen dargestellt werden.

Als solche waren zu berücksichtigen

- Privatrechtliche Gesellschaften
- Öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Öffentlich-rechtliche Anstalten
- Vereine

Während einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme.

4. Rechts- und Organisationsformen

Im Rahmen ihrer Organisationshoheit steht es den Landkreisen bei Beteiligungsgründungen dem Grunde nach frei, welche Unternehmensform sie aus dem Privatrechtsbereich oder aus den Möglichkeiten des öffentlichen Rechts als zweckmäßig und sachgerecht auswählen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Die für den Vogelsbergkreis bestehenden bzw. in Frage kommenden Beteiligungsformen sollen nachstehend kurz aufgezeigt werden.

4.1 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person des Privatrechts mit einem Stammkapital, das in „Stammanteilen“ von den Gesellschaftern (den Mitgliedern der Gesellschaft) gehalten wird.

Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen für Schulden der GmbH, sondern nur in Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung ist sie wegen der Vorschrift des § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. durch Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

4.2 Anstalt des öffentlichen Rechts

Eine Anstalt des öffentlichen Rechts kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender gem. § 5 d des Hessischen Sparkassengesetzes der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und durch die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Infolge der, durch die EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001), wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit.

Die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

4.3 Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe der Zweckverbände sind die Verbandsvorstände und die Verbandsversammlungen.

Die Rechtsgrundlage für die Bildung von Zweckverbänden, über ihre Organisationsstruktur und Arbeitsweise findet sich im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG).

4.4 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage (Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991 – BGBl. I, Seite 405). Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, die ausschließlich Gebietskörperschaften als Mitglieder kennen, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts Mitglied sein.

4.5 Eingetragene Verein (e.V.)

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

5. Der Beteiligungsbericht

Nach § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) gelten für die Wirtschaftsführung des Vogelsbergkreises, mit Ausnahme weniger Einzelparagraphen, die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen.

Daraus resultiert die Verpflichtung, jährlich unter Beachtung der Regelungen des § 123 a HGO einen Beteiligungsbericht zu erstellen.

In Abs. 1 dieser Bestimmung ist klar und präzise definiert, welchen Informationsgehalt der Landesgesetzgeber durch einen Beteiligungsbericht erfüllt sehen möchte.

„(Der Landkreis) hat zur Information des Kreistages und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen er mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.“

Damit reduziert sich der gesetzliche Auftrag zur Berichtspflicht auf

- Unternehmensbeteiligungen **in Rechtsformen des Privatrechts**
- mit unmittelbaren oder mittelbaren **Beteiligungsquoten von mindestens 20 Prozent**.

Würde sich der Vogelsbergkreis auf die Darstellung dieser obligatorischen Inhalte reduzieren, wäre der Beteiligungsbericht ein vergleichsweise „schlankes“ Zahlenwerk.

Sowohl die Abgeordneten des Kreistages als auch die interessierte Öffentlichkeit sollen jedoch möglichst umfassend über die Beteiligungsaktivitäten des Kreises informiert werden, weshalb über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehend

- Unternehmensbeteiligungen mit Beteiligungsquoten unter 20 Prozent,
- Beteiligungen des Kreises an Zweckverbänden,
- die Gewährträgerschaft an der Sparkasse Oberhessen als Anstalt des öffentlichen Rechts und
- Mitgliedschaften in sonstigen Verbänden und Vereinen,

in den Beteiligungsbericht aufgenommen wurden.

Um diese Zweigliedrigkeit, die sich aus verpflichtenden und freiwilligen Merkmalen ergibt, auch in der Darstellungsform deutlich werden zu lassen, haben wir Begrifflichkeiten aus der Welt des Sportes entliehen und den Teil, der die gesetzlichen Erfordernisse widerspiegelt, als „die Pflicht“ bezeichnet.

Der zweite Teil gewährt Informationen, die über die gesetzlichen Anforderungen an den Beteiligungsbericht hinausgehen, weshalb wir ihn zum sachgerechten Verständnis als „die Kür“ bezeichnet haben.

Bezüglich der Informationen und Inhalte, die der Beteiligungsbericht gemäß § 123 a Abs. 2 HGO vermitteln soll, haben wir zwischen dem ersten (Pflicht-)Teil und dem freiwilligen, ergänzenden Teil, keine Unterscheidungen bzw. Abstufungen vorgenommen.

Die getrennte Darstellung in einen obligatorischen und einen fakultativen Berichtsabschnitt führt zwangsläufig dazu, dass die Zweckverbände als öffentlich-rechtliche Körperschaften im zweiten Teil des Berichtes gezeigt werden, während alle ihre Tochterunternehmen über Unternehmensformen des Privatrechtes organisiert sind und deshalb als mittelbare Beteiligungen im ersten Teil des Berichtes erscheinen.

Das betrifft den ZOV mit der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (OVVG) und allen Tochterunternehmen.

Ebenso verhält es sich mit den Tochtergesellschaften des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis, den Gesellschaften AEGV und NEV.

Allerdings wird jedoch durch die gewählte Art der Darstellung deutlich, dass es hier um zwei unterschiedliche Beteiligungsformen geht, deren Geschäftsergebnisse (Jahresabschlüsse) und Lageberichte getrennt voneinander zu beurteilen sind.

6. Inhalte des Beteiligungsberichtes

Wie in den vorstehenden Abschnitten bereits angesprochen, sind in den Beteiligungsbericht nach der Vorschrift des § 123 a Abs. 1 HGO nur Beteiligungen an **Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechtes** aufzunehmen, an denen der Landkreis mit **mindestens 20 Prozent** mittelbar oder unmittelbar **beteiligt** ist.

Der Bericht soll Angaben enthalten über

- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Landkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von dem Landkreis gewährten Sicherheiten,
- das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen, sofern es sich bei dem Unternehmenszweck um eine wirtschaftliche Betätigung handelt.

7. Weitergehende Publikationswünsche - weitergehende Publikationserwartungen

In den politischen Diskussionen der Vergangenheit wurde wiederholt gefordert und teilweise kritisiert, dass der Beteiligungsbericht keine konkreten Angaben über Geschäftsführer-, Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge enthält.

Der Wunsch nach Mitteilung der Bezüge der Organmitglieder resultiert aus der Vorschrift des § 123 a Abs. 2 HGO.

Hier muss auf das Bestehen einer rechtlichen Konfusion aufmerksam gemacht werden. Nach der Vorschrift des § 123 a Abs. 2 Satz 3 HGO sind die Angaben zu den Bezügen der Organmitglieder, sofern die betreffenden Bezügeempfänger ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung nicht erklären, so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

Das Handelsgesetzbuch gehört in den Bereich des Bundesrechtes und damit zu höherrangigem Recht als das hessische Kommunalverfassungsrecht in Gestalt der HGO. Bundesrecht geht landesrechtlichen Vorschriften vor.

Nach § 286 Abs. 4 HGB können bei Gesellschaften, die keine börsennotierten Aktiengesellschaften sind, die Bezügeangaben der Organmitglieder unterbleiben, wenn sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.

Ist ein Vorstand oder eine Geschäftsführung nur mit einer oder zwei Personen besetzt, lässt sich aus der Angabe der Gesamtbezüge unschwer herleiten, welche Bezüge ein einzelnes Vorstands-/Geschäftsführungsmitglied bezieht.

Sofern also bereits im Jahresabschluss der jeweiligen Beteiligungsgesellschaft von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht wurde, ist regelmäßig davon auszugehen, dass der jeweilige Bezügeempfänger sein Recht auf informationellen Persönlichkeitsschutz gewahrt wissen möchte, so dass sich auch im Beteiligungsbericht eine Veröffentlichung der Bezüge verbietet.

Auf die Bezüge von Vorstandmitgliedern der Sparkasse findet § 123 a HGO ohnehin keine Anwendung, weil es sich bei der Sparkasse nicht um ein Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts handelt. § 123 a HGO bezieht sich ausschließlich auf Unternehmensbeteiligungen an privatrechtlich organisierten Unternehmen.

Abschließend ist noch auf den Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 19.02.2014 zu verweisen, wodurch ein Antrag, im Beteiligungsbericht neben den Bezügen der ehrenamtlichen Gremien auch die Vorstandsbezüge der kreiszugehörigen Gesellschaften zu veröffentlichen, mehrheitlich abgelehnt wurde.

Dieser Beschluss ist für die Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes bindend.

8. Beteiligungscontrolling bedeutet Beteiligungssteuerung

Vor allem ausgelöst durch die wachsenden Finanzprobleme der öffentlichen Hand war die allgemeine Diskussion über mehr als ein Jahrzehnt auf die Privatisierung öffentlicher Aufgaben ausgerichtet. In der Erwartung, öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen, entwickelte sich im Zuge der Verwaltungsmodernisierung ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen.

Damit einhergehend gab und gibt es einen kontrovers geführten Meinungsaustausch, welche Aufgaben verpflichtenden „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Tätigkeitsfeldern sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte.

Die Beteiligungen des Vogelsbergkreises sind zum Teil historisch gewachsen, als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Energie, Krankenhaus, Hochwasserschutz) oder jüngeren Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen öffentlichen Aufgabenfeldern wie z.B. der Regionalentwicklung.

Aufgrund seiner (Mit-)Eigentümerstellung und der zum Teil erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der abwägenden Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind - „to control“ bedeutet „steuern“.

Sicherlich ist mit dem Steuerungsauftrag auch ein Stück Kontrolle verbunden. Kontrolle dergestalt, indem hinterfragt wird, ob durch den Einsatz der finanziellen oder personellen Mittel, die politisch angestrebten Ziele in zufriedenstellender Weise erreicht wurden.

Die Beteiligungssteuerung kann sich bemühen, die Entwicklung der einzelnen Beteiligungsunternehmen konstruktiv-kritisch zu analysieren und kann die gewonnenen Erkenntnisse den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung stellen.

Die steuernden Eingriffe bleiben jedoch den Amts- und Mandatsträgern in den Vorständen, Aufsichtsräten, Gesellschafterversammlungen und Verbandsversammlungen vorbehalten.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling geschaffen.

Das Beteiligungscontrolling besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Haupt- und Rechtsamt, Amt für Finanzen und Kassenwesen, Amt für Wirtschaftsförderung und Revision, Amt für Gebäudemangement).

Die Wahrnehmung der Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen,
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind organisatorisch dem Sachgebiet „Beteiligungssteuerung“ im Amt für Finanzen und Kassenwesen zugeordnet.

9. Die Rechnungslegung und Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Die Gesellschaften, Zweckverbände etc., an denen der Vogelsbergkreis Beteiligungen hält, erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches bzw. nach den Vorschriften des sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu ergangenen Durchführungsvorschriften (GemHVO).

Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung (Ergebnisrechnung und Bilanz) soll ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

9.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter (Betriebsvermögen - „Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die Bilanzpositionen reduziert, die von den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für die Prüfung der Jahresabschlüsse verlangt werden. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung – befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw.

Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Vorräte, Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc.

Auf der Passivseite (Mittelherkunft) werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, oder gegenüber Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen etc.

9.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge ersichtlich, die für die Entstehung des Jahresergebnisses ursächlich sind.

Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldenachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung genannt – dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht zwar vollständig, jedoch komprimiert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war.

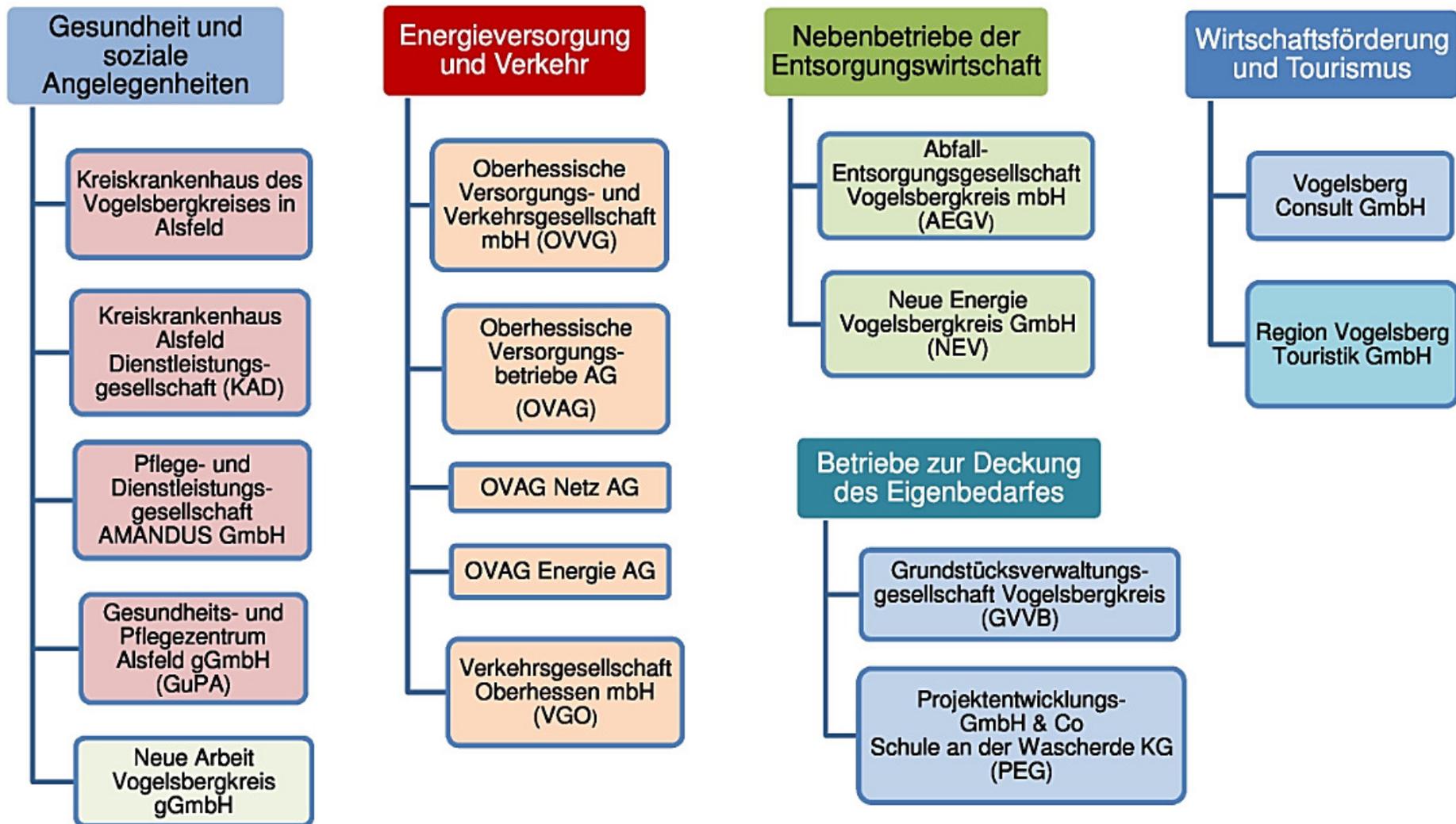
Im **Finanzergebnis** sind die Salden des Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögens eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** – Jahresüberschuss oder –fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Durch die Kommunalrechtsreform 2005 wurde nahezu vollständig in den öffentlichen Gemeinwesen in Hessen, spätestens zum 01.01.2009, das kamerale Rechnungswesen durch die Einführung einer als „Doppik“ (= kurz für: doppelte Buchführung in Konten) bezeichneten Darstellungsform der Buchführung ersetzt. Ursprünglich bestand optional die Möglichkeit, eine Form der erweiterten Kameralistik fortzuführen, was jedoch inzwischen aufgegeben wurde. Durch die Rechtsänderungen ist für Städte, Gemeinden, Landkreise und andere öffentlich rechtliche Körperschaften eine Vermögensrechnung (Bilanz) verpflichtend vorgeschrieben. Die Erfolgsrechnung wird im öffentlichen Bereich als „Ergebnisrechnung“ bezeichnet, die im Wesentlichen der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht. Als dritte Komponente tritt die Finanzrechnung hinzu.

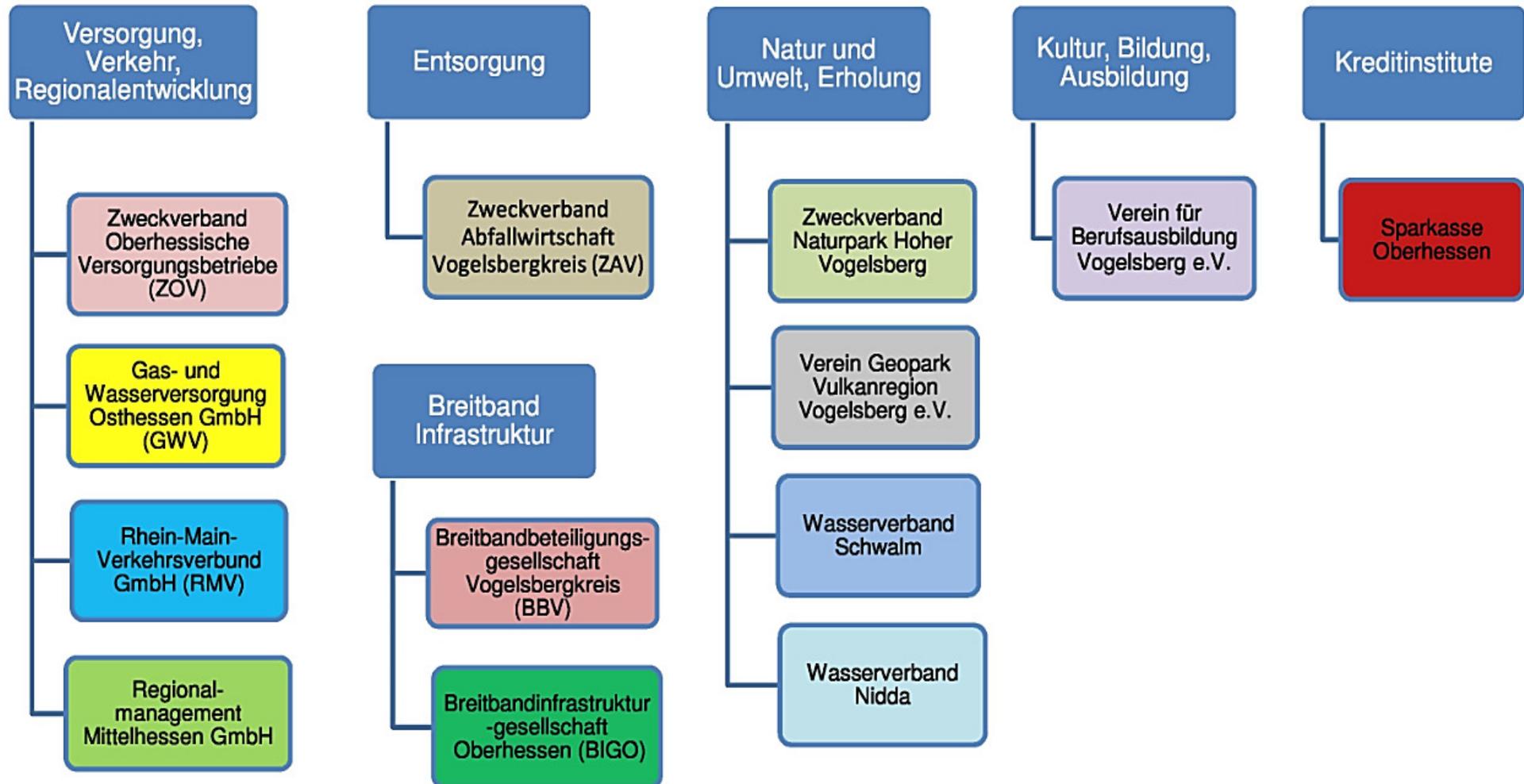
Nachdem wir Ihnen mit diesen Ausführungen und Hinweisen den rechtlichen Rahmen für die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises, für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen, die möglichen Beteiligungsformen, die Inhalte und Absichten des Beteiligungsberichtes, die Aufgaben der Beteiligungssteuerung und die wichtigsten Begrifflichkeiten des Rechnungswesens erläutert haben, dürfen wir nun zu den einzelnen Beteiligungsunternehmen überleiten.

10. Graphische Übersichten über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises

Beteiligungsunternehmen des Vogelsbergkreises die der Berichtspflicht gem. § 123 a Abs. 1 HGO unterliegen



Beteiligungen des Vogelsbergkreises, die fakultativ gezeigt werden:



B. Die Beteiligungsunternehmen und Einrichtungen

I. Die „Pflicht“

Nach der Vorschrift des § 123 a Abs. 1 HGO sind in den Beteiligungsbericht „verpflichtend“ nur Unternehmensbeteiligungen in Rechtsformen des **Privatrechts** aufzunehmen und davon wiederum nur jene, an denen der Vogelsbergkreis mit mindestens **20 Prozent** unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Damit reduziert sich der Kreis der aufgrund gesetzlicher Bestimmung darzustellenden Unternehmensbeteiligungen letztlich auf folgende Gesellschaften:

- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH (KKH Alsfeld)
sowie als mittelbare Beteiligungen
 - die Tochtergesellschaften der KKH Alsfeld
 - Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistungsgesellschaft mbH (KAD)
 - Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft AMANDUS GmbH
 - Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH (GuPA)
 - die Tochterunternehmen des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe
 - Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG)
 - Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)
 - OVAG Energie AG
 - OVAG Netz AG
 - Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)
 - die Tochtergesellschaften des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis
 - Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis (AEGV)
 - Neue Energie Vogelsbergkreis (NEV)
- ProjektentwicklungsGmbH & Co. Schule an der Wascherde KG
- Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH
- Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH
- Vogelsberg Consult GmbH
- Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH
- Region Vogelsberg Touristik GmbH

1. Gesundheit und soziale Angelegenheiten

Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhaussträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Der öffentliche Zweck des Unternehmens

Gewährleistung bedarfsgerechter, regionaler Krankenhausleistungen und Notfallversorgung einschließlich stationärer Geburtshilfe

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 HGO Wirtschaftliche Betätigung:

Es handelt sich um ein Unternehmen des Privatrechtes, jedoch stellt die Betätigung auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sozialwesens keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 Abs. 1 HGO dar. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender
stellv. Vorsitzender
Mitglieder des Kreistages

Landrat Manfred Görig
Dr. Arno Wettlaufer
Jürgen Ackermann
Ulf Immo Bovensmann
Dr. Hans Heuser
Edith Köhn-Müller

Sachkundige Personen

Gerhard Kühnl
Helmut Euler
Stephan Paule

Mitglieder des Betriebsrates

Norbert Korzenek (ab 01.07.2014)
Cornelia Laqua (bis 30.06.2014)
Elona Kaiser

Geschäftsführung:

Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA)

Auf die Angabe der Bezüge für aktive und frühere Mitglieder der Geschäftsleitung nach § 314 Abs. 6 a) und b) HGB wurde verzichtet, da hiermit die Schutzwirkung nach § 286 Abs. 4 HGB für Angaben nach § 285 Nr. 9 a) und b) HGB aufgehoben würde.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates entstanden im Wirtschaftsjahr 2014 Aufwendungen in Höhe von 1.652,75 € (Vorjahr 1.996,66 €).

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	16.08.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	16.08.1999, geänderte Fassung vom 17.01.2001
<i>Handelsregister:</i>	Amtsgericht Gießen, HRB 5326
<i>Stammkapital:</i>	6.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	<ol style="list-style-type: none"> 1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 € 2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 € 3. Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €
<i>Gesellschafter:</i>	Vogelsbergkreis 100 %

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2013	2014
KKH GmbH	370,00	370,25

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht Stammeinlage 6.000.000 €
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 2.621.832,83 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	siehe unten
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	*) Bürgschaften
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Finanzzuweisung des VBK (orientiert am Defizit 2012) über 1.996.000,00 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Das Kreiskrankenhaus erfüllt seinen Auftrag zur Sicherstellung bedarfsgerechter Krankenhausleistungen einschließlich Notfallversorgung und stationärer Geburtshilfe uneingeschränkt.

*) Bürgschaften des Vogelsbergkreises über 2 Mio € für Kontokorrentkredit und über 4 Mio. € über endfälliges Darlehen, beides gegenüber der Bank für Sozialwirtschaft, sowie Bürgschaft über 4 Mio. € ggü. VR-Bank Hessenland für Kontokorrentkredit. Die Bürgschaften wurden durch RP Gießen genehmigt

Bilanz des Unternehmens:

Aktivseite

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	66.429,00	23.930,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.191.221,09	20.393.173,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.703.691,00	1.490.617,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.624.139,00	1.582.460,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	73.654,35	882.939,04
	<u>23.592.605,44</u>	<u>24.349.189,13</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	67.750,00	67.750,00
2. Beteiligungen	10.000,00	10.000,00
	<u>77.750,00</u>	<u>77.750,00</u>
	<u>23.736.784,44</u>	<u>24.450.869,13</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	153.545,83	133.372,70
2. Unfertige Leistungen	261.718,03	213.006,40
3. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
	<u>415.263,86</u>	<u>346.378,10</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.087.697,51	3.648.709,65
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach dem KHEntgG EUR 595.510,34 (Vorjahr EUR 517.822,29)	685.059,05	909.305,27
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 506.473,98 (Vorjahr EUR 557.625,26)	508.473,98	557.625,26
4. Sonstige Vermögensgegenstände	184.889,77	139.445,70
	<u>7.464.120,31</u>	<u>5.255.085,88</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	659.428,78	11.674,00
	<u>8.538.812,95</u>	<u>5.613.137,98</u>
	<u>32.275.597,39</u>	<u>30.064.007,11</u>

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00	6.000.000,00
II. Kapitalrücklagen	1.996.000,00	0,00
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	4.381.424,54	4.381.424,54
IV. Verlustvortrag	-4.754.106,56	-1.919.511,82
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-2.621.832,83	-2.834.594,74
	<u>5.001.485,15</u>	<u>5.627.317,98</u>
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	13.096.259,64	13.225.049,64
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.157.121,46	1.221.429,00
	<u>14.253.381,10</u>	<u>14.446.478,64</u>
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	2.389,00	5.616,25
2. Sonstige Rückstellungen	2.824.180,67	2.206.727,50
	<u>2.826.569,67</u>	<u>2.212.343,75</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.279.411,28 (Vorjahr EUR 4.290.444,01)	7.279.411,28	4.290.444,01
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 878.063,00 (Vorjahr EUR 834.021,78)	878.063,00	834.021,78
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 15.000,00 (Vorjahr EUR 15.000,00)	390.000,00	405.000,00
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach dem KHEntgG EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 109.723,86 (Vorjahr EUR 488.628,33)	109.723,86	488.628,33
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 49.220,12 (Vorjahr EUR 49.545,79)	49.220,12	49.545,79
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 512.593,97 (Vorjahr EUR 497.611,30)	1.487.743,21	1.710.226,83
	<u>10.194.161,47</u>	<u>7.777.866,74</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
	<u>32.275.597,39</u>	<u>30.064.007,11</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

Kreis Krankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH, Alsfeld
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	22.275.280,80	20.063.059,27
2. Erlöse aus allgemeinen Pflegeleistungen	0,00	0,00
3. Erlöse aus Wahlleistungen	174.884,57	173.016,40
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	411.627,21	382.863,09
5. Nutzungsentgelte Ärzte	735.453,83	788.252,42
6. Verminderung oder Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	48.712,63	-60.390,72
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand soweit nicht unter Nr. 11	11.238,02	30.821,48
8. Sonstige betriebliche Erträge davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)	2.360.470,25	2.401.842,78
	<u>26.017.667,31</u>	<u>23.779.464,72</u>
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	14.299.843,66	13.254.674,77
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 1.033.957,62 (Vorjahr EUR 1.058.948,44)	3.460.249,30	3.402.013,36
	<u>17.760.092,96</u>	<u>16.656.688,13</u>
10. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.127.226,02	3.905.467,03
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.250.533,73	2.485.536,05
	<u>7.377.759,75</u>	<u>6.391.003,08</u>
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG EUR 550.925,84 (Vorjahr EUR 600.527,65)	550.925,84	600.527,65
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten	1.130.428,65	1.187.065,29
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten	580.436,91	651.355,00

	2014	2013
	EUR	EUR
14. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.121.667,35	1.783.533,89
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.324.876,87	2.769.064,45
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 0,00 (Vorjahr EUR 0,00)		
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	810,56	1.514,93
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	157.032,01	134.506,67
davon für Betriebsmittelkredite EUR 25.710,75 (Vorjahr EUR 41.024,59) davon aus Aufzinsung EUR 6.464,52 (Vorjahr EUR 6.229,34)		
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-2.602.033,49</u>	<u>-2.817.578,63</u>
19. Steuern	19.799,34	17.016,11
davon vom Einkommen und vom Ertrag EUR 16.617,67 (Vorjahr EUR 14.348,48)		
20. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u><u>-2.621.832,83</u></u>	<u><u>-2.834.594,74</u></u>

Auszug aus dem Vorbericht zur Haushaltssatzung des Vogelsbergkreises für das Jahr 2016 zur wirtschaftlichen Entwicklung der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH – zugleich Risikoprognose

Gemäß § 3 des Hessischen Krankenhausgesetzes (HKHG) gewährleisten das Land, die Landkreise und die kreisfreien Städte die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung durch leistungsfähige Krankenhäuser als öffentliche Aufgabe. Zur Erfüllung seines Sicherstellungsauftrages betreibt der Vogelsbergkreis ein Krankenhaus, das seit dem 01. 01. 1999 in der Rechtsform einer gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt wird.

Die Gesellschaft ihrerseits betreibt drei Tochtergesellschaften (siehe nachfolgend Auszug aus dem Lagebericht).

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist weiterhin kritisch zu sehen. Während alle drei Tochtergesellschaften das Jahr mit einem positiven Jahresergebnis abschließen konnten, hat sich die wirtschaftliche Situation der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr zwar verbessert, gleichwohl wurde das Jahr 2014 wiederum mit einem hohen Verlust abgeschlossen.

Das Krankenhausjahresergebnis des Jahres 2014 betrug

-2.621.823,83 € (Vorjahr -2.834.594,74 €).

Bedingt durch zwei einmalige außerordentliche ergebniswirksame Vorgänge mit einer Ergebnisbelastung in Höhe von rd. 745 T€, hätte das Krankenhausergebnis - 1.876.182,83 € betragen und sich damit gegenüber dem Vorjahr um fast eine Million € verbessert.

Auf der Kostenseite tragen weiterhin die hohen Kosten der Notfallversorgung, die Kostenunterdeckung in der Geburtshilfe und Gynäkologie, die Entwicklung der Personalkosten sowie die Energie- und Instandhaltungsaufwendungen zu dem hohen Defizit bei.

Im Haushaltsjahr 2014 leistete der Gesellschafter VBK eine Finanzbeihilfe in Höhe von 1.996.000 €, orientiert am Verlust des Geschäftsjahres 2012 und stabilisierte mit dieser Maßnahme das Eigenkapital der Gesellschaft.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wurde mit einem Defizit in Höhe von 1.994.376 € geplant. Aufgrund der guten Belegung im ersten Halbjahr wird damit gerechnet, dass das Defizit gegenüber dem Plan etwas geringer ausfallen wird.

Durch die neuerliche Diskussion um Fortführung des Krankenhausbetriebes können mögliche negative Auswirkungen auf die Belegung jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Für das Jahr 2015 wurde beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration wieder die Genehmigung eines Sicherstellungszuschlages für die Notfallversorgung und Intensivmedizin beantragt, nachdem die Krankenkassen dies im Rahmen der Verhandlungen abgelehnt hatten. Begründet wurde der Antrag wie in den Vorjahren damit, dass ohne das Kreiskrankenhaus in Alsfeld die strukturellen und versorgungsstrukturellen Kriterien für die Notfallversorgung nach dem Hessischen Krankenhausrahmenplan nicht erfüllt werden können und der Versorgungsbedarf für die Notfallversorgung und elektiven Leistungen im Einzugsbereich des Krankenhauses zu gering ist, um ihn mit den Entgelten aus dem pauschalisierten Entgeltsystem kostendeckend finanzieren zu können.

Das Klageverfahren gegen den Bescheid zur Gewährung eines Sicherstellungszuschlages für die Jahre 2012 – 2014 läuft noch und es ist nicht absehbar, wann mit einem Urteil gerechnet werden kann. Damit werden durch die Krankenkassen Finanzmittel blockiert, die zur Sicherstellung der Notfallversorgung genehmigt wurden und deren Inanspruchnahme vom Gesetzgeber ausdrücklich für einschlägige Fälle vorgesehen ist.

In den nächsten Jahren wird es nicht möglich sein wieder positive Jahresergebnisse zu erreichen. Hierzu sind zwei wesentliche Maßnahmen erforderlich, die kurzfristig nicht vollständig umsetzbar sind:

- Gesellschaftsrechtlicher Zusammenschluss mit weiteren Krankenhäusern und Erreichen der damit verbundenen Synergieeffekte.
- Abschluss einer umfassenden baulichen Sanierung.

Mit Schreiben vom 13.7.2015 hat das Hessische Ministerium für Soziales und Integration mitgeteilt, dass im Krankenhausbauprogramm 2015 ein Fördervolumen über 10 Mio. Euro für dringende, unvorhergesehene Maßnahmen eingeplant ist und diese Mittel für das Kreiskrankenhaus Alsfeld reserviert sind. Eine Investitionsförderung könne jedoch nicht unabhängig von der Einbindung des Kreiskrankenhauses in eine übergeordnete gesellschaftsrechtliche Struktur erfolgen. Außerdem werde eine Entscheidung zur Geburtshilfe erwartet, da die Fortführung der geburtshilflichen Abteilung nicht zu rechtfertigen sei.

Zur Finanzierung des Bauvorhabens ist eine Aufteilung in die Einzelförderung des Landes sowie in Eigenmittel des Vogelsbergkreises als Träger des Krankenhauses vorgesehen. Ohne Landesförderung ist das erforderliche Bauvorhaben nicht umsetzbar.

Die bisherigen Gespräche mit dem Landkreis Hersfeld / Rotenburg und der Stadt Fulda über die gesellschaftsrechtliche Verflechtung mit dem Klinikum Bad Hersfeld und dem Klinikum Fulda waren sehr weit gediehen, zumal das Bundeskartellamt nach einer Vorprüfung bereits Zustimmung signalisiert hatte. Durch den Landkreis Hersfeld / Rotenburg wurden diese Gespräche ausgesetzt, da eine kreisinterne Lösung bevorzugt werde. Für die Stadt Fulda komme ein Zweierbündnis ebenfalls nicht in Frage. Daher sind diese verheißungsvollen Ansätze zunächst einmal gescheitert.

Zur Gewinnung eines strategischen Partners wurde im Juli ein Markterkundungsverfahren eingeleitet, bei dem alle potentiellen Träger, einschließlich der privaten Klinikträger, angeschrieben wurden.

Fazit:

Aus der heutigen Sicht lässt sich eine verlässliche Prognose über die wirtschaftliche Entwicklung des Kreiskrankenhauses nicht machen, da sie wesentlich von der Umsetzung der o.g. Maßnahmen abhängt. In der Phase bis zur Konsolidierung des Kreiskrankenhauses in Alsfeld und Einbindung in eine Verbundstruktur ist eine weitere Beteiligung des Vogelsbergkreises an den zu erwartenden Verlusten erforderlich.

Auszug aus dem Lagebericht und Konzernlagebericht

1. Vorbemerkungen

1.1 Rechtsgrundlagen

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Eigengesellschaft des Landkreises (§ 52 HKO, § 122 HGO). Die kommunalrechtlichen Organisationspflichten und Regelungen zur Wirtschaftsführung wurden erfüllt.

Vom Wahlrecht der Zusammenfassung von Lagebericht und Konzernlagebericht gemäss § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB machen wir Gebrauch.

Der Lagebericht hat nach der Gesetzesvorgabe, soweit erforderlich, den Jahresabschluss weiter zu erläutern, um einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Adressaten sicherzustellen. Darüber hinaus werden im Lagebericht die Gesamtverhältnisse, die Marktstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie deren Chancen und Risiken dargestellt.

Gemäß § 316 Abs. 1 und 2 HGB unterliegen der (Konzern-) Jahresabschluss und der (Konzern-) Lagebericht der Gesellschaft der Prüfung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat mit der Durchführung dieser Prüfung die Schüllermann und Partner AG, Dreieich, beauftragt.

1.2 Konzernstruktur

Die "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld" zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs, verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus mit 188 Betten ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil.

Die Gesellschaft verfügt über drei „Töchter“, nämlich die im Dezember 2000 gegründete „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH)“, die Ende 2001 errichtete „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ sowie die im Dezember 2011 gegründete Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GUPA). AMANDUS und GUPA befinden sich im Alleinbesitz der Muttergesellschaft, während sie bei der KAD über einen Gesellschaftsanteil von 51% verfügt; die restlichen Anteile (49%) liegen bei der Fa. Gies Dienstleistungen GmbH.

1.3 Allgemeine Situation

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist nicht ausreichend und nur durch kontinuierliche Leistungsausweitung können Krankenhäuser noch wirtschaftlich arbeiten.

Dies stellt sich für kleinere Krankenhäuser in gering besiedelten Gebieten besonders problematisch dar. Durch Zunahme der ambulanten Behandlungen werden stationäre Behandlungen ersetzt und auch die zunehmende Mobilisierung der Patienten sowie das Bedürfnis auch bei der Behandlung leichter bis mittlerer Schwierigkeitsgrade den „Spezialisten“ aufsuchen zu wollen, reduziert die potentielle Patientenzahl.

Es wird zunehmend schwieriger adäquates Personal, insbesondere Ärzte und Pflegekräfte sowie weitere Fachkräfte, zu gewinnen, wobei Krankenhäuser in ländlichen Regionen gegenüber den großen Ballungsgebieten noch einmal vor besonderen Schwierigkeiten stehen.

Eine weitere Belastung stellt die unzureichende Investitionsförderung dar, wovon ebenfalls wieder die kleineren Krankenhäuser überdurchschnittlich betroffen sind. Sie müssen einen höheren Anteil der verfügbaren Investitionsmittel in ihre haus- und betriebstechnische Infrastruktur stecken (Gebäudeinfrastruktur, Informationstechnologie, Energieversorgung). Daher bleibt weniger übrig, um Investitionen in die Medizintechnik vorzunehmen, was dazu führt, dass die medizinische Attraktivität im Zeitverlauf sinkt.

2. Lagebericht

2.1 Geschäftsverlauf / Geschäftliche Entwicklung

2.1.1 Medizinische Struktur

Die Klinik verfügt über die Hauptabteilungen „Chirurgie“, „Innere Medizin“ einschließlich „Geriatric“ und „Anästhesie“. Als Belegabteilungen werden die Disziplinen „Frauenheilkunde und Geburten“ sowie „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“ vorgehalten. Die „Intensivmedizin“ wird fachübergreifend geführt.

Die Chirurgie wird im Rahmen eines kollegialen Systems von zwei Leitenden Abteilungsärzten geführt, die für die Disziplinen „Unfallchirurgie und Orthopädie einschließlich der Sektion „Wirbelsäulenchirurgie“ einerseits und „Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie“ andererseits verantwortlich sind.

In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Proktologie, Herz- und Thoraxchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Orthopädie, Innere Medizin mit den Schwerpunkten Gastroenterologie, Kardiologie und Pneumologie, Anästhesie, Schmerztherapie, Palliativmedizin, Geriatrie sowie Diabetologie.

Daneben wird ein Medizinisches Versorgungszentrum mit einem chirurgischen und internistischen Sitz (Schwerpunkt Onkologie) betrieben.

2.1.2 Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 7.190 (Vorjahr 7.045) Patienten stationär aufgenommen. Dies entspricht einer Steigerung von 2,06%. Etwa 84% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und ca. 10% aus dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 69,90% (Vorjahr 63,95%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 6,64 Tage (Vorjahr 6,23 Tage). Damit ist der Auslastungsgrad des Krankenhauses wieder deutlich angestiegen.

Das Geschäftsjahr 2014 verlief im zweiten Halbjahr hinsichtlich der Belegung und der Case-Mix-Index-Entwicklung (CMI) sehr erfreulich, so dass der enorme Belegungsrückgang aus dem Jahr 2013 fast aufgeholt werden konnte. Bedingt, vor allem durch diese Erlössteigerung, hätte sich das Jahresergebnis des Krankenhauses gegenüber dem Vorjahr um T€ 958 verbessert. Durch zwei einmalige außerordentliche Tatbestände (ein Fall Pensionsrückstellung sowie eine vorzunehmende Abschreibung von Planungskosten) wurde das Jahresergebnis 2014 um T€ 745 belastet. Dies führte dazu, dass sich das Jahresergebnis lediglich um T€ 213 verbesserte.

Auf der Kostenseite tragen zu dem Defizit weiterhin die hohen Kosten der Notfallversorgung, die Kostenunterdeckung in der Geburtshilfe, die Entwicklung der Personalkosten sowie die weiterhin erheblichen Instandhaltungsaufwendungen bei. Ein durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration genehmigter Sicherstellungszuschlag für die Notfallversorgung gelangt nicht zur Anwendung, da der Bescheid von den Krankenkassen derzeit beklagt wird.

2.1.3 Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 73,6% (Vorjahr 81,3%). Für den Konzern beträgt die Quote 72,2% (Vorjahr 79,0%).

Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2014 mit einem Wert von T€ 18.679 (Vorjahr T€ 18.814) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft beläuft sich zum 31.12.2014 auf 5,00 Mio. € (Vorjahr 5,63 Mio. €) = 15,5% (Vorjahr 18,7%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 6,07 Mio. € (Vorjahr 6,37 Mio. €) = 18,2% (Vorjahr 20,3%).

Zum Bilanzstichtag ist das langfristig gebundene Konzernvermögen (Anlagevermögen) zu 100% durch Eigenmittel, Sonderposten sowie langfristige Rückstellungen und Darlehen langfristig finanziert.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 3. April 2014 das Gesamtunternehmen „Gesundheitsdienste“ auf der Grundlage der Freistellungsentscheidung der EU-Kommission vom 20.12.2011 für die Dauer von 10 Jahren mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut.

Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum aufgrund des erweiterten Bürgschaftsrahmens des Vogelsbergkreises gegeben. Zur weiteren Sicherung der Liquidität wurde in den Haushaltsplan 2014 des Vogelsbergkreises eine Finanzbeihilfe, orientiert am Jahresdefizit 2012, eingestellt. Die Auszahlung in Höhe von T€ 1.996 erfolgte in den ersten 5 Monaten des Jahres 2014.

2.1.4 Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 17.760 (Vorjahr T€ 16.657).

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 22.386 (Vorjahr T€ 20.987) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 370 (Vorjahr 370), in der KAD 111 (Vorjahr 102), bei AMANDUS 48 (Vorjahr 45) und in der GUPA 78 (Vorjahr 74) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 607 (Vorjahr 591) Arbeitsplätze bietet.

Das Kreiskrankenhaus betreibt eine Krankenpflegeschule mit 60 Ausbildungsplätzen. Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser Eichhof in Lauterbach und das Kreiskrankenhaus in Alsfeld. Im Jahr 2014 wurden für Lauterbach 36 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 31 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 67 Ausbildungsplätze besetzt waren.

Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

2.1.5 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH)“ arbeitet erfolgreich. Nachdem Mitte des Jahres 2007 die Fa. Gies Dienstleistungen GmbH mit 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt wurde, hält die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH mit 51 Prozent die Mehrheitsbeteiligung. Durch den Mitgesellschafter ist die Entwicklung der KAD am Marktgeschehen ausgerichtet. Die KAD erbringt für das Krankenhaus Dienstleistungen in den Bereichen Verwaltung & Medizincontrolling, hauswirtschaftliche und sonstige Dienste.

Im Geschäftsjahr 2014 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von € 24.075,27 (Vorjahr € 40.427,11) erzielt werden.

2.1.6 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ als 100 %ige Tochtergesellschaft gegründet.

In Trägerschaft von AMANDUS wird eine Kurzzeitpflegeeinrichtung mit zwanzig Betten und drei integrierten Tagespflegebetten in den Räumen des Krankenhauses betrieben.

Die Kurzzeitpflegestation ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und diese ohne besondere Wartezeiten in eine geeignete Pflegeeinrichtung (Kurzzeitpflege) zu überführen.

Zusätzlich betreibt AMANDUS eine eigenständige Physiotherapiepraxis.

Im Geschäftsjahr 2014 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von € 20.731,35 (Vorjahr € 32.570,30) erzielt werden.

2.1.7 Tochtergesellschaft GUPA

Die Ende 2011 gegründete GUPA betreibt seit dem 1. Januar 2012 die aus dem Krankenhaus ausgegliederte Sozialstation sowie ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ).

Im Geschäftsjahr 2014 konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 285 (Vorjahr T€ 288) erzielt werden.

2.1.8 Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr stark negativ (T€ -2.303) und zwar mit rund T€ -2.622 im Teilbereich Krankenhaus und mit Gewinnen bei der AMANDUS mit T€ 21, einem anteiligen Gewinn in Höhe von T€ 12 in der KAD (ohne den Gewinnanteil Minderheitsgesellschafter) und ebenfalls einem Gewinn bei der GUPA von T€ 285. Ohne strukturelle Veränderungen im Krankenhaus wird sich das Konzernbetriebsergebnis nicht wesentlich verbessern können.

Dabei ist die seit langem bestehende angespannte wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses zu einem ganz erheblichen Teil der „Kleinheit“ dieser Klinik geschuldet. Der Status eines „Notfallkrankenhauses“ bedeutet zwar in hohem Maße Bestandschutz, belastet aber das wirtschaftliche Ergebnis durch die außergewöhnlich hohen Fixkosten.

Dies macht es erforderlich, größere und damit wirtschaftlichere Klinikeinheiten zu schaffen. Ein solcher Verbund würde den Klinikstandort Alsfeld stärken und die Versorgungsqualität in der Region erhöhen.

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet.

Neben der kontinuierlichen Verbesserung der innerbetrieblichen Strukturen und Abläufe ist es vor allem erforderlich, die strukturellen Beschränkungen zu beheben. Hierzu gehören die Beseitigung der baulichen und technischen Defizite, die Entwicklung von weiteren medizinischen Leistungsangeboten durch eine enge Zusammenarbeit mit einem größeren Krankenhaus sowie die Einbindung in einen größeren Verbund.

Für die Jahre 2015 und 2016 wird mit weiteren Verlusten im Konzernergebnis gerechnet.

Ausblick:

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Für die Vorhaltung von Leistungen im Bereich der Notfallversorgung und der intensivmedizinischen Leistungen wurde am 17.06.2014 vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration ein Sicherstellungszuschlag gewährt. Durch diesen Bescheid ist dokumentiert, dass das Krankenhaus durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum für die Notfallversorgung der Bevölkerung unverzichtbar ist.

Davon losgelöst ist die Frage der Trägerschaft zu bewerten. Das Krankenhaus als alleiniges Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft wird nicht in der Lage sein, die strukturellen Defizite zu bewältigen. Es ist erforderlich, dass Sondierungsgespräche zur gesellschaftsrechtlichen Verflechtung mit anderen Krankenhäusern wieder aufgenommen werden, um Strukturen zu legen, die das Krankenhaus auch wirtschaftlich wieder auf einen erfolgreichen Kurs bringen.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „gut aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Durch ambulante Sprechstunden, dem Medizinischen Versorgungszentrum Alsfeld, der Sozialstation sowie dem Engagement im Palliativen Netzwerk Waldhessen ist das Krankenhaus weit über die eigentliche stationäre Versorgung als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung engagiert.

Das bereits seit einigen Jahren aufgebaute Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO wurde im April 2014 rezertifiziert und trägt zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Strukturen und Abläufe sowie einer stärkeren Kundenorientierung bei.

Zur Unterstützung der hausärztlichen Struktur im Vogelsbergkreis besteht ein Weiterbildungsverbund und kontinuierlich werden Ärzte im Fachbereich Allgemeinmedizin weitergebildet.

Mit der KREX GmbH wurde zum 1.7.2014 eine zunächst auf zwei Jahre angelegte Partnerschaft eingegangen. Die KREX GmbH hat ein franchiseartiges System für Krankenhäuser entwickelt, dessen Ziel es ist, eine höhere Wirtschaftlichkeit und Effizienz im Krankenhausbetrieb zu erbringen. Die angeschlossenen Krankenhäuser kommen so in den Nutzen der Vorteile und Chancen eines Verbundes mit übergreifender Steuerungseinheit.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

In der Gesellschaft bestehen organisatorische Regelungen und Maßnahmen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

3.2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Die weiterhin offene Frage der gesellschaftsrechtlichen Verflechtung und zukünftigen Ausrichtung birgt Risiken hinsichtlich der Belegung und der Verzögerung von strukturellen und organisatorischen Veränderungen, die sich bestandsgefährdend auswirken können.

Das bisher akute bestandsgefährdende Risiko der unzureichenden Finanz- und Vermögenslage ist durch den Verlustausgleich des Vogelsbergkreises und neue Kreditverträge zunächst behoben, besteht jedoch mittelfristig weiterhin, da die Liquidität zunächst nur durch eine auf vier Jahre befristete Bürgschaft gesichert ist.

3.2.2 Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig. Auf der Kostenseite ist ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen eingetreten. Auch die kommenden Jahre werden zusätzliche Belastungen bringen, weil aufgrund steigender Nachfrage nach qualifiziertem Personal auch der „Preis“, das Lohnkostenniveau, ansteigen wird.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht hinreichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich weiterhin zu Ungunsten der Klinik entwickeln. Beispielhaft seien hier die fehlende Koppelung der Preise an die allgemeine Kostensteigerung einschließlich der vollen Tarifsteigerungen, Abschläge zur Sanierung der Krankenkassen sowie die Entgeltsystematik bei Mehr- und Minderleistungen auf Landes- und Einrichtungsebene genannt.

Nicht zu unterschätzen ist die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte. Im ärztlichen Bereich wird es zunehmend schwierig, geeignetes Personal zu finden. Oberarzt- und Assistenzarztstellen bleiben immer häufiger und länger unbesetzt. Zur Überbrückung dieser Vakanzen müssen Konsiliarärzte (Freiberufler) beschäftigt werden, deren Kosten etwa doppelt so hoch wie bei angestellten Ärztinnen und Ärzten sind. In den anderen Berufsgruppen zeichnet sich für die kommenden Jahre ein ähnliches Bild ab.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Personalkostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlichrechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur einschließlich der Zusatzversorgung an die Gegebenheiten privater, aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen. Das ist auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und sind existenzgefährdend. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund.

Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern, z. B. mit der Folge, dass es noch schwieriger würde qualifizierte Kräfte insbesondere Ärztinnen und Ärzte für diese Kliniken zu finden.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Zum 01.01.2015 wurde das MVZ aufgrund einer Sonderbedarfszulassung um einen Versorgungsauftrag für Rheumatologie erweitert. Zum 01.04.2015 kam noch ein halber Versorgungsauftrag für die Orthopädie hinzu, da ein Oberarzt seinen Sitz an das MVZ übertragen hat.

Die sich im zweiten Halbjahr 2014 abzeichnende Belegungssteigerung setzte sich auch in den ersten Monaten des Jahres 2015 fort.

Das Krankenhaus wurde mit einem Zertifikat der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG) ausgezeichnet, wonach es als Klinik für Diabetes-Patienten geeignet ist. In Deutschland wurden bislang 30 Krankenhäuser und in Hessen 2 Krankenhäuser entsprechend zertifiziert.

5. Voraussichtliche Entwicklung

Das DRG-System (**D**iagnosis **R**elated **G**roups = diagnosebezogene Fallgruppen) hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird.

Die bauliche Zielplanung wurde überarbeitet. Das Kreiskrankenhaus hat einen erheblichen baulichen und technischen Investitionsbedarf, den es nicht aus Eigenmitteln bestreiten kann. Für die weitere Entwicklung ist es von entscheidender Bedeutung, dass dieser Investitionsstau behoben wird und Mittel im Rahmen der Einzelförderung des Landes sowie durch den Träger bereitgestellt werden.

Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD)

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Krankenhäusern und solchen Einrichtungen öffentlichrechtlicher und privatrechtlicher Art, die sich insbesondere mit dem Gesundheitswesen, der Wohlfahrtspflege und dem Bildungswesen befassen.

Diese Dienstleistungen betreffen insbesondere Verpflegungs- und Reinigungsdienste, hauswirtschaftliche und technische Dienste, Verwaltungs- und Liegenschaftsverwaltungsdienste sowie zentrale Hausdienste und alle artverwandten Nebendienste.

Der öffentliche Zweck des Unternehmens

Dienstleistungen für Einrichtungen des Gesundheitswesens, Deckung des Eigenbedarfes des Kreiskrankenhauses

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2000
Anteile in %: 51 % mittelbare Beteiligung über die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Hans-Werner Müller, Dipl.-Verwaltungswirt

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 2000
Gesellschaftsvertrag: 19.12.2000, geänderte Fassung vom 29.08.2007
Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 5363
Stammkapital: 25.000 €
Beteiligungen: keine
Gesellschafter:

1. Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH, zu 51% = 12.750 €
2. Gies Dienstleistungen GmbH, zu 49% = 12.250 €

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2013	2014
KAD GmbH	101,50	111,25

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht
Stammeinlage 25.000 €

Ertragslage des Unternehmens:

Jahresüberschuss 24.075,27 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

Es entsteht eine mittelbare Wirkung indem die KKH GmbH mit rd. 12T€ an dem Gewinn partizipiert, der das Defizit des Krankenhauses in gleicher Höhe senkt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der öffentliche Zweck dieses Tochterunternehmens liegt in der Beschaffung und Sicherung des Eigenbedarfes. Dieses Unternehmensziel wird nachhaltig gewährleistet. Die Gesellschaft ist zu über 70 % mit Leistungen an den „Konzern“ Kreiskrankenhaus ausgelastet.

Diese Betätigung erwirtschaftet zugleich einen Deckungsbeitrag zu den Kosten des Krankenhausbetriebes von rund 12 TEUR.

Nach § 121 Abs. 8 HGO ist ein solches Betriebsergebnis ausdrücklich durch den Gesetzgeber gewünscht.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>876,00</u>	<u>1.251,00</u>
	876,00	1.251,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	134.998,00	148.872,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>85.336,00</u>	<u>84.064,00</u>
	<u>220.334,00</u>	<u>232.936,00</u>
221.210,00234.187,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>39.488,57</u>	<u>36.649,84</u>
	39.488,57	36.649,84
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.707,87	17.461,43
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	15.410,32	9.697,03
3. Forderungen gegen Gesellschafter	363.217,05	257.858,84
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>5.915,44</u>	<u>14.997,52</u>
	405.250,68	300.014,82
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>62.572,41</u>	<u>60.994,22</u>
507.311,66397.658,88
	<u>728.521,66</u>	<u>631.845,88</u>

	P A S S I V A	
	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital		
1. Gezeichnetes Kapital	<u>25.000,00</u>	<u>25.000,00</u>
	25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn/-verlust		
1. Gewinnvortrag	196.686,82	156.259,71
2. Jahresüberschuss	<u>24.075,27</u>	<u>40.427,11</u>
	<u>220.762,09</u>	<u>196.686,82</u>
245.762,09221.686,82
B. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	<u>30.526,57</u>	<u>28.524,04</u>
30.526,5728.524,04
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11,14	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	51.075,70	36.041,48
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	239.127,07	184.833,33
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>162.019,09</u>	<u>160.760,21</u>
452.233,00381.635,02
	<u>728.521,66</u>	<u>631.845,88</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

**Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH), Alsfeld
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2014**

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	2.992.310,63	2.834.792,65
2. Sonstige betriebliche Erträge	11.478,30	54.406,35
	3.003.788,93	2.889.199,00
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-596.953,69	-623.017,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-132.454,74	-124.920,07
	-729.408,43	-747.937,07
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.750.035,17	-1.618.597,36
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-345.972,15	-328.610,30
	-2.096.007,32	-1.947.207,66
5. Abschreibungen		
a) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	-36.804,16	-31.261,58
	-36.804,16	-31.261,58
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-104.698,78	-105.063,96
	36.870,24	57.728,73
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11,00	91,85
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.181,00	-5,47
	-2.170,00	86,38
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	34.700,24	57.815,11
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10.624,97	-17.388,00
11. Jahresüberschuss	24.075,27	40.427,11

Auszug aus dem Lagebericht

1. Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB Geschäftsentwicklung

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft ist als Serviceunternehmen zur Erbringung sogenannter Hotelleistungen für das Krankenhaus- und Gesundheitswesen einzuordnen. Sie sieht sich deshalb als Teil des Hotel- und Gaststättengewerbes in der Stadt Alsfeld und der angrenzenden Region.

Die Gesellschaft erbringt an der Adresse Schwabenröder Str. 81 in Alsfeld gegenüber dem Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH und seiner Tochtergesellschaften Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH und Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH u.a. folgende Dienstleistungen:

- > Reinigungsleistungen,
- > Hauswirtschaftliche Leistungen wie die Haus- und Bettenreinigung, Hol- und Bringdienste und Stationsdienste,
- > Pforten, Telefon- und Archivdienste,
- > Betreuung und Weiterentwicklung der elektronischen Datenverarbeitung
- > Patientenverpflegung,
- > Leistungen der Haustechnik,
- > Bewirtschaftung des Parkplatzes und der Außenanlage des Krankenhauses und
- > Leistungen eines medizinischen Schreibdienstes
- > sowie alle Verwaltungsdienstleistungen.

Darüber hinaus werden Erlöse durch Catering bei privaten und geschäftlichen Veranstaltungen, "Essen auf Rädern", aus dem Krankenhausrestaurantbetrieb sowie durch externe Reinigungs- und Schreibaufträge erzielt.

Bei sparsamer und kostenbewusster Wirtschaftsführung konnte im Geschäftsjahr 2014 ein Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von € 24.075,27 erzielt werden.

1.2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft

a) Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 97 erhöht.

Die Eigenkapitalquote beträgt 33,6 %

Die Zugänge zum Anlagevermögen im Geschäftsjahr 2014 belaufen sich auf 24T€.

b) Finanzlage

Gegenwärtig verfügt die Gesellschaft über eine ausreichende Liquidität. Unsere Finanzlage ist geordnet.

Wir beurteilen die gegenwärtige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als zur Aufrechterhaltung und Ausweitung des Geschäftsbetriebes ausreichend.

1.3 Hinweise auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

a) Chancen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Muttergesellschaft muss diese veranlassen, Ihre Dienstleistung dahingehend zu überprüfen, ob Tätigkeiten auch von weniger qualifiziertem kostengünstigerem Personal erbracht werden können. Hier besteht die Chance für die KAD GmbH weitere Arbeitsfelder zu erschließen.

Durch die Beteiligung eines Dienstleistungsunternehmens (Fa. Gies Dienstleistung GmbH, Stadtallendorf) an der Gesellschaft wird die Entwicklung der KAD GmbH weiter am Marktgeschehen ausgerichtet und Rationalisierungsreserven erschlossen.

b) Bestandsgefährdende Risiken

Bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft liegen in der wirtschaftlichen Situation der Muttergesellschaft und den daraus abzuleitenden Maßnahmen zur Herstellung ihrer Wirtschaftlichkeit.

c) Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Risiken für die künftige Entwicklung sehen wir weiterhin, wenn auch im Zweck der Gesellschaft begründet, vor allem in der Tatsache, dass seit dem Kalenderjahr 2007 konstant über 70 % unserer Leistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH und seinen Tochtergesellschaften der Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH und der Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH erbracht werden. Dieses Faktum zeigt, dass die Entwicklung der KAD unmittelbar mit der Entwicklung des Mutterunternehmens und ihrer Tochtergesellschaften bzw. der Bereitschaft derselben, die Leistungen der KAD nachzufragen, verknüpft ist.

2. Nachtragsbericht gemäß § 289 Abs. 2 Ziff. 1 HGB:

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des. Geschäftsjahres nicht eingetreten oder bekannt geworden.

3. Prognosebericht (§ 289 Abs. 2 Ziff. 2 HGB):

Wir gehen davon aus, dass sich die Erlöse im Kalenderjahr 2015 nicht wesentlich ändern werden. Aufgrund der baulichen Zielplanung für das Krankenhaus hat die Muttergesellschaft entschieden, auf eine Küche im Krankenhaus zu verzichten. Die Gefahr Fachpersonal zu verlieren, hat sich bereits konkret angedeutet. Adäquate Nachfolgeregelungen für einen befristeten Zeitraum werden sich nur mit höheren Kosten realisieren lassen. Darüber hinaus wird sich die Gesellschaft einem Wettbewerb zur zukünftigen Verpflegung der Patienten und zum Betrieb eines Krankenhausrestaurants stellen müssen. Insoweit besteht die realistische Gefahr, dass die Gesellschaft in naher Zukunft rund 17% ihrer Erlöse verlieren kann.

4. Zweigniederlassungen (§ 289 Abs. 2 Ziff. 4):

Die Gesellschaft unterhält keine Zweigniederlassungen.

AMANDUS Pflege- und Dienstleistungs- gesellschaft mbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von:

1. Ambulanten Pflegeleistungen im Sinne des SGB V und SGB XI
2. Dienstleistungen, im Interesse der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung; hierzu gehören insbesondere Essen auf Rädern, Hauswirtschaftsdienste, beratende Angebote, Transportleistungen, Dienstleistungen aller Art ggü. Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Arztpraxen und -zentren, Jugend- und Wohlfahrtseinrichtungen
3. Dienstleistungen, die über den Bereich der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung (Punkt 2) hinausgehen, gegenüber Einrichtungen des Vogelsbergkreises und solchen, an denen der Vogelsbergkreis oder eine Stadt oder Gemeinde des Vogelsbergkreises beteiligt ist.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2001

Anteile in %: 100% mittelbare Beteiligung über der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA)

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 2001

Gesellschaftsvertrag: 04.12.2001

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 5399

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH
(100%)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2013	2014
AMANDUS GmbH	45,00	48,25

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht
Stammeinlage 25.000 €

Ertragslage des Unternehmens:

Jahresüberschuss 20.731,35 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

haushaltsentlastend in Höhe des erwirtschafteten Überschusses von 20.731,35 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Tätigkeitsfelder der AMANDUS GmbH reduzieren sich derzeit auf physiotherapeutische Leistungen und auf stationäre Kurzzeitpflege.

Beide Bereiche sind bedarfsgerecht gestaltet und werden mit einem positiven Geschäftsergebnis abgeschlossen.

Die Anforderungen des § 121 Abs. 8 HGO werden erfüllt.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>667,00</u>	<u>1.167,00</u>
		667,00 1.167,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>18.980,00</u>	<u>21.111,00</u>
	<u>18.980,00</u>	<u>21.111,00</u>
19.647,0022.278,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>132,65</u>	<u>132,65</u>
		132,65 132,65
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	107.983,92	116.841,39
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	40.045,90	4.197,71
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>4.043,26</u>	<u>2.633,08</u>
	152.073,08	123.672,18
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>113.530,25</u>	<u>77.988,47</u>
265.735,98201.793,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>120,00</u>	<u>0,00</u>
	<u>285.502,98</u>	<u>224.071,30</u>

	PASSIVA	
	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	5.000,00	5.000,00
III. Bilanzgewinn/-verlust		
1. Gewinn-/Verlustvortrag	27.568,48	-5.001,82
2. Jahresüberschuss	<u>20.731,35</u>	<u>32.570,30</u>
	<u>48.299,83</u>	<u>27.568,48</u>
78.299,8357.568,48
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	7.550,79	9.427,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>64.572,99</u>	<u>53.964,55</u>
72.123,7863.391,55
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.110,61	18.160,55
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	113.396,51	79.640,92
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>6.349,37</u>	<u>5.309,80</u>
134.856,49103.111,27
D. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>222,88</u>	<u>0,00</u>
	<u>285.502,98</u>	<u>224.071,30</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, Aisfeld Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	1.506.628,20	1.484.402,86
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>8.831,30</u>	<u>3.764,53</u>
	1.515.459,50	1.488.167,39
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-11.169,94	-10.010,35
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-453.585,36</u>	<u>-449.349,79</u>
	-464.755,30	-459.360,14
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-717.754,95	-687.384,30
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-131.225,74</u>	<u>-128.257,82</u>
	-848.980,69	-815.642,12
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-4.508,82</u>	<u>-3.183,80</u>
	-4.508,82	-3.183,80
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-162.965,12</u>	<u>-165.356,68</u>
	34.249,57	44.624,65
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>18,23</u>	<u>3,48</u>
	18,23	3,48
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	34.267,80	44.628,13
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-13.536,45</u>	<u>-12.057,83</u>
10. Jahresüberschuss	<u>20.731,35</u>	<u>32.570,30</u>

Auszug aus dem Lagebericht

1. Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB Geschäftsentwicklung

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Laut Gesellschaftsvertrag kann die Gesellschaft ambulante Pflegeleistungen i. S. d. SGB V und SGB XI sowie Dienstleistungen, die der sozialen und gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienlich sind, gegenüber Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, Arztpraxen, Jugend- und Wohlfahrtseinrichtungen und artverwandten Einrichtungen erbringen. Darüber hinaus gehende Dienstleistungen gegenüber Einrichtungen des Vogelsbergkreises sowie deren Gemeinden sind ebenfalls möglich.

Die Kurzzeitpflegestation als Betriebsteil von Amandus ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und Patienten mit weiterem Betreuungsbedarf eine geeignete Pflegeeinrichtung (Kurzzeitpflege) anzubieten.

Das Ziel einer Mindestbelegung von 85% wurde auch für das Jahr 2014 erreicht und lag für das Gesamtjahr bei knapp 91,2%. Mit dieser Belegung wurde an das Vorjahresergebnis angeknüpft. Eine weitere Steigerung der Belegung ist als reine Kurzzeitpflegeeinrichtung nur sehr schwer zu realisieren.

Der Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz in der näheren Umgebung tragen ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Fehlende räumliche Alternativen sind ein Grund, dass die Tagespflege nicht ausgebaut werden kann.

Im Weiteren besteht von der Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft ein Dienstleistungsvertrag mit dem Krankenhaus zum Betreiben eines Ambulanten OP-Zentrums. Die vor drei Jahren erfolgte Auslagerung der Physikalischen Therapie der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH in die Amandus Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft hat sich bewährt. Mit diesem Schritt wurde die Praxis in die Lage versetzt, flexibler auf die Bedürfnisse des Marktes einzugehen, eigenes Personal einzustellen und mit den Krankenkassen entsprechend den Landesvereinbarungen ohne Abschlag abzurechnen.

Für die bei stationären Patienten erforderlichen physiotherapeutischen Leistungen wurde mit dem Krankenhaus ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen.

Das Aktivzentrum hat sich ebenfalls ausgeweitet und bietet neben eigenen Präventionskursen auch Kurse zur betrieblichen Gesundheitsförderung an.

Das Geschäftsergebnis schließt mit einem Gewinn in Höhe von € 20.731,35 ab (Vorjahr: Gewinn von € 32.570,30).

1.2 Hinweise auf die Risiken der künftigen Entwicklung

a) Bestandsgefährdende Risiken

Ein bestandsgefährdendes Risiko wird aufgrund der seit einigen Geschäftsjahren zu beobachtenden Konsolidierung des Unternehmens zurzeit nicht gesehen.

b) Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Risiken für die künftige Entwicklung sind vor allem in der geringen Größe der Kurzzeitpflege sowie der Abhängigkeit der Gesellschaft vom Krankenhaus zu sehen. Durch die Hinzunahme der Physiotherapiepraxis wird sich die Vermögens- Finanz- und Ertragslage weiter stabilisieren.

1.4 Hinweise auf die Chancen der künftigen Entwicklung

Der Betrieb einer Pflegeeinrichtung ist insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft zukunftsfähig. Die Einrichtung fügt sich auch gut in die strategischen Überlegungen eines Krankenhauses ein.

Es kommt sehr häufig nach der Entlassung aus dem Krankenhaus zu einer direkten Einweisung in die Kurzzeitpflege. Das wird von den Betroffenen und deren Angehörigen positiv vermerkt, wodurch auch die Akzeptanz des Krankenhauses gesteigert wird. „Nur die Synergieeffekte zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft ermöglichen es überhaupt, eine so kleine Kurzzeitpflegeeinrichtung zu betreiben. Um auch zukünftig ein solches Angebot wirtschaftlich vorhalten zu können, ist es erforderlich die Pflegeeinrichtung konzeptionell weiterzuentwickeln und auch mittelfristig zu erweitern.“

Gesundheit- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA)

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 98-0– Fax: 06631 / 98-1118
E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de
Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Unternehmenszweck

Die Förderung gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke, insbesondere die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens im Rahmen einer möglichst optimalen ambulanten Versorgung der Bevölkerung.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren, durch die Pflege, die Betreuung und Aufnahme von hilfsbedürftigen Personen im Sinne der §§ 53, 66 AO sowie durch Kooperationen mit anderen Einrichtungen und/oder Personen im Gesundheitswesen, soweit diese ebenfalls diesen Satzungszweck verfolgen.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2011

Anteile in %: 100% mittelbare Beteiligung über die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Bodo Assmus, Dipl.-Betriebswirt (BA)

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 2011

Gesellschaftsvertrag: 29.09.2011

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 7618

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter: Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises Alsfeld GmbH
(100%)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

	2013	2014
GUPA GmbH	43,61	46,25

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht
Stammeinlage 25.000 €

Ertragslage des Unternehmens:

Jahresüberschuss 285.351,92 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

Die Tochtergesellschaft GuPA leistet mit ihrem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 285 T€ einen deutlichen Beitrag zur Defizitsenkung des Kreiskrankenhauses

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Durch die Integration der Sozialstation wird der öffentliche Bedarf an häuslicher Pflege im Geschäftsgebiet der GuPA erfüllt.

Das Vorhalten qualifizierter ärztlicher Versorgungsangebote in den Fachrichtungen Innere Medizin/Onkologie und Chirurgie stellt einen wichtigen Baustein zur regionalen Krankenversorgung dar.

Der Unternehmensbereich arbeitet erfolgreich mit anerkannt guten Ergebnissen.

Bilanz des Unternehmens:

Aktivseite

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	146.049,00	143.521,00
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.421,00	49.645,00
	<u>245.470,00</u>	<u>193.166,00</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	455.764,93	588.828,07
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	69.906,95	64.636,79
3. Sonstige Vermögensgegenstände	164,44	1.602,57
	<u>525.836,32</u>	<u>655.067,43</u>
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	445.367,61	94.806,63
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.200,00	0,00
	<u>1.217.873,93</u>	<u>943.040,06</u>

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
Passivseite		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	505.280,30	217.885,19
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	285.351,92	287.395,11
	<u>815.632,22</u>	<u>530.280,30</u>
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	120.897,61	104.103,84
	<u>120.897,61</u>	<u>104.103,84</u>
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	29.649,95	23.290,29
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	235.056,14	268.708,83
3. Sonstige Verbindlichkeiten	16.638,01	16.656,80
	<u>281.344,10</u>	<u>308.655,92</u>
	<u>1.217.873,93</u>	<u>943.040,06</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gGmbH, Alsfeld Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	2014	2013
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	2.940.147,04	2.875.066,84
2. Sonstige betriebliche Erträge	113.897,43	96.359,40
	<u>3.054.044,47</u>	<u>2.971.426,24</u>
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	15.190,17	13.602,51
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	818.924,76	862.558,18
	<u>834.114,93</u>	<u>876.160,69</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.393.086,34	1.339.781,78
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	287.803,14	229.072,43
	<u>1.680.889,48</u>	<u>1.568.854,21</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	28.448,67	16.832,45
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	225.403,46	222.246,36
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	164,22	62,58
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,23	0,00
9. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>285.351,92</u>	<u>287.395,11</u>

Auszug aus dem Lagebericht

1. Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB Geschäftsentwicklung

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesundheits- und Pflegezentrum gemeinnützige GmbH wurde am 29.09.2011 als 100%ige Tochter der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH gegründet.

Laut Gesellschaftsvertrag kann die Gesellschaft ambulante und stationäre Pflegeleistungen i.S.d. SGB V und SGB XI erbringen und an der vertragsärztlichen Versorgung als Medizinisches Versorgungszentrum i.S.d. § 95 SGB V teilnehmen.

Ab 01.01.2012 hat das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) der Gesellschaft die Zulassung erhalten und mit einer internistischen und einer chirurgischen Praxis die Tätigkeit aufgenommen.

Ebenfalls zum 01.01.2012 hat die Gesellschaft die Sozialstation von der Muttergesellschaft übernommen. Der zum 01.01.2012 vollzogene Trägerwechsel vom Krankenhaus in eine eigenständige Gesellschaft hatte keine nachteiligen Einflüsse auf die Sozialstation. Die neuen Versorgungsverträge wurden auf Grundlage der alten Verträge ausgestellt und bewilligt.

Die Nachfrage nach den Leistungen der ambulanten Pflege ist sehr stabil. Der wirtschaftliche Erfolg der Sozialstation hängt im Wesentlichen davon ab, ob es gelingt, genügend qualifizierte Pflegekräfte zu gewinnen. Schon jetzt ist es zeitweise schwierig, dass alle Anfragen nach ambulanter Pflege bedient werden können. Um den zukünftigen Anforderungen des Marktes gerecht zu werden, wird stark auf die Ausbildung eigener Pflegekräfte gesetzt.

1.2 Hinweise auf die Risiken der künftigen Entwicklung

a) Bestandsgefährdende Risiken

Ein bestandsgefährdendes Risiko wird zurzeit nicht gesehen.

b) Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Besondere Risiken für die künftige Entwicklung sind zurzeit nicht zu sehen. Durch die Übernahme der in dieser Region etablierten Sozialstation hat die Gesellschaft ein gutes Standbein. Für die Jahre 2015 und für 2016 werden weiterhin positive Jahresergebnisse prognostiziert

1.4 Hinweise auf die Chancen der künftigen Entwicklung

Der Betrieb eines ambulanten Pflegedienstes ist insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung zukunftsfähig.

Weiterhin wird der Betrieb eines MVZ mit den Fachrichtungen Innere Medizin/Onkologie und Chirurgie als zukunftsfähig angesehen. Zum 01.01.2015 konnte das MVZ um den Fachbereich der Rheumatologie und zum 01.04.2015 um den Fachbereich Orthopädie erweitert werden. Es leistet einen wichtigen Beitrag, um die fachärztliche ambulante Betreuung der Region sicherzustellen.

Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH
Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9641-0 – Fax: 06631 / 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
Internet: www.neue-arbeit-vb.de



Unternehmenszweck

Qualifizierte Beschäftigung sowie berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Betriebsgrundlage ist die Teilnahme an öffentlich geförderten Maßnahmen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 HGO - Wirtschaftliche Betätigung:

Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf die Bereiche berufliche Bildung und Integration und Sozialwesen. Sie verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Beteiligung unterliegt damit nicht den Beschränkungen des § 121 Abs. 1 HGO.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Manfred Görig - Vorsitzender	Otto Bäuscher
Rosemarie Müller	Horst Schopbach
Martin Paulus	

Geschäftsführung: Hans-Ulrich Merle (bis 14.10.2014)
Karina Lindner(ab 15.10.2014)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	gGmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	26.01.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	26.01.1999
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRB 5161
<i>Stammkapital:</i>	127.822,97 €
<i>Beteiligungen:</i>	Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld – 100 %

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 88 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht	
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag	271.940,97 €
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Kredite:</i>	keine	
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine	
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine	

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Es handelt sich um eine gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen, die ihren Gesellschaftszweck nachhaltig erfüllt.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVSEITE

	31.12.2014		31.12.2013
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Software	1.064,53		1.808,28
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.274.817,53		1.284.380,98
2. Technische Anlagen	685,01		3.573,01
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.416,13		89.060,73
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	541.286,40		357.550,18
	<u>1.885.205,07</u>		<u>1.734.564,90</u>
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	75.000,00		50.000,00
		<u>1.961.269,60</u>	<u>1.786.373,18</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	100.888,94		141.301,76
2. Forderungen gegen Gesellschafter davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 340.009,05	388.581,78		437.154,51 (388.581,78)
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	53.047,33		13.493,39
4. Sonstige Vermögensgegenstände	101.775,59		105.397,82
	<u>644.293,64</u>		<u>697.347,48</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	217.141,67		529.828,23
		<u>861.435,31</u>	<u>1.227.175,71</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		<u>257,00</u>	<u>0,00</u>
		<u>2.822.961,91</u>	<u>3.013.548,89</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2014		31.12.2013
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97		127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87		148.247,87
III. Gewinnvortrag	1.485.442,60		1.125.695,71
IV. Jahresfehlbetrag (-)/ Jahresüberschuss	- 271.940,97		359.746,89
		1.489.572,47	1.761.513,44
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		512.573,94	525.818,38
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		84.712,50	47.071,08
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 62.975,80	480.005,22		554.981,02 (74.975,80)
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 22.594,57	22.594,57		22.821,20 (22.821,20)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 17.770,37	172.770,37		0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern € davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 58.582,84	58.582,84		97.818,77 (60.437,14) (97.818,77)
		733.953,00	675.620,99
E. Rechnungsabgrenzungsposten		2.150,00	3.525,00
		<u>2.822.961,91</u>	<u>3.013.548,89</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	2 0 1 4	2013
	€	€
1. Umsatzerlöse	1.215.060,19	957.332,94
2. Aktivierte Eigenleistungen	96.601,91	154.312,34
3. Betriebskostenzuschüsse	1.239.494,55	1.158.754,10
4. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	13.244,44	13.837,44
5. Sonstige betriebliche Erträge	114.480,58	669.303,47
	<u>2.678.881,67</u>	<u>2.953.540,29</u>
6. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	380.211,20	320.050,01
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	235,00	2.567,00
	<u>380.446,20</u>	<u>322.617,01</u>
	<u>2.298.435,47</u>	<u>2.630.923,28</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.670.617,96	1.522.950,81
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 60.253,36	416.711,30	394.472,53 (58.334,80)
	<u>2.087.329,26</u>	<u>1.917.423,34</u>
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	56.552,16	69.538,48
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	423.552,02	282.329,07
	<u>2.567.433,44</u>	<u>2.269.290,89</u>
Zwischenergebnis	- 268.997,97	361.632,39
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	1.765,54
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	640,00
	<u>0,00</u>	<u>1.125,54</u>
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 268.997,97	362.757,93
13. Sonstige Steuern	2.943,00	3.011,04
14. Jahresfehlbetrag/ Vorjahr: Jahresüberschuss	<u>- 271.940,97</u>	<u>359.746,89</u>

Auszug aus dem Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes und der Lage der Gesellschaft

1.1 Allgemeine Ausführungen zu gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Entwicklungen in der Branche sowie Darstellung der eigenen Geschäftstätigkeit

Die sich in den Vorjahren abzeichnende Entwicklung der Rahmenbedingungen wirkte weiter nachhaltig auch im Geschäftsjahr 2014. So erschwert u. a. die niedrige Arbeitslosenquote des Vogelsbergkreises die Arbeit und die praktische Ausgestaltung der Satzungsziele der Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH.

„Angeleitete Beschäftigung“ - früher ein Hauptbestandteil einer Qualifizierungsmaßnahme - wurde und wird immer weniger Bestandteil von ausgeschriebenen Gruppenmaßnahmen. Als Beispiel ist das „Sofortangebot 2014“ zu nennen. Die ausgeschriebenen arbeitsmarktlichen Maßnahmen setzen ihren Schwerpunkt immer mehr auf aufsuchende Arbeit, Aktivierung, Motivation durch Einzelbetreuung - jedoch ohne jegliche fachliche Fähigkeits- oder Kompetenzfeststellung. Die jahrelang gut funktionierende Symbiose von qualitativ intensiver, hochwertiger Sozialarbeit und ausgeprägter Vermittlung von Fachkenntnissen auf Meisterniveau in den verschiedenen Bereichen ist für Qualifizierungsgesellschaften nicht mehr zeitgemäß. Das in der Vergangenheit zu beobachtende Trägersterben ist diesen Umständen geschuldet.

Bereits im Lagebericht 2013 wurde auf die Notwendigkeit einer Umstrukturierung und somit überlebensfähiger Anpassung an die sich massiv geänderten Rahmenbedingungen hingewiesen. Die Zielsetzung war eindeutig formuliert: das strukturelle Defizit im Kerngeschäft durch externe Aufträge auszugleichen. Dies ist im Hinblick auf die in 2014 existierende Personaldecke ein hohes Ziel. Der angestoßene Prozess verlief schleppend und ohne merkliche Auswirkungen im Hinblick auf die Zielsetzung. Erst im letzten Quartal 2014 ergaben sich Möglichkeiten, diesen dringend notwendigen Prozess strukturiert in Gang zu bringen.

Es erfolgte ein Wechsel in der Geschäftsleitung. Es wurde im letzten Quartal konzentriert, zielorientiert und engagiert an der Einführung von neuen Arbeitsprozessen sowie neuen notwendigen Dokumentationsmethoden gearbeitet.

Die Entwicklung neuer Geschäftsfelder, zum Beispiel die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt des Vogelsbergkreises - Vorhalten eines flexiblen Tagesgruppenangebotes - scheiterte an der mangelhaften Teilnehmerzuweisung und musste durch die neue Geschäftsführung eingestellt werden. Ebenso die Leistungsvereinbarung im Bereich der Erziehungsberatung. Sämtliche Vorleistungen, wie zum Beispiel die Fortbildung der benannten Personen konnten nicht ziel- und gewinnorientiert für die Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH eingesetzt werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Bemühungen zum Erschließen neuer Geschäftsfelder im Kernbereich, sprich der Qualifizierung und pädagogischen Arbeit, zum Scheitern verurteilt waren. Ursächlich ist hierfür, dass zu diesem Aufgabenfeld keine Marktanalyse im herkömmlichen Sinne erhoben werden kann. Meist liegt in der Erprobung ein großer Unterschied zwischen gefühlter Nachfrage und angenommenem Angebot, so dass eine neue Maßnahme nicht zielorientiert implementiert werden kann. Grundsätzlich ist dieser Bereich durch eine teilnehmerbezogene Abrechnung ein Risiko, das zukünftig nicht mehr wirtschaftlich vertreten werden kann.

Das Personal setzte sich zusammen aus:

22 Fachanleiter, 54 Mitarbeitern und 12 Auszubildenden.

Von den 12 Auszubildenden musste einem Auszubildenden wegen Fehlverhaltens gekündigt werden, bestanden 3 die Abschlussprüfung. 2 Auszubildenden wurden aufgrund ihrer hervorragenden Leistungen in ein drittes Ausbildungsjahr übernommen.

Von den 88 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren im Durchschnitt 36 in Vollzeit, 52 in Teilzeit, insgesamt davon 38 männlich und 50 weiblich.

Die in 2013 angedeutete Einarbeitung neuer Geschäftsfelder - die Gründung der Neue Dienstleistungen gGmbH wurde Anfang August 2014 auf den Weg gebracht ab dem 1. August wurde ein Experte für diese Aufgabe eingestellt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Grundsätzlichkeit der Verwirklichung der Satzungszwecke und die Notwendigkeit der Erlöserzielung durch die Fachbereiche, welche immer weniger der Qualifizierung dienen, immer im Einklang ihrer Gegensätzlichkeit zu sehen sind und Grundlage jeglicher zukünftigen Entscheidung sein werden.

1.2 Darstellung der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

Die vorgenannten Erläuterungen begründen das negative Betriebsergebnis, ein Resultat aus vorjährigen Entscheidungen, der Annahme von nicht kostendeckenden Aufträgen und Maßnahmen, deren Abrechnung Teilnehmer basiert stattfand und auf Entscheidungen, die ohne Zugrundelegung betriebswirtschaftlicher Aspekte getroffen wurden.

2. Prognose – Chancen und Risiken

Nach dem Geschäftsführerwechsel im Oktober 2014 signalisieren die Gesellschafter die Willensbekundung zur Erhaltung der Gesellschaft und zur Unterstützung der neuen Geschäftsleitung. Die Chance für die Zukunft besteht darin, durch Qualitätssteigerung im Bereich der Dienstleistungen und Zielerreichung bei den Maßnahmen, die Erlöse weiter zu steigern, bzw. die Maßnahmen zu verlängern.

Eine kooperative und der Gesellschaft dienliche Zusammenarbeit soll die Basis dafür sein. Eine weitere Option liegt darin, die Ergebnisse der Expertise von Frau Dr. Landgraf umzusetzen. Die dort erwähnten Optimierungsmaßnahmen und Verbesserungsprozesse nachhaltig zu verfolgen, die im letzten Quartal auf den Weg gebracht worden.

Die Gründung des Integrationsbetriebs zur Ausgliederung von Abteilungen zur Teilnahme am freien Markt erscheint sinnvoll, stellt aber eine organisatorische und betriebswirtschaftlich umfassende Aufgabe dar, die nur mittelfristig messbar sein kann.

Die Erschließung neuer Standbeine kann sich nicht im vorhandenen Rahmen ergeben. Eine große Chance ist das Thema „Asyl“. Im letzten Quartal wurde der Grundstein für eine zweite Gemeinschaftsunterkunft, die die Gesellschaft betreibt und die grundlegende enge Zusammenarbeit mit dem Vogelsbergkreis gelegt.

Risiko ist nach wie vor, dass eine Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft nie ohne Zuschüsse wirtschaftlich existieren kann.

2. Energieversorgung und Verkehr

Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 – Fax: 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de
Internet: www.ovvg.de



Aufgabe	Versorgung mit Energie und Wasser, Aufgaben der Entsorgung sowie öffentlicher Personennahverkehr, insbesondere durch Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Gesellschaften, die der Versorgung mit Energie und Wasser, der Entsorgung oder dem öffentlichen Personennahverkehr dienen.
Gründung	1994
Handelsregister	Friedberg, HRB 1552
Stammkapital	148.000.000 EUR
Gesellschafter	Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (100 %)
Aufsichtsrat	<p>Horst Nachtigall, Rechtsanwalt, Gießen, Vorsitzender (seit 17. September 2014), Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Oswin Veith, Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim, Vorsitzender (bis 17. September 2014), stellvertretender Vorsitzender (seit 17. September 2014), Kristina Paulenz, Pensionärin, Ober-Mörlen, stellvertretende Vorsitzende (bis 17. September 2014), Tanja Allen-Becker, Volljuristin, Lich (bis 17. September 2014), Peter Alles, Sachbearbeiter, Münzenberg (bis 17. September 2014), Joachim Arnold, Landrat, Wölfersheim, Rosa Maria Bey, Rentnerin, Friedberg, Wolfgang Brehm, Elektromeister, Wölfersheim, Thorsten Hankel, Sachbearbeiter, Friedberg, Hans-Jürgen Herbst, Diplom-Finanzwirt, Lautertal, Dr. Hans Heuser, Richter, Mücke, Michael Junk, Elektrotechnikermeister, Florstadt, Friedel Kopp, Bürgermeister, Freiensteinau, Sabine Lyhs, Sachbearbeiterin, Bad Nauheim (seit 17. September 2014), Sigrid Reichhold, Sachbearbeiterin, Florstadt, Dr. Sven Simon, akademischer Rat, Buseck, Ralf-Rüdiger Stamm, Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg, Klaus Weidmann, Sachbearbeiter, Friedberg, Andrea Weiß, Sachbearbeiterin, Hungen (seit 17. September 2014)</p> <p>Den aktiven Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden 50.000,00 € als Aufwandsentschädigung vergütet.</p>
Geschäftsführung	<p>Vorsitzender Rainer Schwarz, Rolf Gnadl</p> <p>Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.</p>

Prokura	–
Jahresabschluss	für das Jahr 2014 aufgestellt am 24. Juni 2015
Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Beteiligungen	Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (100 %) ovag Netz AG (100 %) ovag Energie AG (100 %) VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (100 %)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht des ZOV

Die Beteiligung an der OVVG und ihren Tochtergesellschaften (siehe nachfolgend OVAG, ovag Energie AG, ovag Netz AG und VGO), wird für den Vogelsbergkreis mittelbar über die Beteiligung am Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) hergestellt. Am ZOV ist der Vogelsbergkreis mit 32,1 % beteiligt.

Die Konzernergebnisse bzw. die Ergebnisse der einzelnen Konzernsparten werden über den ZOV an die Eignerkreise abgewickelt.

Vermögens- und Finanzlage (OVVG-Konzern)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)					
+ Sachanlagen und immat. VG	253.127	236.428	223.786	194.776	167.608
+ Finanzanlagen	85.450	87.610	91.062	94.351	100.699
Anlagevermögen	338.577	324.038	314.848	289.127	268.307
+ Vorräte	4.792	4.837	5.277	3.875	4.352
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	55.835	57.564	75.652	58.849	57.144
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt.	179	237	2.504	2.671	567
+ Sonstige Vermögensgegenstände	32.125	27.210	27.059	18.541	8.588
+ Latente Steuern	0	0	0	0	0
+ Liquide Mittel	81.541	74.214	37.889	57.029	65.806
Umlaufvermögen	174.472	164.062	148.381	140.965	136.457
Rechnungsabgrenzungsposten	1.016	948	1.110	1.038	1.067
Aktive latente Steuern	18.492	20.648	16.270	13.133	10.269
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	150	0	118
Aktiva insgesamt	532.557	509.696	480.759	444.263	416.218
Passiva (Zusammenfassung)					
+ Gezeichnetes Kapital	148.000	148.000	148.000	148.000	148.000
+ Kapitalrücklage	0	0	0	0	0
+ Gewinnrücklagen	-3.433	-3.529	-4.612	0	286
+ Ausgleichsposten f. d. Anteile and. Gesellschafter	-73	-19	58	99	-21
Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung	123.182	101.259	91.290	80.572	70.438
Ausschüttung	-4.178	0	0	0	0
+ Ergebnisvortrag	119.003	101.259	91.290	80.572	70.438
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0
- Einst. in d. Ausgleichsposten f. d. Anteile and. Gesell.	0	0	0	0	0
+ Entn. aus d. Ausgleichsposten f. d. Anteile and. Gesell.	54	-2	-417	-193	13
- Vorabausschüttung	0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis	21.536	21.925	12.211	8.962	18.302
Eigenkapital	285.088	267.634	246.530	237.440	237.018
Sonderposten mit Rücklageanteil	119	132	150	167	192
Empfangene Investitions- und Baukostenzuschüsse	19.418	20.515	22.728	24.999	27.313
+ Rückstellungen für Pensionen u.ä. Verpflichtungen	23.788	24.845	26.513	37.281	29.475
+ Steuerrückstellungen	3	204	10.436	6.960	8.187
+ Sonstige Rückstellungen	59.998	62.144	57.149	46.228	42.716
Rückstellungen	83.790	87.193	94.098	90.469	80.378
+ Genussrechtskapital	2.500	2.500	2.500	2.500	0
+ Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (Darlehen)	89.757	73.786	50.015	23.444	20.076
+ Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten (sonstige)	0	0	0	0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.019	2.120	2.252	1.036	593
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30.451	32.336	40.877	45.823	31.828
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt.	97	1.678	1.258	869	2.899
+ Sonstige Verbindlichkeiten	14.270	16.841	15.354	12.844	11.556
Verbindlichkeiten	139.093	129.261	112.256	86.516	66.952
Rechnungsabgrenzungsposten	5.049	4.961	4.997	4.672	4.365
Passiva insgesamt	532.557	509.696	480.759	444.263	416.218
Liquidität					
+ Langfristig verfügbare Mittel	374.845	341.420	296.545	260.884	257.094
- Langfristig gebundenes Vermögen	338.577	324.038	314.848	289.127	268.307
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung	36.268	17.382	-18.303	-28.243	-11.213
	+	-			
Veränderung der Stichtagsliquidität	18.886	35.685	9.940	-17.030	25.637

Ertragslage (Konzernabschluss)

	2014	2013	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse	457.760	476.104	441.679	406.251	419.259
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	120	-147	162	-105	-237
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	2.402	1.472	1.673	1.658	1.896
+ Übrige Betriebserträge	8.580	10.600	9.533	15.703	17.738
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	315.487	340.571	314.881	279.158	277.648
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	31.466	39.087	36.385	30.611	38.471
- Personalaufwand	49.057	47.222	44.206	52.751	43.193
- Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	23.127	20.794	19.626	18.939	18.639
- Übrige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	24.848	23.723	27.005	24.773	24.180
Betriebsergebnis	24.877	16.632	10.944	17.281	36.525
Beteiligungsergebnis	987	1.371	634	629	610
+ Erträge aus and. WP / Ausleih. des Finanzanlageverm.	2.167	2.640	7.974	2.400	15.340
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.905	1.040	2.059	1.788	1.511
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.139	4.163	3.363	4.241	3.164
- Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	131	95	979	471	231
Finanzergebnis	-197	-578	5.691	-524	13.456
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	63
Außerordentliche Aufwendungen (-)	0	0	0	0	12.756
Steuern vom Ertrag (-)	4.130	-4.499	5.058	8.424	19.596
Konzernjahresergebnis	21.536	21.924	12.211	8.962	18.302

Ausgewählte Kennzahlen (OVVG-Konzern)

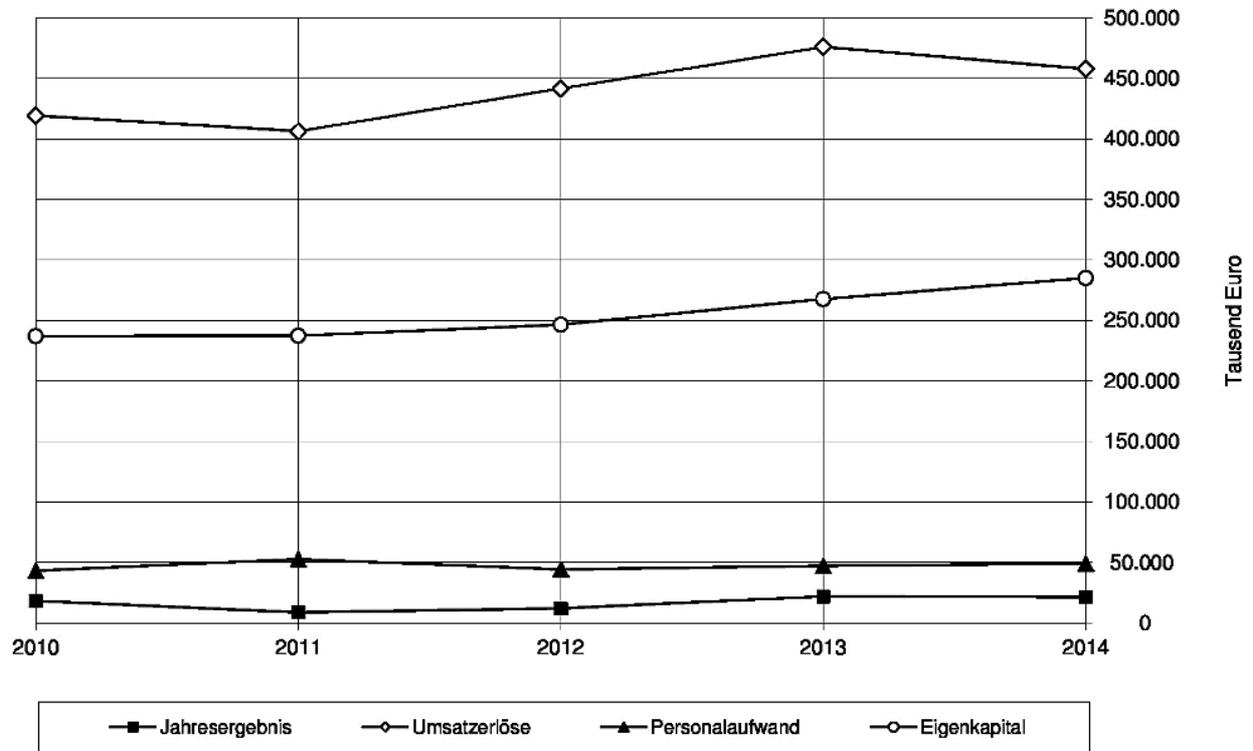
	2014	2013	2012	2011	2010
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	53,5%	52,5%	51,3%	53,4%	56,9%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] ¹⁾	7,6%	8,2%	5,0%	3,8%	7,7%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	47,5%	46,4%	46,5%	43,8%	40,3%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	75,8%	79,7%	79,5%	76,3%	75,4%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	10,7%	9,9%	10,0%	13,0%	10,3%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	45	44	63	53	50
(Beanspruchtes) Lieferantenziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	32	31	42	54	37

Sonstige Kennzahlen

Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	655	644	633	615	616
---	-----	-----	-----	-----	-----

¹⁾ Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen"). Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (OVVG-Konzern)



Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG)



Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 – Fax: 06031 / 82-1332
E-Mail: info@ovag.de
Internet: www.ovag-gruppe.de

Aufgabe	Versorgung mit Energie und Wasser sowie die Übernahme von Entsorgungsaufgaben.
Gründung	1972
Handelsregister	Friedberg, HRB 138
Stammkapital	100.000.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	<p>Oswin Veith, Mitglied des Bundestages, Bad Nauheim, Vorsitzender (ab 17. September 2014), Hans-Jürgen Becker, Pensionär, Laubach, Vorsitzender (bis 17. September 2014), Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Stephanie Becker-Bösch, Rechtsanwältin, Butzbach (ab 17. September 2014), Dr. Ulrich Lenz, Pensionär, Linden, stellvertretender Vorsitzender (bis 17. September 2014), Tanja Allen-Becker, Volljuristin, Lich, Peter Alles, Sachbearbeiter, Münzenberg, Dieter Boß, Kaufmann, Schwalmtal, Marion Dauch, Sachbearbeiterin, Florstadt, Eva Goldbach, Mitglied des Landtages, Lauterbach, Manfred Görig, Landrat, Romrod, Thorsten Hankel, Sachbearbeiter (ab 17. September 2014), Michael Junk, Elektrotechnikermeister, Florstadt, Sabine Lyhs, Sachbearbeiterin, Bad Nauheim (bis 17. September 2014), Sigrid Reichhold, Sachbearbeiterin, Florstadt, Karl-Heinz Schneider, Rentner, Münzenberg, Ralf-Rüdiger Stamm, Landesfachbereichsleiter ver.di, Friedberg, Klaus Weidmann, Sachbearbeiter, Friedberg, Bernfried Wieland, Pensionär, Büdingen</p> <p>Für Vergütung an aktive Mitglieder des Aufsichtsrates wurden 51.890,72 € aufgewendet.</p>
Vorstand	<p>Vorsitzender Rainer Schwarz, Rolf Gnadl</p> <p>Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.</p>
Prokura	Stefan Hammer, Peter-Hans Hög, Dr. Thorsten Reichel, Heinz Hommel
Jahresabschluss	für das Jahr 2014 aufgestellt am 28. Mai 2015
Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Beteiligungen	LWU Labor für Wasser- und Umwelthygiene GmbH i.L. (50 %) Oberhessische Gasversorgung GmbH (50 %) Butzbacher Netzbetriebs GmbH & Co. KG (43,38 %) Butzbacher Netzbetrieb Verwaltungs GmbH (43,38 %)

Vermögens- und Finanzlage (OVAG)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)					
+ Sachanlagen und immat. VG	144.033	127.929	118.539	117.340	117.336
+ Finanzanlagen	58.054	61.668	67.798	74.359	81.602
Anlagevermögen	202.086	189.597	186.337	191.699	198.938
+ Vorräte	863	841	847	797	866
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	4.213	3.783	4.058	3.767	3.520
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt. ¹⁾	10.654	286	26.956	17.432	7.083
+ Sonstige Vermögensgegenstände	2.290	2.820	1.740	2.122	3.653
+ Liquide Mittel (einschließlich Geldmarktfonds)	40.079	54.189	15.185	33.994	35.232
Umlaufvermögen	58.099	61.919	48.786	58.112	50.354
Rechnungsabgrenzungsposten	190	143	142	198	152
Aktiva insgesamt	260.375	251.659	235.265	250.009	249.444
Passiva (Zusammenfassung)					
+ Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
+ Kapitalrücklage	25.011	25.011	25.011	25.011	25.011
+ Andere Gewinnrücklagen	40.334	28.334	27.334	24.934	24.934
Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung	+ 0	0	0	0	0
Dividende	- 0	0	0	0	0
+ Ergebnisvortrag	= 0	0	0	0	0
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0
+ Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis vor Gewinnabführung	19.674	19.601	16.481	14.830	25.078
- Abführung aus dem Gewinnabführungsvertrag	7.674	18.601	14.081	14.830	12.539
- Einstellung in andere Gewinnrücklagen	12.000	1.000	2.400	0	12.539
Eigenkapital	165.345	153.345	152.345	149.945	149.945
Sonderposten mit Rücklageanteil	119	276	315	566	630
Investitions- und Baukostenzuschüsse	19.418	20.515	22.728	24.999	27.313
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	22.027	21.234	20.382	20.366	19.462
+ Sonstige Rückstellungen	21.882	22.535	24.068	23.964	26.742
Rückstellungen	43.909	43.769	44.450	44.330	46.204
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)	16.824	3.800	0	0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	30	18	5	207
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	1.975	1.559	1.894	2.451	3.080
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt. ¹⁾	9.357	24.621	9.857	22.545	15.152
+ Sonstige Verbindlichkeiten	2.312	2.685	2.560	4.412	6.127
Verbindlichkeiten	30.468	32.695	14.329	29.413	24.566
Rechnungsabgrenzungsposten	1.117	1.059	1.098	756	786
Passiva insgesamt	260.375	251.659	235.265	250.009	249.444
Liquidität					
+ Langfristig verfügbare Mittel	223.732	199.170	195.770	195.876	197.350
- Langfristig gebundenes Vermögen	202.086	189.597	186.337	191.699	198.938
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung	21.646	9.573	9.433	4.177	-1.588
	+	-			
Veränderung der Stichtagsliquidität	12.073	140	5.256	5.765	2.244

Ertragslage (OVAG)

	2014	2013	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse	46.489	46.769	46.616	47.417	50.808
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	-13	14	0,3	-92	-237
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	97	81	240	257	1.868
+ Übrige Betriebserträge	17.439	19.565	17.915	22.189	25.624
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.328	6.294	5.872	5.476	6.198
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.604	5.178	5.025	4.384	8.142
- Personalaufwand	11.997	11.877	9.869	13.237	10.491
- Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	12.414	12.144	12.595	13.054	14.071
- Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0
- Übrige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	7.300	6.349	6.877	7.072	7.314
Betriebsergebnis	23.371	24.587	24.533	26.548	31.847
Beteiligungsergebnis	500	730	495	324	324
+ Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.202	1.334	1.982	2.147	2.361
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	690	1.511	1.771	1.789	1.376
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.948	1.290	2.161	1.316	1.716
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	4	0	0	187
Finanzergebnis	-56	1.551	1.592	2.620	1.834
Außerordentliche Aufwendungen/Außerordentliches Ergebnis (-)	0	0	1.362	302	1.849
Steuern vom Ertrag (-)	4.140	7.267	8.777	14.360	7.077
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	19.674	19.601	16.481	14.830	25.079

Ausgewählte Kennzahlen

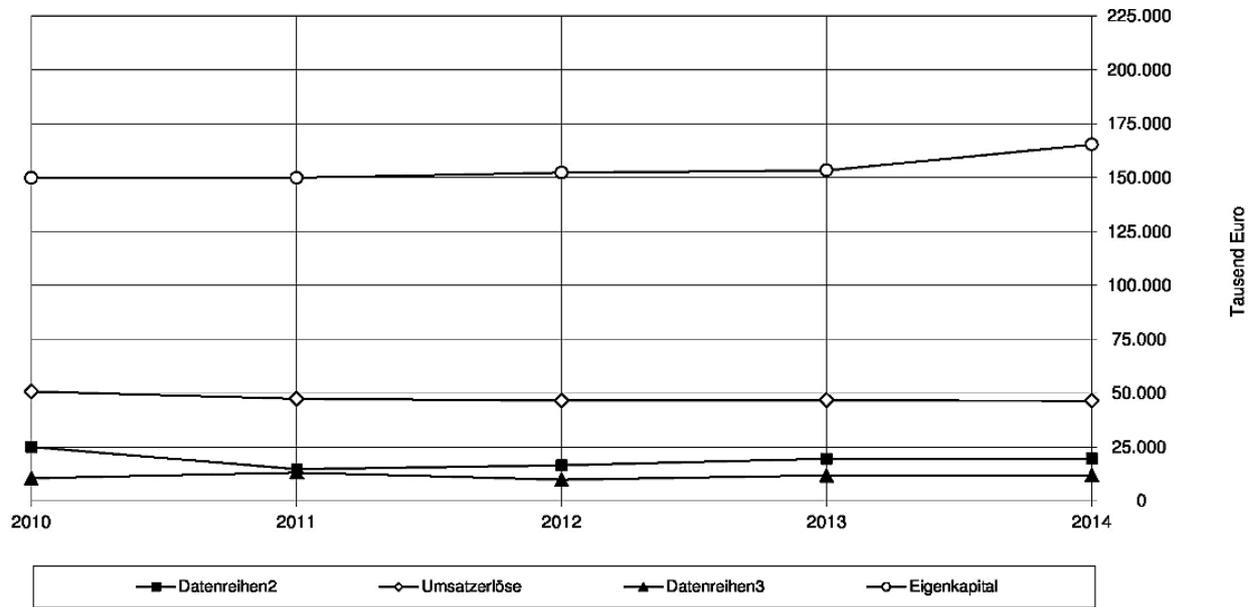
	2014	2013	2012	2011	2010
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	63,5%	60,9%	64,8%	60,0%	60,1%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] ²⁾	11,9%	12,8%	10,8%	9,9%	16,7%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	55,3%	50,8%	50,4%	46,9%	47,0%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	19,2%	24,5%	23,4%	20,8%	28,2%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	25,8%	25,4%	21,2%	27,9%	20,6%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	33	30	32	29	25
(Beanspruchtes) Lieferantziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	81	50	63	91	78

Sonstige Kennzahlen

	2014	2013	2012	2011	2010
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	154	153	156	153	157

¹⁾ Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen"). Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (OVAG)



ovag Energie AG

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 6848-0 – Fax: 06031 / 6848-1547
E-Mail: service@ovag-energie.de
Internet: www.ovag-energie.de



Aufgabe	Beschaffung von Energie auf nationalen und internationalen Märkten, Energievertrieb, Teilnahme am Spot- und Langfristhandel, Erzeugung von Energie und Wärme sowie Erbringung von Dienstleistungen in diesem Bereich, Übernahme von Entsorgungsaufgaben.
Gründung	2000
Handelsregister	Friedberg, HRB 2272
Grundkapital	50.000.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	<p>Ulrich Künz, Bürgermeister, Kirtorf, Vorsitzender (ab 17. September 2014), Matthias Weitzel, Bürgermeister, Mücke, Vorsitzender (bis 17. September 2014), Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Birgit Gondolf, Sachbearbeiterin, Hungen, Thorsten Hankel, Sachbearbeiter, Friedberg, Anette Henkel, Diplom-Verwaltungswirtin, Buseck, Dirk Konopka, Netzbezirksleiter, Feldatal, Stefan Lux, Bezirksleiter Großhandel, Florstadt, Uwe Meyer, Finanzwirt, Lauterbach, Klaus Ostheim, Sachbearbeiter, Schotten, Dr. Christine Schmahl, Hauptamtliche Kreisbeigeordnete, Laubach, Claus Spandau, Kommunalberater, Laubach, Astrid Triesch, Rentnerin, Büdingen, Michael Wellner, Sachbearbeiter, Butzbach, Markus Zimmer, Sachbearbeiter, Bad Nauheim</p> <p>Die Vergütungen an Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014 betragen 41.197,78 €.</p>
Vorstand	<p>Rainer Schwarz</p> <p>Die Bezüge des Vorstands für das Geschäftsjahr 2014 betragen 3.000,00 €</p>
Prokura	Holger Ruppel, Dr. Hans-Peter Frank
Jahresabschluss	für das Jahr 2014 aufgestellt am 20. Mai 2015
Abschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main

Beteiligungen

hessenENERGIE Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH
(100 %)
Biogas Oberhessen Verwaltungs GmbH (100 %)
Biogas Oberhessen GmbH & Co. KG (100 %)
hessenWIND IV GmbH & Co. KG (97,29 %)
hessenWIND V GmbH & Co. KG (47,71 %)
ovagSolar Stadt Linden GmbH & Co. KG (50 %)
Wölfersheim-ovag Energie GmbH (50 %)
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG (4,95 %)

Vermögens- und Finanzlage (ovag Energie AG)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)					
+ Sachanlagen und immat. VG	77.526	73.761	9.726	10.360	10.291
+ Finanzanlagen	25.315	25.576	32.565	27.454	27.975
Anlagevermögen	102.841	99.337	42.291	37.814	38.266
+ Vorräte	151	844	631	893	956
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	34.666	42.157	47.412	42.137	46.654
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt. ¹⁾	7.926	27.501	21.581	12.582	102
+ Sonstige Vermögensgegenstände	227	189	244	2.717	486
+ Liquide Mittel (einschl. sonstige Wertpapiere)	33.078	10.674	14.190	14.891	21.456
Umlaufvermögen	76.048	81.165	84.058	73.220	69.654
Rechnungsabgrenzungsposten	552	533	22	23	12
Aktiva insgesamt	179.441	181.035	126.371	111.057	107.932
Passiva (Zusammenfassung)					
+ Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
+ Kapitalrücklage	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
+ Andere Gewinnrücklagen	8.375	6.375	6.375	5.175	4.675
Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung	+ 0	0	0	0	0
Dividende	- 0	0	0	0	0
+ Ergebnisvortrag	= 0	0	0	0	0
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0
+ Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis vor Gewinnabführung / Verlustübernahme	2.160	-18.017	2.775	3.365	3.091
+ Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	18.017			
- Abführung aus dem Gewinnabführungsvertrag	160	0	1.575	2.865	1.557
- Einstellung in andere Gewinnrücklagen	2.000	0	1.200	500	1.534
Eigenkapital	61.375	59.375	59.375	58.175	57.675
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0	0
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	1.186	1.179	1.328	1.367	1.143
+ Steuerrückstellungen	0	0	0	0	706
+ Sonstige Rückstellungen	26.259	27.567	14.419	9.786	4.989
Rückstellungen	27.445	28.746	15.747	11.153	6.838
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)	58.668	53.501	14.659	1.070	1.070
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (sonstige)	0	0	0	0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0	0	100
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.261	18.527	20.052	21.527	17.229
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt.	9.016	11.121	10.022	14.381	23.075
+ Sonstige Verbindlichkeiten	8.676	9.765	6.516	4.751	1.945
Verbindlichkeiten	90.621	92.914	51.249	41.729	43.419
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
Passiva insgesamt	179.441	181.035	126.371	111.057	107.932
Liquidität					
+ Langfristig verfügbare Mittel	121.229	114.055	75.362	60.612	59.888
- Langfristig gebundenes Vermögen	102.841	99.337	42.291	37.814	38.266
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung	18.388	14.718	33.071	22.798	21.622
	+ ↓	- ↓			
Veränderung der Stichtagsliquidität	3.670	-18.353	10.273	1.176	-4.307

Ertragslage (ovag Energie AG)

	2014	2013	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse (netto)	286.489	300.126	285.259	259.834	279.607
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0	-607
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	5	12	16	9
+ Übrige Betriebserträge	2.511	1.842	1.612	4.355	3.552
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	183.960	219.208	195.336	175.009	192.159
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	79.041	80.990	75.266	69.824	73.867
- Personalaufwand	5.272	4.856	4.804	4.912	4.134
- Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	6.479	1.302	1.094	1.080	1.081
- Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0
- Übrige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	8.640	6.533	7.869	6.170	5.963
Betriebsergebnis	5.607	-10.916	2.514	7.210	5.357
Beteiligungsergebnis	478	1.750	0	0	0
+ Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	193	180	136	253	267
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	302	494	1.131	578	465
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.426	518	196	237	234
- Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	755	44	60	2.130	37
Finanzergebnis	-2.686	112	1.011	-1.536	461
Außerordentliche Erträge (+)	0	0	0	0	63
Außerordentliche Aufwendungen (-)	0	8.151	0	0	281
Steuern vom Ertrag (-)	1.239	812	750	2.309	2.509
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	2.160	-18.017	2.775	3.365	3.091

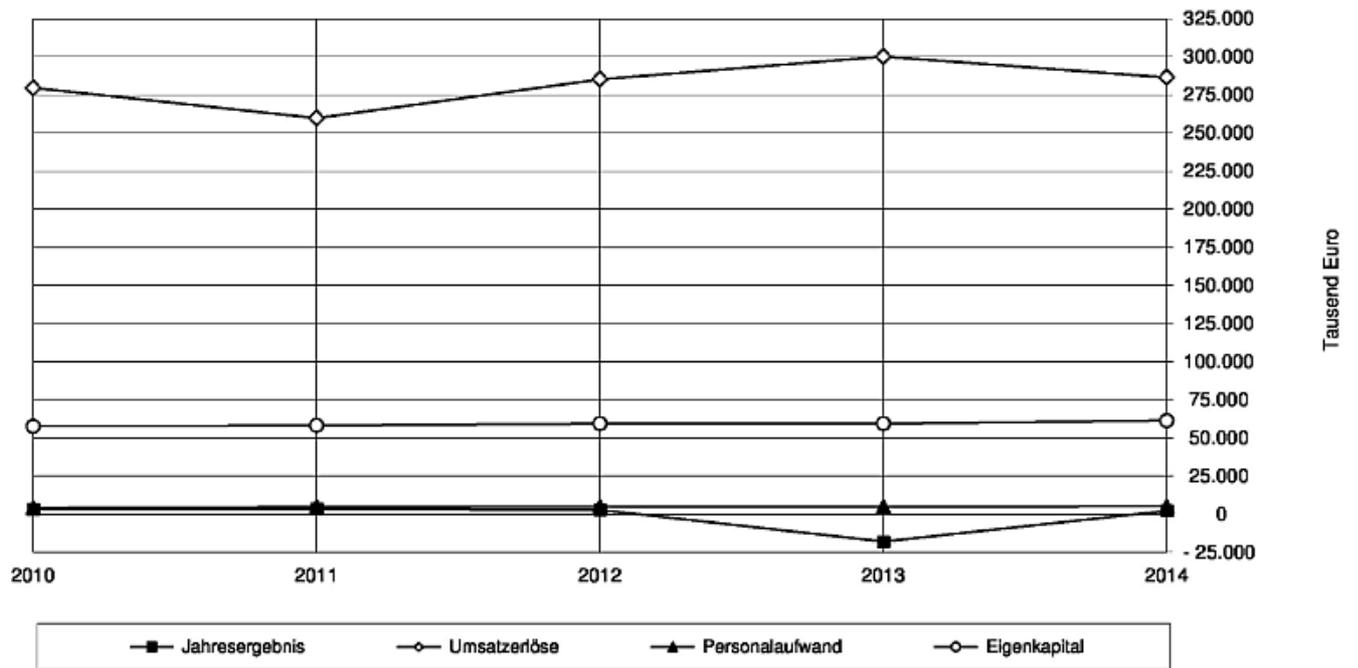
Ausgewählte Kennzahlen

	2014	2013	2012	2011	2010
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	34,2%	32,8%	47,0%	52,4%	53,4%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] ¹⁾	3,5%	-30,3%	4,7%	5,8%	5,4%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	43,2%	40,7%	7,7%	9,3%	9,5%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	91,8%	100,0%	94,9%	94,2%	95,1%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	1,8%	1,6%	1,7%	1,9%	1,5%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	44	51	61	59	61
(Beanspruchtes) Lieferantenziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	13	14	14	21	32

Sonstige Kennzahlen

Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	88	83	78	75	71
---	----	----	----	----	----

¹⁾ Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen"). Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.



ovag Netz AG

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 – Fax: 06031 / 82-1429
E-Mail: netznutzung@ovag-netz.de
Internet: www.ovag-netz.de



Aufgabe	Pacht, Verwaltung, Betrieb und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere die OVAG.
Gründung	2004
Handelsregister	Friedberg, HRB 6019
Grundkapital	1.600.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	<p>Rainer Schwarz, Diplom-Finanzwirt, Langgöns, Vorsitzender, Gunter Endmann, Schlossermeister, Hungen, stellvertretender Vorsitzender, Tanja Allen-Becker, Volljuristin, Lich, Wolfgang Brehm, Elektromeister, Wölfersheim, Marion Dauch, Sachbearbeiterin, Florstadt (bis 24. Juni 2014), Gerald Dörr, Bankkaufmann, Langgöns, Stefan Habicht, Elektromonteur, Friedberg, Thorsten Hankel, Sachbearbeiter, Friedberg (ab 24. Juni 2014), Margret Jöckel, Lehrerin, Lauterbach, Michael Junk, Elektrotechnikermeister, Florstadt, Hannelore Rabl, Hausfrau, Bad Vilbel, Gerhard Weber, Finanzbeamter, Wölfersheim, Almut Wilser, Pensionärin, Bad Nauheim</p> <p>Für Vergütungen an aktive Mitglieder des Aufsichtsrats wurden 35.035,00 € aufgewendet. Frau Rabl hat ihr Einverständnis zur Veröffentlichung von Bezügen erteilt. Für das Geschäftsjahr 2014 hat Frau Rabl Bezüge i.H.v. 3.081,46 € erhalten.</p>
Vorstand	<p>Rolf Gnadl</p> <p>Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.</p>
Prokura	Alfred Kraus, Michael Garhamer
Jahresabschluss	für das Jahr 2014 aufgestellt am 28. Mai 2015
Abschlussprüfer	KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Beteiligungen	-

Vermögens- und Finanzlage (ovag Netz AG)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)					
+ Sachanlagen und immat. VG	5.766	6.119	6.465	6.847	7.244
+ Finanzanlagen	6.484	6.228	6.228	6.228	6.228
Anlagevermögen	12.249	12.347	12.693	13.075	13.472
+ Vorräte	1.652	1.617	1.776	1.153	1.484
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.145	10.421	23.029	10.740	6.388
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt.	18.177	18.820	8.583	21.261	17.081
+ Sonstige Vermögensgegenstände	4.717	1.799	654	3.203	274
+ Liquide Mittel (einschließlich Geldmarktfonds)	458	428	2.008	687	883
Umlaufvermögen	42.149	33.085	36.050	37.044	26.110
Rechnungsabgrenzungsposten	205	203	184	247	185
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	150	0	118
Aktiva insgesamt	54.603	45.635	49.077	50.366	39.885
Passiva (Zusammenfassung)					
+ Gezeichnetes Kapital	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
+ Kapitalrücklage	50	50	50	50	50
+ Andere Gewinnrücklagen	28.964	21.850	14.313	14.313	14.313
<i>Ergebnisvortrag vor Ergebnisverwendung</i>	<i>+</i> 0	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>Dividende</i>	<i>-</i> 0	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
+ Ergebnisvortrag	= 0	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
+ Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0
+ Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	0	0	0	0	0
+ Jahresergebnis vor Gewinnabführung / Verlustübernahme	7.536	7.536	-4.241	-14.229	16.842
+ Verlustübernahme durch Gesellschafter	0	0	4.241	14.229	
- Abführung aus dem Gewinnabführungsvertrag	0	0	0	0	2.766
- Verlustvortrag aus Vorjahr	0	0	0	0	41
- Einstellung in andere Gewinnrücklagen	7.536	7.536	0	0	14.035
Eigenkapital	28.614	23.500	15.963	15.963	15.963
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0	0
Empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0	0
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	61	1.916	4.330	7.055	199
+ Sonstige Rückstellungen	8.905	6.081	11.442	7.836	6.300
Rückstellungen	8.966	7.997	15.772	14.891	6.499
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)				0	0
+ Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	174	157	1.538	911	49
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.858	9.192	11.592	15.957	7.948
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt.	2.564	1.554	1.987	1.469	7.116
+ Sonstige Verbindlichkeiten	4.426	3.234	2.225	1.175	2.310
Verbindlichkeiten	19.023	14.137	17.342	19.512	17.423
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
Passiva insgesamt	54.603	45.635	49.077	50.366	39.885
Liquidität					
+ Langfristig verfügbare Mittel	28.675	25.416	20.293	23.018	16.162
- Langfristig gebundenes Vermögen	12.249	12.347	12.693	13.075	13.472
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung	16.426	13.069	7.600	9.943	2.690
	+	-			
Veränderung der Stichtagsliquidität	3.357	5.469	-2.343	7.253	6.053

Ertragslage (ovag Netz AG)

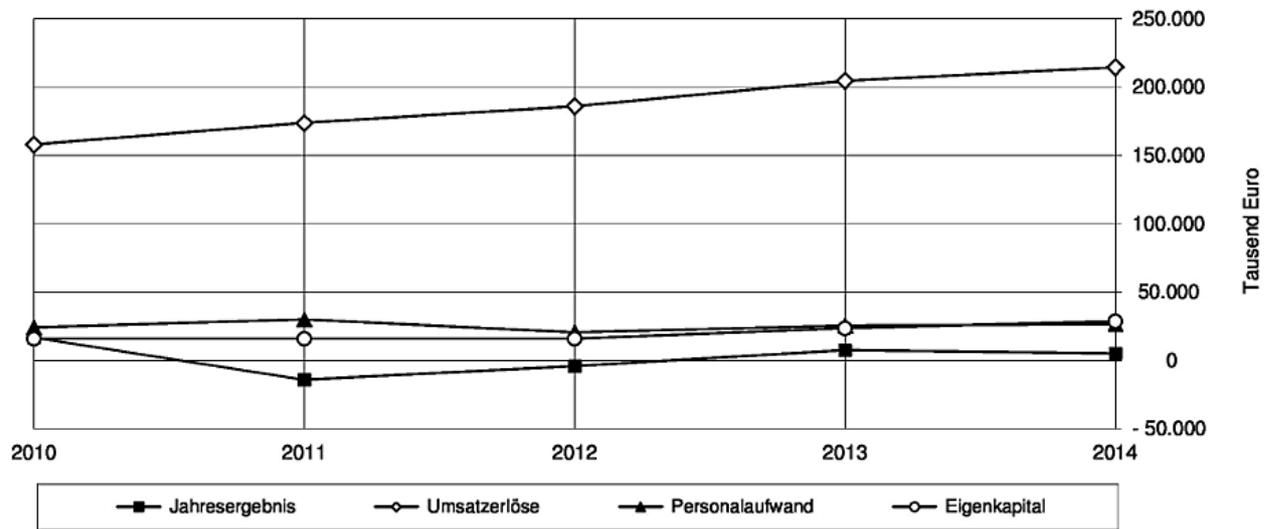
	2014	2013	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Umsatzerlöse	214.540	204.553	185.980	173.819	157.926
+ Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	21	-161	161	0	0
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	23	2	5	3	0
+ Übrige Betriebserträge	6.183	8.691	3.737	4.698	4.553
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	100.846	95.368	91.231	86.138	64.276
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	64.474	59.862	56.992	52.654	43.738
- Personalaufwand	26.622	25.447	20.559	29.937	24.197
- Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	353	362	383	405	161
- Konzessionsabgabe	0	0	0	0	0
- Übrige betrieblichen Aufwendungen, sonstige Steuern	23.115	23.641	24.544	23.900	22.786
Betriebsergebnis	5.356	8.405	-3.826	-14.514	7.321
+ Erträge aus WP / Ausl.d Finanzanlagevermögens	772	1.126	5.930	0	12.711
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27	22	71	322	98
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	69	238	485	1.811	289
Finanzergebnis	730	910	5.516	-1.489	12.520
Außerordentlichen Aufwendungen (-)	0	0	6.653	749	1.519
Steuern vom Ertrag (-)	972	1.779	-722	-2.523	1.480
Jahresergebnis vor Gewinnabführung	5.114	7.536	-4.241	-14.229	16.842

Ausgewählte Kennzahlen

	2014	2013	2012	2011	2010
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	52,4%	51,5%	32,5%	31,7%	40,0%
Eigenkapitalrendite [Jahresergebnis / Eigenkapital] ¹⁾	17,9%	32,1%	-26,6%	-89,1%	105,5%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	10,6%	13,4%	13,2%	13,6%	18,2%
Sonstige Kennzahlen					
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	330	322	312	303	302

¹⁾ Ab dem Beteiligungsbericht 2013 bezieht sich die Eigenkapitalrendite auf die Bilanzposition "Eigenkapital" (bisher auf "Gezeichnetes Kapital und Rücklagen"). Dies wurde auch für die Vorjahre angepasst.

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (ovag Netz AG)



Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 16609-0 – Fax: 06031 / 16609-116
E-Mail: info.friedberg@vgo.de
Internet: www.vgo.de



Aufgabe	Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs.
Gründung	1994 (WVG Wetterauer Verkehrsgesellschaft mbH) 2005 (Fusionierung, Umfirmierung in VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH)
Handelsregister	Friedberg, HRB 1699
Stammkapital	300.000 EUR
Gesellschafter	Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (100%)
Aufsichtsrat	<p>Karl-Heinz Schneider, Rentner, Münzenberg, Vorsitzender, Ulrich Künz, Bürgermeister, Kirtorf, stellvertretender Vorsitzender, Joachim Arnold, Landrat, Wölfersheim, Swen Bastian, Angestellter Wahlkreismitarbeiter (Hessischer Landtag), Alsfeld, Lothar Bott, Bürgermeister, Gemünden/Felda, Edwin Gottlieb, Handwerkermeister, Kefenrod, Ursula Häuser, Hausfrau, Gießen, Dr. Hans Heuser, Direktor am Sozialgericht, Mücke, Elisabeth Hillebrand, Schulleiterin, Schlitz, Alexander Kartmann, Angestellter, Butzbach, Ottmar Lich, Diplom-Ingenieur, Rabenau, Peter Pilger, Rentner, Biebertal, Peter Popplow, Unternehmer, Schotten, Michael Rückl, IT-Anwendungsentwickler, Wölfersheim, Karl-Peter Schäfer, Geschäftsführer, Bad Vilbel, Anita Schneider, Landrätin, Fronhausen, Georg Wegner, Pensionär, Nidda, Peter Zielinski, Erster Kreisbeigeordneter, Lauterbach</p> <p>Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten Vergütungen in Höhe von 13.820,00 €.</p>
Geschäftsführer	Armin Klein Gemäß § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Angabe der Bezüge verzichtet.
Prokura	Volker Hofmann
Jahresabschluss	für das Jahr 2014 aufgestellt am 07. Mai 2015
Abschlussprüfer	PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main
Beteiligungen	Region Vogelsberg Touristik GmbH (2,08 %)

Vermögens- und Finanzlage (VGO)

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva (Zusammenfassung)					
+ Sachanlagen und immat. VG	300	301	209	229	195
+ Finanzanlagen	3	3	3	3	3
Anlagevermögen	303	304	212	232	198
+ Vorräte	23	23	23	23	21
+ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	325	310	196	397	205
+ Ford. gegen Gesellschafter, Beteiligungen, verb. Unt.	6.463	8.162	7.891	6.807	4.912
+ Sonstige Vermögensgegenstände	3.541	3.350	3.384	3.165	2.752
+ Liquide Mittel	459	1.619	154	2.114	2.752
Umlaufvermögen	10.812	13.464	11.648	12.506	10.642
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	6	13	21
Aktiva insgesamt	11.116	13.769	11.866	12.751	10.861
Passiva (Zusammenfassung)					
+ Gezeichnetes Kapital	300	300	300	300	300
+ Rücklagen					0
+ Jahresergebnis vor Verlustübernahme	-4.832	-4.481	-4.405	-3.668	-3.206
+ Verlustübernahme durch Gesellschafter	4.832	4.481	4.405	3.668	3.206
Eigenkapital	300	300	300	300	300
+ Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	515	514	473	477	436
+ Sonstige Rückstellungen	2.878	3.931	3.054	4.604	2.771
Rückstellungen	3.393	4.445	3.527	5.081	3.207
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Darlehen)	0	0	0	0	0
+ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (sonstige)	0	0	0	0	0
+ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.110	2.136	2.032	2.083	2.312
+ Verb. ggü. Gesellschaftern, Beteiligungen, verb. Unt.	1.349	3.007	2.345	1.347	1.390
+ Sonstige Verbindlichkeiten	60	70	115	134	257
Verbindlichkeiten	3.520	5.213	4.492	3.564	3.959
Rechnungsabgrenzungsposten	3.903	3.811	3.547	3.806	3.395
Passiva insgesamt	11.116	13.769	11.866	12.751	10.861
Liquidität					
+ Langfristig verfügbare Mittel	300	300	300	300	300
- Langfristig gebundenes Vermögen	303	304	212	232	198
= Rechnerische Liquiditätsüberdeckung	-3	-4	88	68	102
	+	-			
Veränderung der Stichtagsliquidität	1	-92	20	-34	55

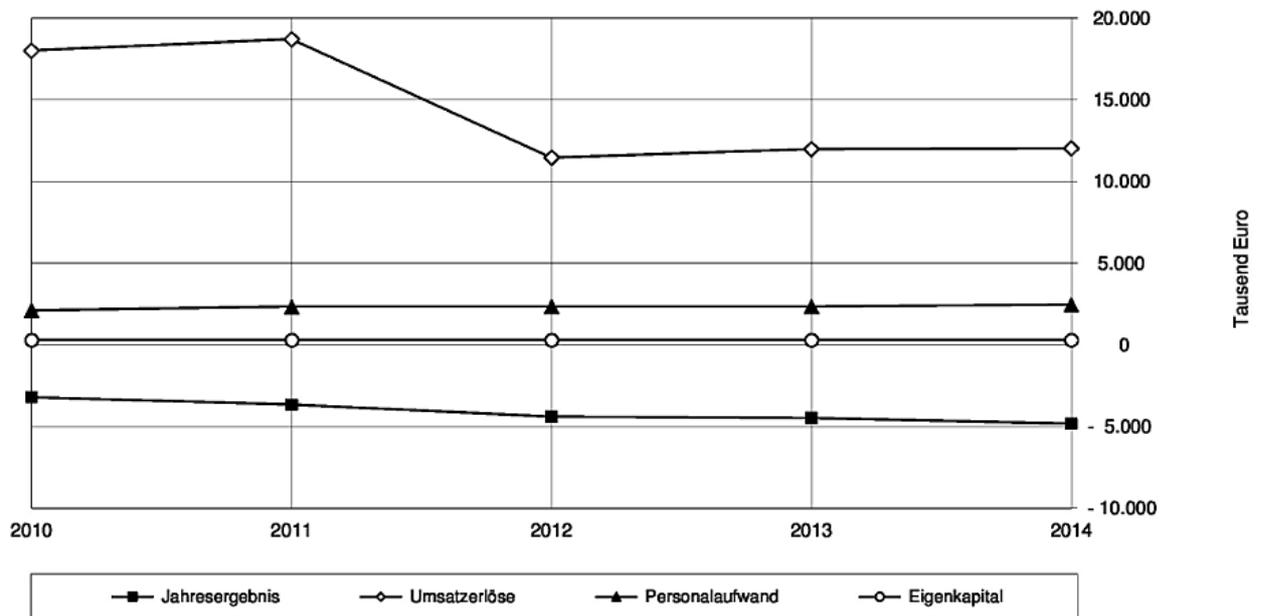
Ertragslage (VGO)

	2014	2013	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gewinn- und Verlustrechnung (Zusammenfassung)					
+ Erlöse aus Fahrscheinverkauf ²⁾	12.040	11.980	11.464	18.709	18.009
+ Zuschüsse	0	0	0	0	0
+ Sonstige Umsatzerlöse	7.106	7.157	6.708	6.916	6.927
+ Übrige Betriebserträge	1.301	825	644	955	1.258
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	65	72	82	93	147
- Aufwendungen für bezogene Leistungen ²⁾	25.614	24.353	23.195	29.857	27.707
- Personalaufwand	2.455	2.339	2.343	2.336	2.105
- Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	59	44	53	63	83
- Sonstige betriebliche Aufwendungen, sonstige Steuern	1.161	1.271	1.027	985	1.125
Betriebsergebnis	-8.907	-8.117	-7.884	-6.754	-4.973
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	6	27	31	28
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65	75	61	45	64
- Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere	0	0	0	0	0
Finanzergebnis	-62	-68	-34	-14	-36
Außerordentliche Aufwendungen/Außerordentl. Ergebnis (-)	0	0	0	0	22
Steuern vom Ertrag (-)	-4.138	-3.704	-3.514	-3.100	-1.825
Jahresergebnis vor Verlustübernahme ¹⁾	-4.832	-4.481	-4.404	-3.668	-3.206

Ausgewählte Kennzahlen

	2014	2013	2012	2011	2010
Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen					
Eigenkapitalquote [Eigenkapital / Gesamtkapital]	2,7%	2,2%	2,5%	2,4%	2,8%
Sachanlagenintensität [Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen]	2,7%	2,2%	1,8%	1,8%	1,8%
Materialintensität [Materialaufwand / Umsatzerlöse]	134,1%	127,6%	128,1%	116,9%	111,7%
Personalintensität [Personalaufwand / Umsatzerlöse]	12,8%	12,2%	12,9%	9,1%	8,4%
(Gewährtes) Kundenziel (Tage) [L.-Ford. / Umsatzerlöse x 365]	6	6	4	6	3
(Beanspruchtes) Lieferantenziel (Tage) [L.-Verb. / Mataufw. x 365]	30	32	32	25	30
Sonstige Kennzahlen					
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	45	45	46	45	43

Entwicklung wesentlicher Jahresabschlussdaten (VGO)



3. Nebenbetriebe der Entsorgungswirtschaft

Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV)

Am Graben 96, 36341 Lauterbach
 Tel.: 06641 / 9671-13 – Fax: 06641 / 9671-20
 E-Mail: info@zav-online.de
 Internet: www.zav-online.de



Sitz der Gesellschaft: Alte Frankfurter Straße, 36318 Schwalmtal

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Beseitigung und Entsorgung von Abfällen aus dem Bereich des Vogelsbergkreises im Auftrag des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV) als dem zuständigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Außerdem wird die Gesellschaft eigenständig tätig als sogenannter „beliehener Dritter“ im Sinne des § 16 Abs. 2 KrW-/AbfG für die die Entsorgung gewerblicher Abfälle.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Aufgaben als „Entsorgungsunternehmen“, das für den ZAV tätig wird und darüber hinaus als beliehenes Unternehmen für die Entsorgung von Gewerbeabfällen zuständig ist, werden im Rahmen des Gesellschaftszweckes und der einschlägigen abfallrechtlichen Vorschriften wahrgenommen.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1998

Anteile in %: 35,84 % als mittelbare Beteiligung über den Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis.
 Der ZAV ist mit 95,55 % Anteilseigner an der AEGV, der Vogelsbergkreis ist mit 37,5 % Stimmrechtsanteilen am ZAV beteiligt.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Friedel Kopp - Vorsitzender	Gerhard Herchenröder
Timo Georg	Ulrich Künz
Dieter Boss	Harald Nahrgang
Lars Wicke	Matthias Weitzel
Heinz Geißel	

2014 wurden an Aufsichtsratsvergütungen 3.080,00 € gezahlt.

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	1998
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	gültige Fassung vom 22.11.2011
<i>Handelsregister:</i>	Amtsgericht Gießen, Registerabteilung Alsfeld
<i>Stammkapital:</i>	104.000,00 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	99.372,00	95,55
Gemeinde Freiensteinau	780,00	0,75
Stadt Grebenau	676,00	0,65
Gemeinde Mücke	2.392,00	2,30
Gemeinde Schwalmtal	780,00	0,75
	<u>104.000,00</u>	<u>100,00</u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer:

2,0 Vollzeitkräfte
8,0 Teilzeitkräfte (Minijob-Basis)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 278.054,16 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine

Hinweis: Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 durch den Vorstand des Zweckverbandes.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>1.214,22</u>	<u>2.071,31</u>
	1.214,22	2.071,31
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	762.265,13	845.473,61
2. Technische Anlagen und Maschinen	176.527,05	165.898,90
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	121.592,09	74.600,21
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	<u>13.623,60</u>
	1.060.384,27	1.099.596,32
III. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>2.316.091,59</u>	<u>2.281.610,43</u>
	<u>2.316.091,59</u>	<u>2.281.610,43</u>
3.377.690,083.383.278,06
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45.603,58	73.137,46
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>185.260,78</u>	<u>243.023,49</u>
	230.864,36	316.160,95
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>3.739.808,58</u>	<u>3.496.045,13</u>
3.970.672,943.812.206,08
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>65,91</u>	<u>887,37</u>
	<u>7.348.428,93</u>	<u>7.196.371,51</u>

	P A S S I V A	
	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	104.000,00	104.000,00
II. Bilanzgewinn/-verlust		
1. Gewinn-/Verlustvortrag	1.473.558,98	1.157.921,36
2. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>278.054,16</u>	<u>315.637,62</u>
	<u>1.751.613,14</u>	<u>1.473.558,98</u>
1.855.613,141.577.558,98
B. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	<u>5.227.867,00</u>	<u>5.282.733,00</u>
5.227.867,005.282.733,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	87.374,29	140.944,74
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 87.374,29 (Vorjahr EUR 130.661,77)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	177.574,50	179.425,48
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 177.574,50 (Vorjahr EUR 179.425,48)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	15.709,31
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
EUR 0,00 (Vorjahr EUR 15.709,31)		
davon aus Steuern		
EUR 0,00 (Vorjahr EUR 15.709,31)		
	<u>264.948,79</u>	<u>336.079,53</u>
264.948,79336.079,53
	<u>7.348.428,93</u>	<u>7.196.371,51</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH, Schwalmtal Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	1.166.845,00	1.125.470,99
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>15.373,10</u>	<u>25.155,00</u>
	1.182.218,10	1.150.625,99
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-99.635,11	-92.409,53
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-349.346,95</u>	<u>-296.343,02</u>
	-448.982,06	-388.752,55
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-98.070,02	-89.733,47
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-22.057,94</u>	<u>-19.303,19</u>
	-120.127,96	-109.036,66
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-179.730,23</u>	<u>-199.572,02</u>
	-179.730,23	-199.572,02
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-220.968,01</u>	<u>-193.926,93</u>
	212.409,84	259.337,83
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	80.304,22	97.685,06
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-13.022,93</u>	<u>-23.641,82</u>
	67.281,29	74.043,24
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>279.691,13</u>	<u>333.381,07</u>
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.191,03	-15.219,45
11. Sonstige Steuern	<u>-2.828,00</u>	<u>-2.524,00</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>278.054,16</u>	<u>315.637,62</u>
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	<u>1.473.558,98</u>	<u>1.157.921,36</u>
14. Bilanzgewinn/-verlust	<u>1.751.613,14</u>	<u>1.473.558,98</u>

Auszug aus dem Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die AEGV ist ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig und betreibt nur die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle (entweder indirekt als Betreiber der Deponie Bastwald für Abfälle des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis oder direkt als nach § 16 Abs. 2 KrW-/AbfG beliehener Dritter für gewerbliche Abfälle, diese Beleihung besteht aufgrund der Übergangsregelung des neuen KrWG fort, diese Regelung ist bis 2019 verlängert). Hierfür nutzt sie die Deponie Bastwald als Anlage zur Beseitigung deponiefähiger Abfälle. Für die anderen angedienten Abfallfraktionen nutzt sie vertraglich gebundene und hierfür geeignete Abfallbehandlungs-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen.

Für Abfälle, die dem ZAV zuzuordnen sind, arbeitet sie als Dienstleister der diese Abfälle deponiert oder aber im Regelfall nach Aufbereitung, Sortierung und Sichtung in den Anlagen der AEGV zum Transport in externe Anlagen umlädt.

Die AEGV betrieb in 2014 keine Akquisition von Abfällen oder Aufträgen bei Endkunden. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden alleine von den Anlieferungen an das Entsorgungszentrum Vogelsberg (EZV) bestimmt. Die Preise sind fest vorgegeben. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit werden von den einschlägigen Rechtsvorschriften und den Regelungen der Satzungen des ZAV vorgegeben.

II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Branche der Abfallentsorgung insgesamt befindet sich nur in mäßiger Abhängigkeit von der Gesamtkonjunktur. Eine Ausnahme bildet allerdings der Bereich der Gewerbeabfallentsorgung. Die Entsorgung im kommunalen Bereich unterliegt nur geringen Schwankungen. Weitaus größeren Einfluss auf die Entwicklung haben dagegen umweltpolitische Entscheidungen und Vorschriften.

Das Problem der Überkapazitäten im Verbrennungsbereich für Siedlungsabfälle besteht unverändert fort, im Bioabfallbereich hingegen sind Kapazitäten aufgrund der Bioabfallfängerfassung durch das KrWG stark anwachsend nachgefragt.

Es befinden sich kaum noch eigenständige, kleine und regional tätige Unternehmen auf dem Markt. Bei Großunternehmen, die über eigene Anlagen verfügen und gleichzeitig in der Abfalllogistik und im Recycling tätig sind, stiegen die Umsätze bei immer noch gutem Konjunkturverlauf.

Wesentliche Differenzierungsmerkmale sind heute der Preis für die Abfall(behandlungs)dienstleistungen sowie die regionale Positionierung der Dienstleister und der Anlagen.

Für Firmen wie die AEGV, die als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger ohne eigene Beseitigungsanlagen fungieren, machte sich dies durch stagnierende Mengenanlieferungen im Rahmen der allgemeinen Entsorgung über die öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und dementsprechend schwierige Einnahmesituationen bemerkbar.

III. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

IIIa. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Da die AEGV ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem nur die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle betreibt (entweder indirekt als Betreiber der Deponie Bastwald für Abfälle des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis oder direkt als beliehener Dritter für gewerbliche Abfälle), ist der Umsatz stets durch die Mengenentwicklung im Kreis vorgegeben. Es ergaben sich in 2014 gegenüber dem Vorjahr bei den direkten Anlieferungen keine bedeutsamen Veränderungen, so dass sich der Umsatz in diesem Bereich auch nicht allzu stark veränderte. Es gab allerdings gegenüber dem Vorjahr eine leichte Zunahme der Umsatzerlöse durch leicht zunehmende Mengenlieferungen für Gewerbeabfälle.

Auf der Deponie Bastwald ist es durch Setzungen noch möglich, Verfüllvolumen zur Vermarktung zur Verfügung zu stellen, so dass ggf. noch Mengen im Altbereich eingelagert werden könnten. Mittlerweile zeigen sich auch bereits deutlich erste Setzungen im Ablagerungskörper. Allerdings ist aufgrund der konjunkturellen Veränderungen die Nachfrage nach Deponierungsmöglichkeiten, wie sie die Deponie Bastwald bietet, gering, abgesehen von Asbestablagerungen. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass neben der strikten Vorgabe durch die Deponieverordnung, was die Art der einlagerbaren Abfälle angeht, auch die Einbausituation auf der Deponie die Annahme von Abfällen, die hierfür passend sind und dazu kostendeckend wären, stark einschränkt.

Die Kapazitäten im Bereich des noch offenen Feldes 5.2 nehmen allerdings deutlich ab, so dass spätestens in 2016/7 dort die Andienung nicht mehr möglich sein wird, was zu weiteren Mengenausfällen führen dürfte.

Die Auftragsentwicklung konnte, wie bereits eingangs gesagt, in 2014 nicht aktiv beeinflusst werden, da die AEGV keine direkte Akquisition betreibt. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung wurde von den Anlieferungen an die Deponie Bastwald bestimmt. Dort sind die Preise fest vorgegeben. Eine Steigerung des Umsatzes und der Aufträge durch Verträge oder Aufträge außerhalb des Gebietes des Vogelsbergkreises erfolgt nicht.

Mit der Übernahme der Geschäftsanteile der Firma Veolia durch den ZAV in 2010 und der erfolgten Änderung der Satzung, ist der Geschäftszweck aber so verändert, dass aktive Entsorgungsdienstleistungen möglich werden könnten. Die AEGV ist zudem jetzt In-House geschäftsfähig.

Es ergibt sich in 2014 insgesamt ein Jahresüberschuss von rund 278,1 TEUR. Dadurch verändert sich das Ergebnis gegenüber 2013 (315,6 TEUR) deutlich (Abnahme um 37,5 TEUR).

IIIb. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Die Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis wurde im Herbst 1998 gegründet. Das Jahr 2014 war das sechzehnte volle Geschäftsjahr der Gesellschaft. Alle Aufgaben der Betreuung des EZV wurden vom Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis vollständig übernommen.

Der Deponiebetrieb wird nur noch in geringem Umfang benötigt, daher bilden Bereiche wie Abfallumladung, Vorbehandlung, Sortierung und Aufbereitung und neue externe Entsorgungswege das Hauptbetätigungsfeld, denn der Aufgabenbereich hat sich fast vollständig von der Deponierung wegverlagert hin zu Aufbereitung und Umladung.

Die Haupttätigkeiten werden sich auf Sammlung, Vorbehandlung, Umladung, Transport etc. beschränken und der Deponiebetrieb auf mittlere Sicht eingestellt. Hinzu kommen ab 2015 Dienstleistungen wie Gefäßmanagement etc.

IIIc. Investitionen

Aus diesem Grund wurden in 2014 wie auch in den Vorjahren im Rahmen des laufenden Abfalleinbaus keine größeren Ausbaumaßnahmen mehr umgesetzt und nur kleinere temporäre Abdeckungen und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

Das für eine Erweiterung der Deponie auf die Felder 6 bis 8 durchzuführende Raumordnungsverfahren ruht. Es ergaben sich daher keine Aufwendungen. Allerdings wird die Option aufrechterhalten. Ggf. könnten diese Felder später einmal auch für andere abfallwirtschaftliche Maßnahmen genutzt werden. In 2014 wurden die Gasfassungsarbeiten im Altbereich im vorgesehenen Umfang weiter fortgeführt. Die in 2014 geplanten größeren neuen Gasfassungen- und Abdeckungen konnten nicht umgesetzt werden und wurden in das Folgejahr verschoben.

IIIId. Personal- und Sozialbereich

Es ergaben sich keine größeren Änderungen in diesem Bereich, da die AEGV das benötigte Personal weitestgehend vom Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis ausleiht und nur für die Verwaltung sowie die Gewerbeabfallentsorgung eigenes Personal beschäftigt, ab 2015 auch für das Gefäßmanagement. Allerdings können zukünftig aufgrund der gestiegenen Anforderungen evtl. noch Mitarbeiter direkt bei der AEGV hinzukommen. Arbeitsspitzen werden bei Bedarf durch kurzfristige Verträge oder Minijobs abgedeckt.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Das Stammkapital der Gesellschaft betrug ursprünglich 102.258,37 EUR (200.000,00 DM). Eine geringfügige Erhöhung wurde nach Anpassung des Gesellschaftsvertrages in 2010 auf insgesamt 104 TEURO vorgenommen, (Anpassung an glatte EURO-Beträge). Das Eigenkapital stieg in 2014 auf 1,856 Mio. EUR nach 1,688 TEUR in 2013 (Quote liegt jetzt bei 25,3 %). Die Eigenkapitalrentabilität betrug in 2014 15 %.

Die Rückstellungen für Stilllegung und Nachsorgeaufwendungen aufgrund der erfolgten Einlagerungen blieben mit 4,952 TEUR fast unverändert. Es wurde von dem Beibehaltungswahlrecht nach der Regelung des § 67 Abs. 1, Satz 2 des EGHGB Gebrauch gemacht. Damit sind ausreichende Rückstellungen für die Nachsorge vorhanden (Überdeckung 485TEUR). Hinzu kommt jedoch eine notwendige Rückstellung für die Maßnahmen der Schwelbrandbekämpfung von 248 TEUR.

Da alle Investitionen und Finanzabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanzierbar waren, betrug der Bestand an Finanzmitteln in 2014 3,740 Mio. EUR, so dass er sich um 244 TEUR erhöhte.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet, die Liquiditätssituation ist durchweg positiv. Der Geschäftsverlauf war ebenfalls positiv, das Rohergebnis zeigte einen Positivsaldo von 733,2 TEUR. Es ergab sich ein Jahresüberschuss von 278 TEUR.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung der Abfallentsorgung im Vogelsbergkreis ist, mit Ausnahme des Bereiches der gewerblichen Abfälle, von relativer Konstanz geprägt. Allerdings entfallen für die AEGV seit 2010 die Erlöse aus Regiekosten für die Sammlung und den Transport von Abfällen. Die Kostendeckung ist aber gewährleistet. Die Veränderungen bei den Gewerbemengen werden derzeit durch die Preisentwicklung kompensiert, allerdings wird sich dies nur halten lassen, wenn die Mengen in den folgenden Jahren nicht zurückgehen.

Es ist weiter sinnvoll die Deponie Bastwald so bereit zu halten, dass die Kapazitäten dort so günstig wie möglich zu verwerten sind, da hierdurch eine gewisse Kostendämpfung erzielt werden kann.

II. Ergebnisprognose für die Geschäftsjahre 2014 ff

Die steuerlichen Fragen für die zurückliegenden Jahre sind endgültig geklärt. Zugleich hat sich, wie bereits oben gesagt, die Umsatz- und Erlösentwicklung wieder den Werten der früheren Jahre angeglichen und ist relativ stabil geblieben, so dass für das Geschäftsjahr 2015 daher mit einem gerade noch positiven Jahresergebnis gerechnet werden kann, sofern kein großer Mengeneinbruch stattfinden wird und die Energie- und Transportkosten nicht steigen sollten.

Eine Gefährdung dieser Erwartungen kann nur von dritter Seite kommen, wie z.B. durch neue Gesetze, die geänderte Bestimmungen enthalten, die die Mengen und Inhalte der Abfallströme beeinflussen könnten.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko der AEGV besteht in den schwankenden Abfallmengen. Darüber hinaus steht nach der gegenwärtigen Rechtslage fest, dass auch in 2014 ff keine oder nur noch geringe Abfallmengen zur Deponierung zur Verfügung stehen werden, da eine Ablagerung unvorbehandelter Abfälle nicht wahrscheinlich ist.

Gegenwärtig sieht insbesondere die rechtliche Situation so aus, dass Veränderungen durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz erst nach 2015 sichtbar werden. Es besteht zudem das Risiko, dass durch Rechtsverordnungen unvermutete Aufgabenveränderungen entstehen können. Allerdings nicht kurzfristig.

Aus derzeitiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar, dies vor allem durch die Abgabe einer Bürgschaftserklärung des ZAV gegenüber dem Regierungspräsidium Gießen für die AEGV für alle finanziellen Verpflichtungen, die ihr aus § 19 DepV erwachsen könnten, wenn diese nicht mehr von der AEGV selbst getragen werden können.

Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV)

Am Graben 96, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 – Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de



Sitz der Gesellschaft: Alte Frankfurter Straße, 36318 Schwalmtal

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens:

Erzeugung von regenerativer Energie durch den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom mit einer Nennleistung von bis zu max. 0,7 Megawatt und dessen Abgabe an den Versorger Oberhessische Versorgungsbetriebe, ohne Selbstversorger für Letztverbraucher zu sein.

Die Erzeugung regenerativer Energien bleibt auf die verbandseigenen Liegenschaften beschränkt.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Erzeugung von regenerativen Energien erfolgt im Rahmen des Gesellschaftsvertrages. Der Gesellschaftszweck wird damit fortlaufend erfüllt.

Es handelt sich um eine zulässige, wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 Abs. 1 a HGO, i.d.F.v. 01.04.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2014.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.09.2005

Anteile in %: 37,5 % mittelbare Beteiligung über den Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Friedel Kopp - Vorsitzender	Helmut Weppler
Gerhard Herchenröder	Michael Refflinghaus
Harald Nahrgang	

An Sitzungsgeldern (Fahrtkostenersatz) des Aufsichtsrates wurden 36,40 € im Jahr 2014 gezahlt.

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	01.09.2005
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	letzte Fassung vom 09.10.2006
<i>Handelsregister:</i>	Amtsgericht Gießen
<i>Stammkapital:</i>	25.000,00 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine
<i>Gesellschafter:</i>	Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (100 %)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 3.237,41 €
<i>Kreditgewährung an NEV:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine

Hinweis: Die Veröffentlichung der Unternehmensergebnisse und des Lageberichtes erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	486.435,34	521.992,18
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>2.723,36</u>	<u>2.931,52</u>
	<u>489.158,70</u>	<u>524.923,70</u>
489.158,70524.923,70
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.046,75	0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>8.401,41</u>	<u>6.912,57</u>
	14.448,16	6.912,57
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>2.550,11</u>	<u>47.058,72</u>
16.998,2753.971,29
	<u>506.156,97</u>	<u>578.894,99</u>

PASSIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	11.990,58	16.275,84
III. Jahresfehlbetrag	<u>-3.237,41</u>	<u>-4.285,26</u>
33.753,1736.990,58
B. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	<u>3.800,00</u>	<u>3.800,00</u>
3.800,003.800,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 (Vorjahr EUR 3.814,85)	0,00	3.814,85
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 36.384,23 (Vorjahr EUR 72.768,46)	459.916,10	532.684,56
3. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 8.687,70 (Vorjahr EUR 1.605,00) davon aus Steuern EUR 8.687,70 (Vorjahr EUR 1.605,00)	8.687,70	1.605,00
	<u>468.603,80</u>	<u>538.104,41</u>
506.156,97578.894,99

Gewinn- und Verlustrechnung:

Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	64.387,21	60.220,48
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>6.074,00</u>	<u>0,00</u>
	70.461,21	60.220,48
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-9.260,88</u>	<u>-2.361,60</u>
	-9.260,88	-2.361,60
4. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-38.610,95</u>	<u>-38.402,70</u>
	-38.610,95	-38.402,70
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-8.518,15</u>	<u>-6.129,41</u>
	14.071,23	13.326,77
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16,56	304,87
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-17.370,51</u>	<u>-18.643,96</u>
	-17.353,95	-18.339,09
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-3.282,72</u>	<u>-5.012,32</u>
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>45,31</u>	<u>727,06</u>
10. Jahresfehlbetrag	<u><u>-3.237,41</u></u>	<u><u>-4.285,26</u></u>

Auszug aus dem Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die NEV ist aufgrund einer Änderung der Hauptsatzung des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis, mit der die Nutzung regenerativer Energien ermöglicht wurde, gegründet worden. Damit soll diese Zielsetzung der Nutzung regenerativer Energien auf Anlagen des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis umgesetzt werden. Sie ist daher ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises und nur auf Flächen des ZAV tätig und plant, baut und betreibt die entsprechenden Anlagen. Hierfür nutzt sie gegenwärtig die Hallen auf der Deponie Bastwald als Standort für eine Photovoltaik-Anlage.

Die NEV betreibt keine Akquisition von Aufträgen von Endkunden. Die Auftragszahl und die Einnahmeentwicklung werden nur von den eigenen Anlagen bestimmt. Die erzielbaren Einkünfte sind durch die Regelungen des EEG fest vorgegeben.

II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Im in Frage stehenden Geschäftsjahr war die Entwicklung der Erzeugung von regenerativen Energien, auch bedingt durch die bisherige Förderpolitik, immer noch positiv. Die zugleich in diesem Jahr abgeschlossene politische Debatte über die Reduktion der Einspeiservergütungen und Änderung der Sätze, z.T. auch für Altanlagen, sorgte aber für große Unruhe auf dem Markt und bedingte einerseits Mitnahmeeffekte und andererseits Abwarten bei Investitionen. Seit dem August 2014 ist das neue EEG in Kraft und hat viele Unsicherheiten beendet. Die durch das EEG festgelegten, immer noch gültigen, Abnahmepreise für „Altanlagen“ (bis 31.12.2014) und die zugleich, insbesondere bei der Windkraft, effizienter und größer sowie leistungsdichter werdenden Anlagen, lassen Investitionen in den Ausbau regenerativer Energien auch unter den neuen Bedingungen weiterhin durchaus lukrativ erscheinen. Ob dies in 2015ff weiter so bleiben wird, ist derzeit sehr unsicher.

III. Wesentliche Entwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr

IIIa. Umsatzentwicklung

Da die NEV ausschließlich im Bereich der Planung, des Baus und des Betriebs von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien auf den Anlagen und Flächen des ZAV tätig ist, war der Umsatz durch den Bau und den Betrieb der Photovoltaikanlage auf dem EZV vorgegeben. Es existierten in 2014 keine weiteren Anlagen. Die Photovoltaikanlage konnte im zweiten Halbjahr 2007 sukzessive in Betrieb genommen werden und erreichte im August 2007 die Endausbaustufe. Die Umsatzerlöse der NEV werden derzeit ausschließlich durch die Einspeisung von Solarstrom erzielt.

Die NEV erzielte aufgrund der geringeren Stromerlöse einen Jahresfehlbetrag nach Steuern von 3 TEUR, (in 2013 Fehlbetrag von 4 TEUR). Damit schloss die NEV das Geschäftsjahr mit einem um 1 TEUR verbesserten Ergebnis ab. Der Jahresfehlbetrag 2014 verringert das Eigenkapital auf 34 TEUR (in 2013 noch 37 TEUR).

IIIb. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Das Jahr 2014 war das siebte volle Geschäftsjahr der Gesellschaft, bei der Umsatzerlöse erzielt werden konnten, da die Anlage durchgehend in Betrieb war.

Es wurden auch in 2014 nur Teilbereiche der vorhandenen Dachflächen genutzt, da nur Flächen einbezogen wurden, die ertragsmäßig interessant erschienen.

Darüber hinaus werden Kooperationen mit anderen im Bereich Energieerzeugung oder die Übernahme weiterer Tätigkeiten, die sich aus veränderten Vorgaben ergeben, geprüft. Derzeit hat der ZAV einen Vertrag mit der Hessen-Energie geschlossen, der ggf. zum Bau von WEA auf dem EZV führen könnte.

IIIc. Personal und Sozialbereich

Die NEV beschäftigt kein Personal.

B. Darstellung der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 EUR.

In 2014 betragen die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern 459,9 TEUR und betreffen ein Darlehen.

Die langfristigen Aktiva betragen 489 TEUR und die sonstigen Vermögensgegenstände 8 TEUR.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung wird für die NEV dadurch gekennzeichnet sein, dass es sich mittelfristig nur um die Abgabe von Strom in das Netz des lokalen Energieversorgers und den Erhalt der entsprechenden Einspeisevergütung nach EEG handelt. Hinzu kommen Überwachung und ggf. Instandhaltung der PV-Anlage.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko der NEV besteht in Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen und ggf. Änderungen in den Vergütungssätzen. Allerdings besteht Bestandsschutz, so dass die Gefahr einer diesbezüglich negativen Entwicklung gering ist. Zudem können die technische Entwicklung und die Preisentwicklung auf dem Photovoltaikmarkt den Bau weiterer rentabler Anlagen ermöglichen, die eine Verbesserung der Erlöse bedeuten würden. Auf der anderen Seite könnten höhere Reparatur- und/oder Ausfallkosten aufgrund des Alters der Anlage das Ergebnis deutlich drehen.

Zugleich ist aber eine Abdeckung des Risikos und der Finanzierungssicherstellung gegeben. Aus derzeitiger Sicht sind daher keine bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar.

E. Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres hatte die NEV keine zu verzeichnen.

4. Wirtschaftsförderung und Tourismus

Vogelsberg Consult Gesellschaft für Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung mbH

Vogelsberg Consult [Gesellschaft für
Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9616-0 – Fax: 06631 / 9616-16
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de
Internet: www.vogelsberg-consult.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie durch das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,

Regionaler Schwerpunkt des Unternehmens ist der Vogelsbergkreis

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 42,59 % (ab 14.11.2014, bis dahin 33,0 %)

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Werner Braun - Vorsitzender	Landrat Manfred Görig - stellv. Vorsitzender
Heinz Geißel	Bernd Dickel
Michael Refflinghaus	Günter Sedlak
Eva Goldbach	Dietmar Schlosser
Prof. Béla Dören	Edwin Schneider (ab 05.12.2014)

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im Geschäftsjahr keine Aufwandsentschädigungen.

Beirat:

Landrat Manfred Görig - Vorsitzender (bis 05.12.2014)	Bernhard Ziegler	Gudrun Huber
Rosemarie Müller	Bernd Dickel	Erwin Fauß - stellv. Vorsitzender
Franz-Josef Kreuter	Matthias Körner	Hildegard Pollak
Gerda Krömmelbein	Erwin Mönning	Dr. Frank Wendzinski
Otto Heinrich Winter	Ulrich Roth	André Peter
Rainer Löser	Dr. Wolfgang Dennhöfer	
Edwin Schneider	Armin Müller	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumberg

Die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers unterbleibt gem. § 286 Abs. 4 HGB.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 18.06.1999

Gesellschaftsvertrag: 15.06.1993, zuletzt geändert am 14.11.2014

Handelsregister: Gießen, HRB 5341

Stammkapital: 405.450 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter / Stammeinlagen

	€	%
Vogelsbergkreis	172.700,00	42,59
Sparkasse Oberhessen	92.050,00	22,70
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	42.500,00	10,48
VR Bank HessenLand eG	54.100,00	13,34
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	29.250,00	7,22
Volksbank Ulrichstein eG	3.700,00	0,91
Volksbank Grebenhain-Crainfeld eG	3.500,00	0,86
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.500,00	0,37
Stadt Alsfeld	900,00	0,22
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,18
Stadt Schotten	550,00	0,14
Gemeinde Mücke	500,00	0,12
Stadt Schlitz	500,00	0,12
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,10
Gemeinde Schwalmtal	400,00	0,10
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,06
Stadt Herbstein	250,00	0,06
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,05
Stadt Kirtorf	200,00	0,05
Stadt Ulrichstein	200,00	0,05
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,05

Gemeinde Feldatal	150,00	0,04
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,04
Stadt Grebenau	150,00	0,04
Gemeinde Lautertal	150,00	0,04
Stadt Romrod	150,00	0,04
Gemeinde Antrifttal	100,00	0,02
	<u>405.450,00</u>	<u>100,0</u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 9,1 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)
2,0 geringfügige Beschäftigte

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresfehlbetrag 127.393,20 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Öffentlicher Betrauungsakt vom 19.12.2014 mit Wirkung ab 01.01.2015 (bis 31.12.2019) über Zahlung einer jährlichen Ausgleichszahlung von 277.000 €

Der Geschäftsführer ist Bediensteter des Vogelsbergkreises und für seine Aufgabe freigestellt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Vogelsberg Consult erfüllt ihre Aufgaben im Rahmen des Dienstleistungsvertrages und des Gesellschaftsvertrages.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.127,00	17.008,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>6.125,00</u>	<u>8.281,00</u>
	19.252,00	25.289,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	62.631,94	52.250,56
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	16.352,36	12.010,77
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
	<u>78.984,30</u>	<u>64.261,33</u>
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	368.145,41	363.187,31
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>4.243,30</u>	<u>2.199,16</u>
	<u><u>470.625,01</u></u>	<u><u>454.936,80</u></u>

PASSIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	405.450,00	250.650,00
II. Kapitalrücklage	256.163,41	256.163,41
III. Verlustvortrag	-113.362,04	-79.496,76
IV. Jahresfehlbetrag	<u>-127.393,20</u>	<u>-33.865,28</u>
	420.858,17	393.451,37
B. SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL	50,88	72,36
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Sonstige Rückstellungen	18.989,38	18.402,47
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	5.772,70
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 5.772,20)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.366,94	7.720,24
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 5.366,94 (Vorjahr: EUR 7.720,24)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	14.024,94	10.066,54
- davon aus Steuern: EUR 5.305,66 (Vorjahr: EUR 5.182,69)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 6.307,46 (Vorjahr: EUR 3.280,95)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 14.024,94 (Vorjahr: EUR 10.066,54)		
	<u>19.391,88</u>	<u>23.559,48</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>11.334,70</u>	<u>19.451,12</u>
	<u><u>470.625,01</u></u>	<u><u>454.936,80</u></u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

Vogelsberg Consult Gesellschaft für Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung mbH, Alsfeld

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	306.852,02	428.460,46
2. Sonstige betriebliche Erträge	10.042,23	10.576,33
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil: EUR 21,48 (Vorjahr: EUR 21,48)		
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-96.332,26	-106.541,94
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-399.004,40	-368.960,35
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-88.558,67	-82.390,81
- davon für Altersversorgung: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
	-487.563,07	-451.351,16
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-8.196,59	-13.720,74
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-128.755,45	-188.332,14
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	226,58	516,62
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-666,66	-683,71
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 12,99)		
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-404.393,20	-321.076,28
10. Außerordentliche Erträge	277.000,00	277.000,00
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	10.211,00
- davon latente Steueraufwendungen und- erträge: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 10.211,00)		
12. Jahresfehlbetrag	-127.393,20	-33.865,28

Auszug aus dem Lagebericht

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der entgeltfreien Grundberatung für Gründerinnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), die Kofinanzierung der beantragten Projekte, die Kofinanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben.

Im Beratungsangebot wurden in 234 Beratungs- und Informationsgesprächen in den Räumen der Gesellschaft, im Rahmen von Betriebsbesuchen oder auch telefonisch Hilfestellungen bei Fragen der Existenzgründung, der Beantragung von Förderhilfen unterschiedlichster Art, bei der Beantragung von Bankdarlehen und bei der Erstellung von Businessplänen gegeben. Die hierin zum Ausdruck kommende Bestandspflege im Interesse der Fachkräftesicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen für die Wirtschafts- und Strukturförderung wird ein zunehmendes Anliegen werden. Die Beratung ist geprägt von Diskretion, Verlässlichkeit sowie von unbürokratischem Handeln. Deshalb vollzieht sich in diesem Kernbereich die Arbeit meist im „Verborgenen“. Die Erfolgsbilanz der Wirtschaftsförderung kann demzufolge nicht nur anhand von Zahlen und Daten gelungener Industrieansiedlungen und erreichter Dauerarbeitsplätze bewertet werden, sondern es gelten auch noch andere Erfolgsfaktoren, die leider nicht statistisch erfassbar sind.

Qualifizierungsoffensive Vogelsberg – Aktivitäten im Förderprogramm QuIT – Qualifizierungsbeauftragte 2013/2014

Im Rahmen des Programms „Verbesserung der Qualität, Information und Transparenz in der beruflichen Bildung (QuIT) - Qualifizierungsbeauftragte“ sollen kleine und mittlere Unternehmen und deren Beschäftigte für den Nutzen und die Möglichkeiten der kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung sensibilisiert werden. Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, des HMWEVL und der Vogelsberg Consult GmbH. Das Projekt lief am 31.12.2014 aus. Das Folgevorhaben wurde konzipiert und beim Hess. Wirtschaftsministerium beantragt. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn wurde zum 1.1.2015 genehmigt. Das Projekt hat T€ 78 zu den Umsatzerlösen beigetragen.

Sicherung des Fachkräftenachwuchses: „Fit²“

Das von der Vogelsberg Consult GmbH entwickelte Konzept Ausbildungsförderung in regionaler Verantwortung hat das Leitziel „Sicherung des Fachkräftenachwuchses der heimischen Wirtschaft“. In der Laufzeit 10/2010 bis 09/2014 widmeten wir uns in einem Modellprojekt des Hessischen Wirtschaftsministeriums folgender Fragestellung: „Der demographische Wandel bewirkt, dass sich eine zunehmende Anzahl von KMU im ländlichen Raum der Ausbildung ‚schwieriger‘ Jugendlicher stellen muss. Darauf sind sie nur unzureichend vorbereitet. KMU sollen in die Lage versetzt werden, mit hauseigener Kompetenz diese ‚schwierigen‘ Jugendlichen sicher zum erfolgreichen Abschluss der beruflichen Erstausbildung zu führen.“

Im Jahr 2014 wurde das Teilprojekt „Fit für den Umgang mit ‚schwierigen‘ Jugendlichen“ plangemäß abgeschlossen. Das Teilprojekt „Fit für die Azubi-Akquise an Schufen“ wurde bereits zum 30.09.2013 erfolgreich beendet. Das Projekt hat T€ 71 zu den Umsatzerlösen beigetragen.

OloV im Vogelsberg

OloV wird seit Juli 2005 aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds gefördert und war zunächst ein gemeinsames Projekt aller Partner des Hessischen Paktes für Ausbildung. Seit Ende 2008 wurde daraus eine landesweite Strategie. Gemeinsames Ziel aller Paktpartner ist es, allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung anzubieten. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel sind die „Qualitätsstandards zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit“, welche OloV aus der Zusammenarbeit mit Akteuren des hessischen Ausbildungsmarktes entwickelt hat. Seit März 2008 werden nun die Standards in den hessischen Regionen erprobt und umgesetzt.

Die Vogelsberger Steuerungsgruppe des regionalen OloV-Projektes besteht aus:

- Agentur für Arbeit Gießen
- Handwerkskammer Wiesbaden
- IHK Gießen-Friedberg
- Jugendamt Vogelsbergkreis
- Kommunale Vermittlungsagentur Vogelsbergkreis
- Kreishandwerkerschaft für den Vogelsbergkreis
- Landrat des Vogelsbergkreises
- Staatliches Schulamt Gießen-Vogelsberg
- Vogelsberg Consult GmbH

Sie interpretiert „OloV“ als Chance für Transparenz und intensivere Zusammenarbeit im Übergangsfeld Schule - Beruf zu sorgen. Projektmittel werden jährlich beantragt. Das Projekt hat T€ 28 zu den Umsatzerlösen beigetragen.

Verpackungscluster Mittelhessen

Der Vogelsbergkreis und die Region Mittelhessen verfügen über eine außergewöhnliche Konzentration von Unternehmen rund um das Thema Verpackung. Das Spektrum reicht von ganz kleinen Betrieben bis zum Global Player. Durch die Initiierung und den Aufbau eines Cluster in diesem für Mittelhessen wichtigen Industriezweig, kann die Wertschöpfung in den zugehörigen Unternehmen erhöht werden, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und letztlich mehr Beschäftigung aufgebaut werden.

Die Vogelsberg Consult GmbH stellt das Clustermanagement für das Netzwerk. Sie organisiert den Austausch zwischen den Unternehmen, Fachveranstaltungen, Arbeitsgruppen und Weiterbildung für die Mitgliedsunternehmen. Es erfolgt ein intensiver Austausch zu Schwerpunktthemen wie Forschung und Entwicklung, Wissensmanagement, Fachkräftesicherung oder Energieeffizienz. Das Projekt befindet sich in der „Verstetigungsphase“ und ist für die Zeit vom 01.09.2013 bis 31.08.2015 bewilligt worden. Das Projekt hat T€ 65, wovon rund T€ 18 aus UN-Beiträgen stammen, zu den Umsatzerlösen beigetragen.

Vogelsberg Portal

Im Regionalen Entwicklungskonzept 2007 - 2013 wurde zur gewünschten Verbesserung der Wahrnehmung des Images des Vogelsbergkreises eine übergreifende Website thematisiert und befürwortet. Diese wurde zum 11.06.2012 mit LEADER-Mitteln bewilligt und unter der Internet-Präsentation www.vogelsberg.de realisiert.

Die Hauptfunktion der neuen Website ist es, längerfristig und in einem anderen journalistischen Format, in einem gänzlich anderen Genre die Attraktivität der Region zu platzieren, sowohl nach innen, aber auch nach außen. Die Besucherzahlen stiegen im Verlauf der Jahre stetig an.

Das Projekt wurde in der Zeit vom 11.06.2012 bis 30.06.2014 aus LEADER-Mitteln gefördert und danach vollständig aus Eigenmitteln der Vogelsberg Consult GmbH weiter geführt. Das Projekt hat T€ 24 zu den Umsatzerlösen beigetragen.

Der Vogelsberg in der LEADER-Förderung der EU

Bereits zum fünften Mal bewarb sich die Region Vogelsberg um die Aufnahme ins LEADER-Entwicklungsprogramm der Europäischen Union. Seit Beginn der 1990-er Jahre konnten mithilfe des EU-Programmes über 100 Existenzgründungen in den Bereichen Kultur, Tourismus, Gewerbe und Landwirtschaft unterstützt werden. Der Vogelsbergkreis gehörte 1991 zu den ersten 13 Landkreisen in Deutschland, die das damals neue EU-Programm nutzten.

Die Europäische Union setzt bei der Berechtigung zur Teilnahme an LEADER auf die Beteiligung der Akteure in der Region. Das Land Hessen veranstaltete in 2014 einen Wettbewerb zur Teilnahme an dem Programm. Die Grundlage für den Wettbewerb ist ein Regionales Entwicklungskonzept für die Jahre 2014 - 2020. Die Basis für dieses Konzept sind moderierte Workshops, in denen die Ideen aus der Region zusammengetragen worden sind. Das Regionale Entwicklungskonzept Vogelsberg wurde im August 2014 fertig gestellt. Die Anerkennung als LEADER-Region erfolgte am 24. Februar 2015.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins MitteHessen mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im EFRE - Begleitausschuss des Landes Hessen, der beim HMWEVL angesiedelt ist sowie im ELER - Begleitausschuss des HMUKLV.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2014 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH, stellt Arbeitsplätze für 4 Vollzeit-, 7 Teilzeit- und 2 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 9,1 Vollzeitstellen.

Insgesamt hat das Team im Jahr 2014 76 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleichbleibend großes Engagement gewährleisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Dienstleistungen für die heimischen Unternehmen.

II. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die bewilligten Zuschüsse sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Zielerreichung einzusetzen. Besonders hervorzuheben ist die Einhaltung des Wirtschaftsplanes. Für die Projektförderungen sind jeweils gesonderte Finanzierungspläne maßgeblich.

Ertragslage

- Die verschiedenen Projektförderungen aus öffentlichen Mitteln [ESF, RWB-EFRE) beliefen sich in 2014 auf T€ 267 und lagen damit um T€ 37 unter dem Vorjahreswert.
- Aus Unternehmensberatungen sowie Einnahmen zur Kostendeckung in den Projekten wurden insgesamt T€ 39 generiert.
- Der Jahresverlust 2014 in Höhe von rund T€ 127 resultiert aus dem Auslaufen von Projekten, für die bisher noch kein Folgeprojekt generiert werden konnte.

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal- und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen und Steuern) betrug im Jahr 2014 721.164 € (Vorjahr: 750.622 €). Die Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis im Jahr 2014 betragen 277.000 € (Vorjahresbetrag: 277.000 €), die zur Abdeckung des negativen Betriebsergebnisses geleistet worden sind. Nahezu 306.852 € (Vorjahr: 428.460 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2014 ist ein Verlust von 127 T€ ausgewiesen.

Die Liquidität des Unternehmens war in 2014 durchgehend sichergestellt.

Vermögenslage

In der außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 14. November wurde ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Eigenkapitalstruktur vollzogen. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde das gezeichnete Kapital um 154.800 € auf 405.450 € erhöht. Die Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister erfolgte am 19.12.2014.

III: Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Blick in die Zukunft

Im Jahr 2014 liefen fast alle EU kofinanzierten nationalen sowie hessischen Programme aus. Die Konzipierung neuer Programme durch die EU - Kommission wird zum Teil erst in 2015 erfolgen.

Da die Vogelsberg Consult GmbH einen gewichtigen Teil ihrer Umsatzerlöse mit der Durchführung von Projekten aus diesen Programmen bestreitet, sind die Erwartungen für 2015 mit Unsicherheiten behaftet.

Im Auftrag des Vogelsbergkreises wurde im Dezember 2014 mit der Erarbeitung des Konzeptes für das Programm „Land(auf)Schwung“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft begonnen. Für den Fall einer erfolgreichen Bewerbung können aus diesem Programm Umsatzerlöse bereits für 2015 erwartet werden. Diese wurden nicht im Wirtschaftsplan 2015 berücksichtigt.

Die vertraglichen Beziehungen mit dem Vogelsbergkreis wurden im Rahmen eines im Dezember 2014 abgeschlossenen Betrauungsaktes neu geregelt. Dieser hat eine Laufzeit von 1/2015 bis 12/2019 und sieht eine jährliche Leistung des Gesellschafters Vogelsbergkreis von bis zu T€ 377 vor.

Mögliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Betrachtung der Zahlungsfähigkeit der Vogelsberg Consult GmbH kann nur im Zusammenhang mit den regelmäßigen Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis erfolgen. Damit ist eine direkte Abhängigkeit definiert.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 – Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Touristische Vermarktung der Region

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001, zuletzt geändert am 19.11.2008
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	150.750 €
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 3,6 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001
Anteil des Vogelsbergkreises am Stammkapital: 34.000,00 €
Anteile in %: 22,55 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Gem. § 121 Abs. 2 Ziff. 2 HGO gelten Tätigkeiten auf dem Gebiet der „Erholung“ nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 25.340,60 €
<i>Kreditgewährung durch den Vogelsbergkreis:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Vertrag vom 13.12.2005 daraus resultierende jährliche Ausgleichszahlung: <u>89.087 €</u>

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Manfred Görig – Vorsitzender
Wetteraukreis	Landrat Joachim Arnold – stellv. Vorsitzender
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert (bis 13.11.2013) Bgm. Susanne Schaab (ab 14.11.2013)
Kreis Gießen	Landrätin Anita Schneider
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Freddy Kammer
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Peter Klug
IHK Gießen-Friedberg	Geschäftsführer Dr. Frank Wendzinski
HOGA Vogelsbergkreis	1. Vorsitzender Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1. Vorsitzender Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Geschäftsführer Armin Klein

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Geschäftsführung: Herr Roger Merk

Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführer unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die „Region Vogelsberg Touristik GmbH“ erfüllt ihre Aufgaben im Rahmen des Gesellschaftsvertrages.

Gesellschafter:

Gesellschafter	Stammeinlage €
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Kreis Gießen	10.000,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Gemeinde Birstein	500,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmthal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00

Gesellschafter	Stammeinlage €
Stadt Laubach	4.500,00
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	3.000,00
Main-Kinzig-Kreis	5.000,00
Stadt Alsfeld	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Gemeinde Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub in Hessen e.V..(bis 16.12.2012)	0,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen	3.250,00
Stadt Grebenau	250,00
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V. (ab 17.12.2012)	1.500,00

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		5,00	5,00
II. Sachanlagen			
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		7.970,00	9.859,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	2.085,13		2.628,89
2. Geleistete Anzahlungen	<u>2.584,65</u>		<u>1.862,95</u>
		4.669,78	4.491,84
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	362,30		246,60
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.789,61</u>		<u>3.297,52</u>
		2.151,91	3.544,12
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks			
		157.949,01	164.369,70
		172.745,70	182.269,66

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		150.750,00	144.250,00
II. Gewinnvortrag		20.098,06	41.699,56
III. Jahresfehlbetrag		25.340,60-	21.601,50-
B. Rückstellungen			
1. Sonstige Rückstellungen		18.984,35	12.516,93
C. Verbindlichkeiten			
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		864,00
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Euro 864,00)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.517,47		1.483,00
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 6.517,47 (Euro 1.483,00)			
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.736,42</u>		<u>3.057,67</u>
- Davon aus Steuern Euro 1.656,30 (Euro 2.782,79)			
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.736,42 (Euro 3.057,67)			
		8.253,89	<u>5.404,67</u>
		172.745,70	<u>182.269,66</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>334.029,80</u>	<u>380.447,24</u>
2. Gesamtleistung	334.029,80	380.447,24
3. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Ordentliche betriebliche Erträge Sonstige ordentliche Erträge	3.156,36	4.387,32
b) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	12,61	623,00
c) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	409,74	1.995,80
d) Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>1.553,26</u>	<u>2.972,34</u>
	5.131,97	9.978,46
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13.202,35	31.678,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>18.760,25</u>	<u>40.961,66</u>
	31.962,60	72.640,63
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	123.769,28	129.537,77
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>28.444,49</u>	<u>29.491,98</u>
	152.213,77	159.029,75
- Davon für Altersversorgung Euro 0,00 (Euro 240,00)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.656,75	3.616,56
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	6.043,48	5.964,06
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	6.310,83	4.906,65
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	3.284,86	3.569,43
ad) Fahrzeugkosten	10.411,60	9.726,02
ae) Werbe- und Reisekosten	2.933,13	2.432,61
af) Kosten der Warenabgabe	21.509,88	20.440,81
ag) Verschiedene betriebliche Kosten	126.195,09	130.355,18
	<hr/>	<hr/>
	176.688,87	177.394,76
	151.328,65	155.138,76

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
	151.328,65	155.138,76
	176.688,87	177.394,76
b) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	<u>426,23</u>	<u>448,69</u>
	177.115,10	177.843,45
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	887,42	1.078,20
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>1,33</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	24.899,03-	21.627,82-
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	205,57	286,32-
12. Sonstige Steuern	<u>236,00</u>	<u>260,00</u>
	441,57	26,32-
13. Jahresfehlbetrag	25.340,60	21.601,50

Auszug aus dem Lagebericht

Ein Lagebericht konnte durch die Geschäftsführung zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes (30.10.2015) nicht vorgelegt werden.

5. Betriebe zur Deckung des Eigenbedarfes

Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach

Tel.: 06641 / 977-382 – Fax: 06641 / 977 5 382

E-Mail: renate.stiebing@vogelsbergkreis.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist.

Zur Förderung des Gesellschaftszweckes kann die Gesellschaft alle geeigneten Geschäfte betreiben, Zweigniederlassungen errichten, Tochtergesellschaften gründen und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2014

Anteile in %: 100% unmittelbare Beteiligung

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Renate Stiebing (einzelnvertretungsbefugt)

Gesellschafterversammlung: Vogelsbergkreis, vertreten durch den Landrat kraft Amtes

Weder für die Geschäftsführertätigkeit noch für die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte werden Vergütungen oder Entschädigungen gezahlt.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Eintragungsdatum: 17.01.2014

Gesellschaftsvertrag: 11.12.2013

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 8152

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: Persönlich haftende Gesellschafterin der Projektentwicklungs-GmbH & Co Schule a. d. Wascherde KG – ohne Kapitalanteil

Gesellschafter: Vogelsbergkreis (100%)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer: Keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresfehlbetrag 791,91 €.
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Einzahlung der Stammeinlage

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft erfüllt den vorgesehenen Gesellschaftszweck durch die Übernahme der persönlichen Haftung als Komplementärin der „ProjektentwicklungsGmbH & Co Schule an der Wascherde KG“ und vertritt diese Gesellschaft, reduziert auf die nicht abdingbaren Aufgaben eines Geschäftsführers, nach außen.

Sie ist an der laufenden Geschäftsführung nicht beteiligt und nimmt hierauf keinen Einfluss.

Hinweis: Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses erfolgt vorbehaltlich der Bestätigung durch den Abschlussprüfer und der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung.

Bilanz des Unternehmens:

BILANZ

AKTIVA

Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0,00
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00
Aufwendungen für die Währungsumstellung auf den Euro	0,00
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Summe immaterielle Werte	0,00
II. Sachanlagen	
Summe Sachanlagen	0,00
III. Finanzanlagen	
Summe Finanzanlagen	0,00
Summe Anlagevermögen	0,00
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	
Summe Vorräte	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	500,00
Summe Forderungen	500,00
III. Wertpapiere	
Summe Wertpapiere	0,00
IV. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	23.708,09
Summe Umlaufvermögen	24.208,09
C. Rechnungsabgrenzungsposten	
Summe Rechnungsabgrenzungspositionen	0,00
D. Abgrenzung latenter Steuern	0,00
F. Sonstige Aktiva	0,00
SUMME AKTIVA	24.208,09

PASSIVA

A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
II. Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	0,00
III. Eingefordertes Kapital	0,00
IV. Kapitalrücklage	0,00
V. Gewinnrücklage	
1. Gesetzliche Rücklage	0,00
2. Rücklage für eigene Anteile	0,00
3. Satzungsmäßige Gewinnrücklagen	0,00
4. Andere Gewinnrücklagen	0,00
Summe Gewinnrücklagen	0,00
VI. Gewinnvortrag	0,00
VII. Verlustvortrag	0,00
VIII. Jahresüberschuß/-fehlbetrag	-791,91
Summe Eigenkapital	24.208,09
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00
C. Rückstellungen	
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00
2. Steuerrückstellungen	0,00
3. sonstige Rückstellungen	0,00
Summe Rückstellungen	0,00
D. Verbindlichkeiten	
1. Anleihen	0,00
- davon konvertibel	0,00
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00
3. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00
5. Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	0,00
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00
7. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00
8. sonstige Verbindlichkeiten	0,00
- davon aus Steuern	0,00
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00
Summe Verbindlichkeiten	0,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00
F. Sonstige Passiva	0,00
SUMME PASSIVA	24.208,09

Gewinn- und Verlustrechnung:

1.	Umsatzerlöse	0,00
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00
3.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes in Ausführung befindlicher Bauaufträge	0,00
4.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes in Arbeit befindlicher Aufträge	0,00
5.	andere aktivierte Eigenleistung	0,00
6.	Gesamtleistung	0,00
7.	Sonstige betriebliche Erträge	
a)	Ordentliche betriebliche Erträge	
1.	Grundstücksarträge	0,00
2.	Eigenverbrauch (außer Entnahme von Gegenständen) und unentgeltliche Leistungen	0,00
3.	Sonstige ordentliche Erträge	0,00
b)	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus der Zuschreibung zu Gegenständen des Anlagevermögens	0,00
c)	Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	0,00
d)	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00
e)	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00
f)	Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00
g)	Verschiedene betriebliche Erträge	500,00
	Summe sonstige betriebliche Erträge	500,00
8.	Materialaufwand	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00
	Summe Materialaufwand	0,00
9.	Personalaufwand	
a)	Löhne und Gehälter	0,00
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00
-	davon für Altersversorgung	0,00
	Summe Personalaufwand	0,00
10.	Abschreibungen	
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufw. f.d. Inangangsetzung d.Betr.	0,00
	davon aufgrund steuerlicher Vorschriften	0,00
-	davon außerplanmäßige Abschreibungen nach §253 (2) Satz 3 HGB	0,00
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,00
-	davon aufgrund steuerlicher Vorschriften	0,00
-	davon Abschreibungen zur Vermeidung zukünftiger Wertschwankungen nach §253 (3) Satz 3 HGB	0,00
	Summe Abschreibungen	0,00
11.	sonstige betriebliche Aufwendungen	
a)	Ordentliche betriebliche Aufwendungen	
1.	Raumkosten	0,00
2.	Grundstücksaufwendungen	0,00
3.	Versicherungen, Beiträge und Abgaben	200,00
4.	Reparaturen und Instandhaltung	0,00
5.	Fahrzeugkosten	0,00
6.	Werbe- und Reisekosten	0,00
7.	Kosten der Warenabgabe	0,00
8.	Verschiedene betriebliche Kosten	0,00

Summe ordentliche betriebliche Aufwendungen	200,00
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00
c) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	0,00
- davon aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften	0,00
- davon Abschreibungen zur Vermeidung zukünftiger Wertschwankungen nach §253 (3) Satz 3 HGB	0,00
d) Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00
e) Sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00
f) Verschiedene betriebliche Aufwendungen	1.091,91
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.291,91
12. Erträge aus Beteiligungen	0,00
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00
- davon an verbundene Unternehmen	0,00
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00
15. Aufgrund einer Gewinnngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages erhaltene Gewinne	0,00
16. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00
- davon aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften	0,00
- davon außerplanmäßige Abschreibungen nach §253 (2) Satz 3 HGB	0,00
- davon Abschreibungen zur Vermeidung zukünftiger Wertschwankungen nach §253 (3) Satz 3 HGB	0,00
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00
- davon an verbundene Unternehmen	0,00
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-791,91
Außerordentliches Ergebnis	
20. Außerordentliche Erträge	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00
Summe Außerordentliches Ergebnis	0,00
Steuern	
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00
24. Sonstige Steuern	0,00
Summe Steuern	0,00
25. Erträge aus Verlustübernahme	0,00
26. Aufgrund einer Gewinnngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	0,00
27. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	-791,91
28. Gewinn- Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0,00
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	
a) aus der gesetzlichen Rücklage	0,00
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	0,00
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,00
d) aus anderen Gewinnrücklagen	0,00
Summe Entnahme aus Gewinnrücklagen	0,00

31. Erträge aus der Kapitalherabsetzung	0,00
32. Einstellungen in die Kapitalrücklage nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung	0,00
33. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	
a) in die gesetzliche Rücklage	0,00
b) in die Rücklage für eigene Anteile	0,00
c) In satzungsmäßige Rücklagen	0,00
d) In andere Gewinnrücklagen	0,00
Summe Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00
34. Ausschüttung	0,00
35. Gewinn-Verlustvortrag auf neue Rechnung	0,00
36. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-791,91

Status und Gegenstand der Gesellschaft

Die Grundstückverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH (kurz: GVVB) wurde gemäß Notarurkunde des Notars Tobias Schul, mit Amtssitz in Lauterbach, vom 11. Dezember 2013, gegründet.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, an denen der Vogelsbergkreis beteiligt ist.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 Euro. Der Vogelsbergkreis ist alleiniger Gesellschafter und hat den Geschäftsanteil im Nennbetrag übernommen.

Zur alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführerin wurde Frau Renate Stiebing bestellt.

Die Gesellschaft wurde am 17.01.2014 bei dem Amtsgericht Gießen -Registergericht- unter dem Aktenzeichen HRB 8152 Fall:1, eingetragen.

Die Buchführung der Gesellschaft beginnt demnach mit dem 17.01.2014.

Die Gesellschaftsdauer ist auf unbestimmte Zeit vereinbart.

Beteiligungen

Die GVVB ist als Komplementärin an der „Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schule an der Wascherde KG“ (kurz: PEG), mit Geschäftssitz Goldhelg 20, in 36341 Lauterbach, beteiligt. Sie hat den Status einer persönlich haftenden Gesellschafterin ohne Kapitalanteil und ist zur Leistung einer Kapitaleinlage in das Stammkapital der PEG weder berechtigt noch verpflichtet.

Gegenstand des Unternehmens PEG ist das Halten von Eigentum oder sonstigen grundstücksgleichen Rechten an mit Schulen und sonstigen, schulischen Zwecken dienenden bebauten Grundstücken sowie deren Vermietung an den Vogelsbergkreis.

Geschäftsführungsvergütung und Personal

Die Geschäftsführerin hat im Jahr 2014 keine Geschäftsführungsvergütung erhalten.

Ein Aufsichtsrat ist nicht gebildet.

An Mitglieder der Gesellschafterversammlung wurden ebenfalls keine Vergütungen gezahlt.

Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal.

Die GVVB hat gegenüber der PEG gem. § 7 Ziff. 2 des Gesellschaftsvertrages einen eigenen Anspruch auf Haftungsvergütung in Höhe von 3 % ihres, zu Beginn des Geschäftsjahres in ihrer Bilanz ausgewiesenen und eingezahlten Stammkapitals.

Bei 25.000,00 € Stammkapital entspricht die pauschale Vergütung 750,00 € p.a.

Die Haftungsvergütung ist zur Bestreitung der laufenden Kosten aus dem Gesellschaftsbetrieb erforderlich.

Vermögensverhältnisse und Schulden

Die GVVB besitzt kein Anlagevermögen.

Das Stammkapital ist in voller Höhe mit 25.000,00 € eingezahlt.

Es bestehen zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten – weder Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, noch Kreditverbindlichkeiten.

Es bestehen darüber hinaus auch keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz erscheinen.

Steuerliche Verhältnisse

Mit einer Veranlagung zur Umsatzsteuer, zur Einkommensteuer oder Gewerbesteuer ist nicht zu rechnen.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2014 beläuft sich auf minus 791,91 €. Das negative Ergebnis ist dem Umstand geschuldet, dass die GVVB wegen Übernahme der gesellschaftsvertraglichen Verpflichtungen zum 30.04.2014 nur für den Zeitraum von Mai bis Dezember die pauschale Haftungsvergütung erhalten hat. Andererseits waren die im ersten Geschäftsjahr anfallenden Gründungskosten zu begleichen.

Risiken

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

ProjektentwicklungsGmbH & Co Schule an der Wascherde KG

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach

Tel.: 06641 / 977-3840

E-Mail: walter.bathke@vogelsbergkreis.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist das Halten von Eigentum oder sonstigen grundstücksgleichen Rechten an mit Schulen bebauten oder sonstigen schulischen Zwecken dienenden Grundstücken, sowie deren Vermietung an den Vogelsbergkreis.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2014

Anteile in %: 94% unmittelbare Beteiligung

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH (GVVB)

Gesellschafterversammlung: Vogelsbergkreis, vertreten durch den Landrat kraft Amtes OFB Frankfurt (Minderheitskommanditist 6 %)

Weder für die Geschäftsführertätigkeit noch für die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte werden Vergütungen oder Entschädigungen gezahlt.

Die GVVB erhält eine jährliche Haftungsvergütung von 3 % ihres Stammkapitals = 750 €.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Eintragungsdatum: 16.05.2014

Gesellschaftsvertrag: 13.12.2013

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 4558

Stammkapital: 25.000 €

Beteiligungen: keine

Gesellschafter: Vogelsbergkreis (94%)
OFB Frankfurt (6 %)

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer: keine

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 177.437,98 €.
<i>Kreditaufnahmen des Vogelsbergkreises zugunsten der GmbH :</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Einzahlung der Stammeinlage 23.500,00 €
<i>Kaufpreis für die Übernahme der Schule und der Turnhalle insgesamt:</i>	461.550,00 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft erfüllt den vorgesehenen Gesellschaftszweck durch die Bereithaltung der Schule an der Wascherde und der Vulkanturnhalle sowie durch die Vermietung dieser Liegenschaften an den Vogelsbergkreis.

Hinweis: Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses erfolgt vorbehaltlich der Bestätigung durch den Abschlussprüfer und der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung.

Bilanz des Unternehmens:

BILANZ

AKTIVA

Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0,00	0,00
Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00	0,00
Aufwendungen für die Währungsumstellung auf den Euro	0,00	0,00
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Summe immaterielle Werte	0,00	0,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.638.332,07	16.638.332,07
Summe Sachanlagen	16.638.332,07	16.638.332,07
III. Finanzanlagen		
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	16.638.332,07	16.638.332,07
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Summe Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	50.954,17	50.954,17
Summe Forderungen	50.954,17	50.954,17
III. Wertpapiere		
Summe Wertpapiere	0,00	0,00
IV. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	528.069,84	528.069,84
Summe Umlaufvermögen	579.024,01	579.024,01
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
I. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	136,12	136,12
Summe Rechnungsabgrenzungspostionen	136,12	136,12
D. Abgrenzung latenter Steuern	0,00	0,00
F. Sonstige Aktiva	0,00	0,00
SUMME AKTIVA	17.217.492,20	17.217.492,20

PASSIVA

A. Eigenkapital

I.	Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II.	Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	0,00	0,00
III.	Eingefordertes Kapital	0,00	0,00
IV.	Kapitalrücklage	0,00	0,00
V.	Gewinnrücklage		
1.	Gesetzliche Rücklage	0,00	0,00
2.	Rücklage für eigene Anteile	0,00	0,00
3.	Satzungsmäßige Gewinnrücklagen	0,00	0,00
4.	Andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00
	Summe Gewinnrücklagen	0,00	0,00
VI.	Gewinnvortrag	37.162,05	37.162,05
VII.	Verlustvortrag	0,00	0,00
VIII.	Jahresüberschuß/-fehlbetrag	177.437,98	177.437,98
	Summe Eigenkapital	239.600,03	239.600,03

B. Sonderposten mit Rücklageanteil

0,00 0,00

C. Rückstellungen

1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
2.	Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3.	sonstige Rückstellungen	9.990,00	9.990,00
	Summe Rückstellungen	9.990,00	9.990,00

D. Verbindlichkeiten

1.	Anleihen	0,00	0,00
-	davon konvertibel	0,00	0,00
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.946.523,75	15.946.523,75
-	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	15.946.523,75	15.946.523,75
3.	erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
4.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.479,97	1.479,97
5.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	0,00	0,00
6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
7.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
8.	sonstige Verbindlichkeiten	28.515,45	28.515,45
-	davon aus Steuern	0,00	0,00
-	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	0,00
	Summe Verbindlichkeiten	15.976.519,17	15.976.519,17

E. Rechnungsabgrenzungsposten

991.383,00 991.383,00

F. Sonstige Passiva

0,00 0,00

SUMME PASSIVA

17.217.492,20 17.217.492,20

Gewinn- und Verlustrechnung:

1.	Umsatzerlöse	1.083.591,56
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0,00
3.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes in Ausführung befindlicher Bauaufträge	0,00
4.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes in Arbeit befindlicher Aufträge	0,00
5.	andere aktivierte Eigenleistung	0,00
6.	Gesamtleistung	1.083.591,56
7.	Sonstige betriebliche Erträge	
a)	Ordentliche betriebliche Erträge	
1.	Grundstückserträge	0,00
2.	Eigenverbrauch (außer Entnahme von Gegenständen) und unentgeltliche Leistungen	0,00
3.	Sonstige ordentliche Erträge	0,00
b)	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus der Zuschreibung zu Gegenständen des Anlagevermögens	0,00
c)	Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	0,00
d)	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.923,51
e)	Erträge aus der Auflösung von PRAPs	0,00
f)	Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00
g)	Verschiedene betriebliche Erträge	2.500,00
	Summe sonstige betriebliche Erträge	4.423,51
8.	Materialaufwand	
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0,00
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00
	Summe Materialaufwand	0,00
9.	Personalaufwand	
a)	Löhne und Gehälter	26,65
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	0,00
-	davon für Altersversorgung	0,00
	Summe Personalaufwand	26,65
10.	Abschreibungen	
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufw. f.d. Inangasetzung d.Betr.	447.016,60
	davon aufgrund steuerlicher Vorschriften	0,00
-	davon außerplanmäßige Abschreibungen nach §253 (2) Satz 3 HGB	0,00
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0,00
-	davon aufgrund steuerlicher Vorschriften	0,00
-	davon Abschreibungen zur Vermeidung zukünftiger Wertschwankungen nach §253 (3) Satz 3 HGB	0,00
	Summe Abschreibungen	447.016,60
11.	sonstige betriebliche Aufwendungen	
a)	Ordentliche betriebliche Aufwendungen	
1.	Raumkosten	0,00
2.	Grundstücksaufwendungen	0,00
3.	Versicherungen, Beiträge und Abgaben	0,00
4.	Reparaturen und Instandhaltung	0,00
5.	Fahrzeugkosten	0,00
6.	Werbe- und Reisekosten	0,00
7.	Kosten der Warenabgabe	0,00
8.	Verschiedene betriebliche Kosten	0,00

Summe ordentliche betriebliche Aufwendungen	0,00
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00
c) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	0,00
- davon aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften	0,00
- davon Abschreibungen zur Vermeidung zukünftiger Wertschwankungen nach §253 (3) Satz 3 HGB	0,00
d) Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00
e) Sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00
f) Verschiedene betriebliche Aufwendungen	86.257,79
Summe Sonstige betriebliche Aufwendungen	86.257,79
12. Erträge aus Beteiligungen	0,00
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00
13. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00
- davon an verbundene Unternehmen	0,00
14. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00
- davon aus verbundenen Unternehmen	0,00
15. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages erhaltene Gewinne	0,00
16. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00
- davon aufgrund steuerrechtlicher Vorschriften	0,00
- davon außerplanmäßige Abschreibungen nach §253 (2) Satz 3 HGB	0,00
- davon Abschreibungen zur Vermeidung zukünftiger Wertschwankungen nach §253 (3) Satz 3 HGB	0,00
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	377.276,05
- davon an verbundene Unternehmen	2.273,71
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	177.437,98
Außerordentliches Ergebnis	
20. Außerordentliche Erträge	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00
Summe Außerordentliches Ergebnis	0,00
Steuern	
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00
24. Sonstige Steuern	0,00
Summe Steuern	0,00
25. Erträge aus Verlustübernahme	0,00
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	0,00
27. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	177.437,98
28. Gewinn- Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0,00
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	
a) aus der gesetzlichen Rücklage	0,00
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	0,00
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,00
d) aus anderen Gewinnrücklagen	0,00
Summe Entnahme aus Gewinnrücklagen	0,00

31. Erträge aus der Kapitalherabsetzung	0,00
32. Einstellungen in die Kapitalrücklage nach den Vorschriften über die vereinfachte Kapitalherabsetzung	0,00
33. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	
a) in die gesetzliche Rücklage	0,00
b) in die Rücklage für eigene Anteile	0,00
c) in satzungsmäßige Rücklagen	0,00
d) in andere Gewinnrücklagen	0,00
Summe Einstellungen in Gewinnrücklagen	0,00
34. Ausschüttung	0,00
35. Gewinn-Verlustvortrag auf neue Rechnung	0,00
36. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	177.437,98

Lagebericht der ProjektentwicklungsGmbH & Co. Schule an der Wascherde KG für das Geschäftsjahr 2014

Nach § 264 Abs. 1 Satz 3 Handelsgesetzbuch (HGB) brauchen kleine Kapitalgesellschaften (und KapCoGes) einen Lagebericht nicht aufzustellen.

§ 267 a Abs. 2 HGB dehnt die nach dem Handelsgesetzbuch für kleine Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 1) vorgesehenen besonderen Regelungen auf Kleinstkapitalgesellschaften entsprechend aus.

Die ProjektentwicklungsGmbH & Co. Schule an der Wascherde KG (kurz: PEG SAW) ist eine Kleinstgesellschaft im Sinne von § 267 a Abs. 1 HGB, weil ihre Umsatzerlöse in den 12 Monaten vor dem Abschlussstichtag den Schwellenwert von 700.000 Euro nicht erreichten und weil sie keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Gleichwohl soll in einem kurzen Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der PEG SAW berichtet werden.

I. Gesellschaftshistorie

Mit Gesellschaftsvertrag vom 15.03.2011 wurde die „ProjektentwicklungsGmbH & Co. Schule an der Wascherde KG“ gegründet. Komplementärin war zum Gründungszeitpunkt die Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH, einzige Kommanditistin war die OFB Projektentwicklung GmbH, beide geschäftsansässig in Frankfurt am Main.

Unternehmensgegenstand war die Sanierung und die Vermietung/Vermarktung der Schule an der Wascherde, in Lauterbach.

Nach Abschluss der Sanierung war die OFB an einer Vermarktung interessiert, so dass es für den Vogelsbergkreis naheliegend war, als Mehrheitsgesellschafter in die Gesellschaft einzutreten.

Durch Vertrag über den Verkauf und die Abtretung von Gesellschaftsanteilen, vom 13.12.2013, zwischen der OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt, dem Vogelsbergkreis, der Grundstücksverwaltung Kaiserlei GmbH und der Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH i.G., wurde vereinbart, dass der Vogelsbergkreis 94 % der Gesellschaftsanteile übernimmt und die Grundstückverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH als Komplementärin an Stelle der GrundstücksverwaltungsGmbH Kaiserlei in die Gesellschaft eintritt.

Im gleichen Zuge wurde der Gesellschaftsvertrag den neuen Gesellschafterverhältnissen angepasst.

Bis zum 30.04.2014 oblag die Geschäftsführung der OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt, zum 01.05.2014 übernahm der Vogelsbergkreis als Mehrheitsgesellschafter die Geschäftsführung und führte auch von diesem Zeitpunkt an die Geschäftsbuchführung fort.

II. Der Geschäftsverlauf im Jahr 2014

Die OFB Projektentwicklung GmbH erstellte zum 30.04.2014 eine Zwischenbilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für die SAW GmbH & CO KG, die unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und unter Wahrung der Bilanzidentität mit auf die neuen Bedürfnissen angepassten Strukturen fortgeführt wurde.

Zum 30.04.2014 ergab sich eine ausgeglichene Bilanzsumme von 17.145.054,90 €.

Zum 31.12.2014 erhöhte sich diese auf 17.317.418,47 €.

Aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergab sich zum 30.04.2014 ein Gewinn von 179.059,70 €.

Zum 31.12.2014 reduzierte sich das Ergebnis auf einen Gewinn von 177.437,98 €.

Das positive Geschäftsergebnis lässt sich daraus erklären, dass die Abschreibungen für die Vulkanturnhalle erst mit deren Inbetriebnahme im September 2014 wirksam wurden, während die nichtinvestive Miete und die Nutzungsentschädigung für das gesamte Wirtschaftsjahr vereinnahmt werden konnten.

III. Die Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft besteht weit überwiegend aus dem Sachanlagevermögen der Schulgebäude an der Wascherde und der Vulkanturnhalle mit einem bilanziellen Wert zum 31.12.2014 von 16.738.258,34 €.

Daneben bestehen noch Forderungen gegen verbundene Unternehmen (Vogelsbergkreis) aus offener Miete von 50.954,17 € und es sind Liquide Mittel von 528.069,17 € vorhanden.

IV. Die Finanzlage

Wie bereits vorstehend aufgezeigt, belief sich der Bestand an Liquidem Mitteln zum 31.12.2014 auf 528.069,84 €. Diese sind vollständig auf dem Girokonto der Gesellschaft nachgewiesen.

Die fortdauernde Liquidität der Gesellschaft erscheint gesichert.

V. Die Verschuldungslage

Die Projektentwicklungsgesellschaft hat zum 31.12.2014 buchmäßig ausgewiesene Kreditverbindlichkeiten gegenüber der BayernLB in Höhe von 15.946.523,75 € aus vorfaktierten Mietforderungen für Schule und Turnhalle gegen den Vogelsbergkreis.

VI. Risiken und Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

Derzeit zeichnen sich keine Risiken ab die bestandsgefährdend sein könnten. Die Gebäude sind an den Vogelsbergkreis als Schulträger vermietet und sofern sich für den Vogelsbergkreis keine Leistungsstörungen ergeben, die die Liquidität in Frage stellen, dürften sich für die Projektentwicklungsgesellschaft keine wirtschaftlichen Risiken ergeben, zumal die Miete derzeit kostendeckend kalkuliert ist.

6. Breitbandversorgung

Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH (BBV)

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach

Tel.: 06641 / 977-271 – Fax: 06641 / 977 5 271

E-Mail: eckhard.koehler-haelbig@vogelsbergkreis.de

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Koordination der kreisweiten Interessen zum Zwecke der Sicherstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung im Vogelsbergkreis. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2013

Anteile in %: 34,67 % unmittelbare Beteiligung

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Dr. Eckhard Köhler-Hälbig (einzelnvertretungsbefugt)

Die nach § 285 Nr. 9 HGB verlangten Angaben zu den Gesamtbezügen der Geschäftsführung wurden gem. § 286 Abs. 4 HGB unterlassen

Gesellschafterversammlung

Für die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte wurden keine Vergütungen oder Entschädigungen gezahlt.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Eintragungsdatum: 14.01.2014

Gesellschaftsvertrag: 11.12.2013

Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 8148

Stammkapital: 150.000 €

Beteiligungen an: Breitband Infrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH

Deren Gesellschafter: Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe 51 %
Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis 19%
Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetteraukreis 30 %

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer: Ein geringfügig Beschäftigter

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Auszug Anhang u. Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 4.846,66 €.
<i>Kreditaufnahmen zugunsten der Gesellschaft:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Einzahlung der Stammeinlage von 52.000 €

Der Jahresüberschuss der Gesellschaft wird auf neue Rechnung fortgeschrieben.

Hinweis: Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVSEITE	<u>€</u>	<u>€</u>	<u>Vorjahr</u> <u>€</u>
A. <u>Anlagevermögen</u>			
I. Finanzanlagen			
1. Beteiligung		114.000,00	114.000,00

B. <u>Umlaufvermögen</u>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. sonstige Vermögensgegenstände	826,41		266,04
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>44.753,35</u>		<u>148.324,06</u>
		45.579,76	<u>148.590,10</u>

C. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	<u> </u>	450,00	0,00

		<u>160.029,76</u>	<u>262.590,10</u>
		<u> </u>	<u> </u>

PASSIVSEITE	€	€	Vorjahr €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	150.000,00		150.000,00
II. Verlustvortrag	-2.109,90		0,00
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>4.846,66</u>		<u>-2.109,90</u>
		152.736,76	<u>147.890,10</u>
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	1.193,00		
2. sonstige Rückstellungen	<u>4.650,00</u>		<u>550,00</u>
		5.843,00	<u>550,00</u>
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.250,00		150,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 1.250,00 (i.V. € 150,00)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		114.000,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 0,00 (i.V. € 114.000,00)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	200,00		0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: € 200,00 (i.V. € 0,00)			
		<u>1.450,00</u>	<u>114.150,00</u>
		<u>160.029,76</u>	<u>262.590,10</u>
		<u>160.029,76</u>	<u>262.590,10</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

	€	€	Vorjahr €
1. sonstige betriebliche Erträge		20.000,00	0,00
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-5.400,00		0,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.129,47		0,00
		-6.529,47	0,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen		-7.430,87	-2.109,90
4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		6.039,66	-2.109,90
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-1.193,00	0,00
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		4.846,66	-2.109,90

Auszugsweise Darstellung aus Anhang und Lagebericht

Allgemeines zur Gesellschaftsstruktur und zum Betätigungsfeld

Die Gründung der Gesellschaft erfolgte durch Gesellschafterversammlung am 11. Dezember 2013.

Alleiniger Gesellschafter ist zunächst der „Vogelsbergkreis“, zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer wird Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Lauterbach bestellt. Die Eintragung der Gesellschaft erfolgte im Handelsregister (HRB 8148) beim Amtsgericht Gießen am 14. Januar 2014.

Mit Vertrag vom 9. April 2014 wurde § 3 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages dahingehend geändert, dass insgesamt 17 Städte und Gemeinden im Vogelsbergkreis Anteile übernommen haben, so dass 34,67 % des Stammkapitals (€ 150.000) beim Vogelsbergkreis verblieben sind.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2013 (11.12.2013 – 31.12.2013) hat die Gesellschaft eine Beteiligung in Höhe von 114 TEUR (19 %) am Stammkapital der „Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH“ übernommen. Diese Anteile dienen der Gesellschaft auf Dauer und werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Nach der vorgegebenen Einteilung in Größenklassen (§ 267 Abs. 1 HGB) stellt die Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH eine **Kleinstkapitalgesellschaft** dar.

Die Gliederung der Bilanz entspricht § 266 HGB. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 HGB angewandt.

Erläuterungen zur Bilanz

Bei den **Finanzanlagen** handelt es sich um einen Anteil an der „Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH“, die mit notariellem Vertrag vom 16. Dezember 2013 errichtet worden ist. Die Eintragung dieser Gesellschaft im Handelsregister erfolgte am 25. Februar 2014.

Voraussichtliche Entwicklung/Risiken

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft hängt maßgeblich von dem Geschäftsverlauf der „Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH“ (BIGO) ab, an der sie beteiligt ist.

Die Geschäftsjahre 2013/14 der BIGO waren im Wesentlichen durch die Vorarbeiten geprägt. Dies wird sich im Jahr 2015 fortsetzen. Im Rahmen der erarbeiteten Analysen hat sich gezeigt, dass von beiden in Frage stehenden Modellvarianten (Zuschussmodell, Netzmietmodell) der Eigenausbau und die Vermietung des Netzes die zu favorisierende Variante ist. Dazu ist allerdings eine Aufstockung des Eigenkapitals bei der BIGO durch die beteiligten Gesellschafter unabdingbar. Es ist beabsichtigt ein zusätzliches Kapital von ca. 10 Mio. € aufzubringen; der eigene Anteil wird sich auf ca. 2,7 Mio. € belaufen.

Die Gesamtinvestition liegt bei ca. 30 Mio. €. Gespräche mit Fremdkapitalgebern laufen seit Ende 2014 und sind in 2015 zu konkretisieren. Das wesentliche Risiko liegt bei der Ausschreibung und Auswahl eines geeigneten Netzmietters und -betreibers. Er muss einerseits in der Lage sein, angemessene Entgelte für das Netz zu entrichten und muss über eine hinreichende Leistungsfähigkeit im Hinblick auf Betrieb und Produkte verfügen.

Netzbaumaßnahmen werden erst beauftragt, wenn ein den Anforderungen entsprechender Betriebspartner gefunden wurde und die Finanzierung zu angemessenen Konditionen sichergestellt ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann ein mögliches Umschwenken auf ein Zuschussmodell daher abschließend nicht ausgeschlossen werden.

Die Risikosituation der Gesellschaft wird fortlaufend überprüft.

II. Die „Kür“

Über seine gesetzlichen Verpflichtungen hinaus ist der Vogelsbergkreis jedoch bestrebt, sowohl den Kreistag als auch die Öffentlichkeit möglichst umfassend über alle Beteiligungen und Mitgliedschaften zu informieren.

Dadurch soll deutlich werden, in welchen weiteren Aufgabenfeldern der öffentlichen Daseinsvorsorge der Vogelsbergkreis im Interesse seiner Bevölkerung und der regionalen Wirtschaft engagiert ist.

Durch die Vorschrift des § 123 a HGO werden ausschließlich privatrechtliche Unternehmensbeteiligungen mit einer Beteiligungsquote am Eigenkapital der Gesellschaft von mindestens 20 Prozent erfasst.

Beteiligungen an Unternehmensformen des Privatrechtes mit einem Beteiligungsumfang unter 20 Prozent sind mit den daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen in einigen Fällen für die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises durchaus bedeutsam, obgleich die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Geschäftsentwicklung als gering anzusehen sind.

Hinzu kommen die Mitgliedschaften in den unterschiedlichsten Zweckverbänden, die zur gemeinsamen Bewältigung regionaler, teilweise kreisübergreifender Aufgaben eingegangen wurden. Hieraus resultieren für die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises meist bedeutsame Folgen.

Nicht unerwähnt bleiben darf die gesetzlich begründete Mitträgerschaft des Vogelsbergkreises an der Sparkasse Oberhessen, die nicht wie man auf den ersten Blick meinen könnte, eine privatrechtliche Unternehmensform darstellt, sondern es handelt sich hierbei um eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts.

Schließlich wird zur Vollständigkeit der Darstellung den vielfältigen Mitgliedschaften in den unterschiedlichsten Vereinen und Verbänden ein eigener Abschnitt gewidmet.

Ihrem jeweiligen Organisationsstatus entsprechend, lassen sich diese Beteiligungen zu folgenden Gruppen zusammenfassen:

- Zweckverbandsmitgliedschaften
- Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen unter 20 Prozent Anteilsquote
- Mitträgerschaft an der Sparkasse als Kreditanstalt öffentlichen Rechts
- Sonstige Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

Die Zweckverbandsmitgliedschaften

- ZOV – Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe
- ZAV – Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis
- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg
- Wasserverband Schwalm
- Wasserverband Nidda

Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen unter 20 Prozent Anteilsquote

- RhönEnergie Osthessen GmbH
- Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
- Regionalmanagement Mittelhessen GmbH
- Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH (BIGO)

Mitträgerschaft an der Sparkasse als Kreditanstalt öffentlichen Rechts

- Sparkasse Oberhessen

Sonstige Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.
- Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.
- Tabellarische Übersicht über sonstige Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden

In der nachfolgenden Einzeldarstellung haben wir uns allerdings dazu entschieden, die einzelnen Beteiligungen gruppiert nach „Betätigungsfeldern“ zu zeigen (siehe Reihenfolge nach **Inhaltsübersicht** Abschnitt B II. „Die Kür“).

1. Versorgung, Verkehr, Regionalentwicklung

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306
E-Mail: info@zov.de
Internet: www.zov.de



Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit elektrischer Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchsvolles wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

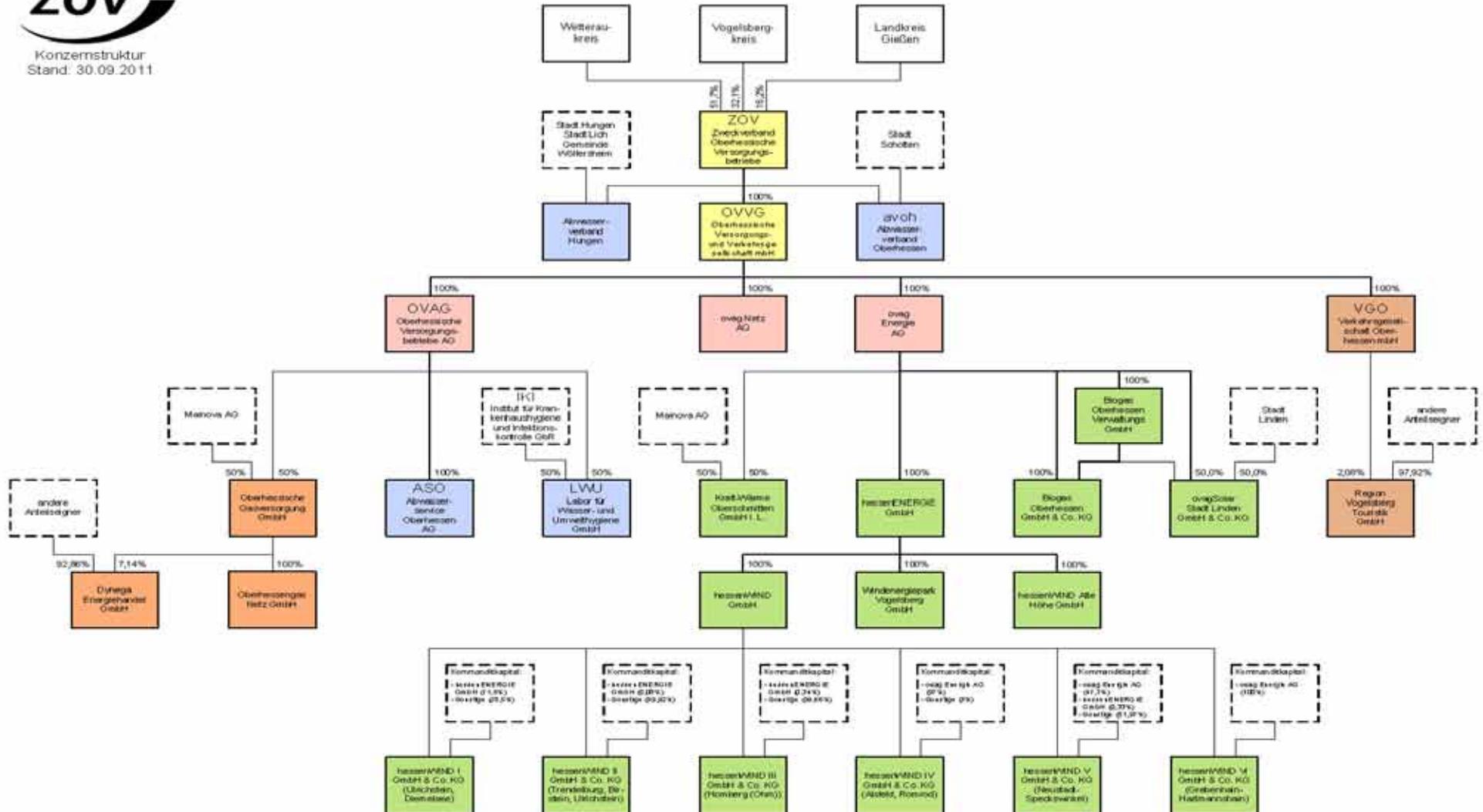
Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1972

Anteile in %: 32,1 %

Die Konzernstruktur des ZOV



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

Landkreis Gießen



Vogelsbergkreis



Wetteraukreis



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	100,0 %	44 Stimmen

Verbandsvorstand:

Karl-Heinz Schneider - Verbandsvorsitzender	Dr. Christiane Schmahl
Claus Spandau - stellv. Vorsitzender	Eva Goldbach
Joachim Arnold	Silvia Lübbers
Manfred Görig	Ottmar Lich
Anita Schneider	Walter Pöllmann
Hans-Jürgen Herbst	Hans-Jürgen Schäfer

Sitzungsgelder	22.580,00 €
Fahrtkostenerstattung	5.179,15 €
Verdienstausfallentschädigung	1.580,00 €

Verbandsversammlung:

Vogelsbergkreis		
Swen Bastian	Lothar Bott	Manfred Dickert
Dr. Hans Heuser	Elisabeth Hillebrand	Gerhard Immel
Margret Jöckel	Friedel Kopp	Ulrich Künz
Rudolf Marek	Uwe Meyer	Dr. Udo Ornik - stellv. Vorsitzender
Dietmar Schnell	Gabriele Szepanski	Matthias Weitzel
Kurt Wiegel		

Landkreis Gießen		
Heike Habermann	Elke Högy	Matthias Körner
Dr. Ulrich Lenz	Karl-Heinz Schäfer	Günther Semmler
Dr. Sven Simon	Alexander Wright	

Wetteraukreis		
Rosa Maria Bey – Vorsitzende	Marion Götz	Gerd Gries
Christine Jäger	Alexander Kartmann	Michael Keller
Adolf Ludwig	Stefan Lux	Rainer Michel
Brigitta Nell-Düvel	Wolfgang Patzak	Kristina Paulenz
Guido Rahn	Karl-Peter Schäfer	Marcus Stadler
Oliver von Massow	Gerhard Weber	Christian Weiße
Almut Wilser	Bernd Witzel	

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden gezahlt 64.400,00 €
 Für Verdienstausfallentschädigungen sind entstanden 3.225,00 €
 Fahrtkostenerstattungen wurden insgesamt geleistet in Höhe von 14.477,70 €
 Den Fraktionen im ZOV wurden insgesamt Haushaltsmittel gewährt von 3.385,10 €
 An sonstigen Kosten für Gremien (Hotel, Bewirtung, Transfers, im Rahmen von Klausurta-
 gungen fielen 12.075,78 € an.

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Un-
 terstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Kristina Paulenz – Vorsitzende	Karl-Peter Schäfer – Vorsitzender	Dr. Udo Ornik – Vorsitzender
Lothar Bott – stellv. Vorsitzender	Sven Bastian – stellv. Vorsitzender	Dr. Sven Simon – stellv. Vorsitzender
Manfred Dickert	Manfred Dickert	Manfred Dickert
Gerd Gries	Dr. Hans Heuser	Elisabeth Hillebrand
Alexander Kartmann	Gerhard Immel	Elke Högy
Dr. Ulrich Lenz	Christine Jäger	Margret Jöckel
Stefan Lux	Michael Keller	Adolf Ludwig
Uwe Meyer	Matthias Körner	Oliver von Massow
Brigitta Nell-Düvel	Rainer Michel	Rainer Michel
Karl-Heinz Schäfer	Guido Rahn	Bernd Witzel
Marcus Stadler	Günther Semmler	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Alexander Wright	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt
Rolf Gnadl, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer des ZOV üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband
Gründungsdatum: 1972
Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 13.12.2013)
Stammkapital: 133.911.686,55 €
Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG), Friedberg/Hessen 100 %

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (durchschnittlich) + 2 Teilzeitkräfte

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 2.801.362,85 €
Kreditaufnahme durch den Vogelsbergkreis: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Dividendenzahlung des ZOV i.H.v. **412.254,64 €** für 2014

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der ZOV erfüllt seine Aufgaben satzungsgemäß, zeitnah und umfassend

Bilanz des Unternehmens:



Anlage 1

Bilanz zum 31. Dezember 2014

		Anhang		31.12.2014	31.12.2013
				EUR	EUR
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					
				524.256,00	556.520,00
2. Geleistete Anzahlungen					
				68.110,00	17.850,00
				592.366,00	574.370,00
II. Sachanlagen					
1. Technische Anlagen und Maschinen					
				36.880.171,00	33.091.533,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung					
				4.356,00	6.432,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau					
				401.682,75	4.484.671,95
				37.286.209,75	37.582.636,95
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen					
		2		133.724.531,87	133.418.531,87
				171.603.107,62	171.575.538,62
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen					
				756.219,07	1.214.479,58
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen					
				4.753,20	1.648.325,98
3. Forderungen gegen Verbandsmitglieder					
				0,00	263.747,45
4. Sonstige Vermögensgegenstände					
				1.061.984,57	3.328.815,41
				1.822.956,84	6.455.368,42
II. Guthaben bei Kreditinstituten					
				655.458,70	311.893,98
				2.478.415,54	6.767.262,40
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
				14.969,69	16.431,52
				174.096.492,85	178.359.232,74
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Stammkapital					
				133.911.686,55	133.911.686,55
II. Zweckgebundene Rücklagen					
				2.721.896,22	1.977.067,55
III. Bilanzgewinn					
Gewinnvortrag					
				1.059.864,67	2.034.562,72
Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (Schwankungsreserve)					
				-563.738,61	-131.290,39
Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (andere Rücklagen)					
				-161.090,06	-182.392,00
Vorabausschüttung					
				-2.989.492,63	-68.226,47
Jahresüberschuss (VJ. Jahresfehlbetrag)					
				2.801.362,85	-592.789,19
				126.906,22	1.059.864,67
				136.760.488,99	136.948.616,77
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse					
		5		5.543.911,00	5.584.598,00
C. Empfangene Ertragszuschüsse					
		6		4.725.387,00	4.711.209,00
D. Rückstellungen					
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen					
				31.405,29	34.573,81
2. Sonstige Rückstellungen					
				323.687,88	2.825.233,90
				355.093,17	2.859.807,71
E. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
				21.459.469,81	21.127.435,15
2. Erhaltene Anzahlungen					
				75.612,96	201.501,20
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					
				615.109,59	671.886,27
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					
				139.344,36	204.398,73
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern					
				4.010,47	0,00
6. Sonstige Verbindlichkeiten					
				4.418.065,50	6.049.779,91
				26.711.612,69	28.254.999,26
				174.096.492,85	178.359.232,74

Gewinn- und Verlustrechnung:



Anlage 2

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang	Berichtsjahr		Vorjahr
		EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	9		11.841.838,45	18.195.741,77
2. Sonstige betriebliche Erträge	10		380.311,75	1.154.797,19
			12.222.150,20	19.350.538,96
3. Materialaufwand	11			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		83.278,64		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		10.351.865,47	10.435.144,11	18.867.439,95
4. Personalaufwand	12			
a) Entgelte		258.218,89		
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		52.757,18	310.976,07	331.211,56
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13		995.060,12	934.903,86
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14		392.979,27	438.068,90
			87.990,63	-1.221.085,31
7. Erträge aus Beteiligungen	15		3.517.108,18	1.490.349,08
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16		42.937,00	24.868,84
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17		846.500,96	886.749,80
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			2.801.534,85	-592.617,19
11. Sonstige Steuern			172,00	172,00
12. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)			2.801.362,85	-592.789,19
13. Gewinnvortrag			1.059.864,67	2.034.562,72
14. Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (Schwankungsreserve)			-563.738,61	-131.290,39
15. Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (andere Rücklagen)			-181.090,06	-182.392,00
16. Vorabauschüttung	18		-2.989.492,63	-68.226,47
17. Bilanzgewinn			126.906,22	1.059.864,67

Auszug aus dem Lagebericht

1. Grundlagen des Verbandes

Satzungsgemäße Aufgabe des Verbandes ist, die Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie, Wasser, Telekommunikations- und Rundfunkdiensten sowie verwandten Diensten zu versorgen und den öffentlichen Personennahverkehr durchzuführen. Er ist berechtigt, Entsorgungsaufgaben zu übernehmen, soweit die Verbandsmitglieder ihm diese übertragen. Hierzu bedient er sich der Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) und der Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft (OVAG). Darüber hinaus hat er gemeinnützige Bestrebungen für den oberhessischen Raum zu fördern, soweit dadurch die anderen bereits genannten Aufgaben nicht gefährdet sind.

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes Hessen verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der Gesellschaft sind die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Investitionen, die auch durch die Berichterstattung an Anteilseigner regelmäßig überwacht werden, wobei die Planzahlen aus dem Wirtschaftsplan entnommen sind.

2. Wirtschaftsbericht

Unternehmensentwicklung nach den Sparten des ZOV

Verwaltung: Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane, die allgemeine Verwaltung sowie die Vermögensverwaltung. Wesentlich für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2014 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinbarte Ausschüttung der OVVG von rund 3,5 Mio. €.

Die Verbandsversammlung beschloss in der Sitzung vom 12. Dezember 2014 einhergehend mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2015, sich an der Erhöhung des Eigenkapitals der Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH um 10 Mio. € mit 3 Mio. € zu beteiligen, um so die Versorgung im Wetterau- und Vogelsbergkreis mit Telekommunikations-Infrastruktur zu verbessern.

Verkehr: Der Bereich Verkehr führt die ihm durch die EU-Verordnung 1370/07 und das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. ZOV-Verkehr ist demnach zuständige Behörde für die Begründung von gemeinwirtschaftlichen Pflichten für den lokalen Linienverkehr im Verbandsgebiet sowie die Gewährung von ausschließlichen Rechten und/oder finanziellen Ausgleichsleistungen für die Erfüllung dieser Pflichten. In 2014 wurden als Aufgabenträger Ausschreibungen für auslaufende Konzessionen für sieben Linienbündel vorgenommen und öffentliche Dienstleistungsaufträge erteilt. Der konzerneigene Dienstleister VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) ist bis Ende 2018 mit der Durchführung und Finanzierung des lokalen Busverkehrs im Verbandsgebiet betraut. Gemäß aktueller verbindlicher Auskunft scheint die Einbeziehung der Erträge und Aufwendungen der VGO in den ertragsteuerlichen Querverbund der OVVG unproblematisch.

Der Aufsichtsrat der RMV GmbH hat im Vorgriff des Übergangs in separate Budgets für den Lokal- und Regionalverkehr u.a. beschlossen, verbundweit auf die Erhebung einer RBNV-Umlage zu verzichten. Für die Sparte Verkehr bedeutet dies eine Ersparnis von rd. 540 T€.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Das Jahresergebnis des ZOV wird wesentlich durch das Ergebnis der Sparte ZOV-Verkehr sowie die Ausschüttung der OVVG geprägt.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände reduzierten sich aus den genannten Gründen im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Mio. € auf 1,8 Mio. €. Der Bestand an flüssigen Mitteln erhöhte sich von 312 T€ im Vorjahr auf 655 T€.

Das Eigenkapital des ZOV verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 188 T€ auf 136.760 T€. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK-Sanierungsgeld. Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen ausstehende Rechnungen für erbrachte Verkehrsleistungen (287 T€, Vorjahr 2.708 T€) sowie die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (unverändert 22 T€).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 332 T€ auf 21.459 T€ erhöht, während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 56 T€ auf 615 T€ zurückgingen.

Erträge aus Beteiligungen betreffen nur die Ausschüttung der OVVG in Höhe von 3.517 T€.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die zweckgebundenen Rücklagen stiegen dabei um 745 T€. Der Verlauf der Geschäftsentwicklung wird als insgesamt zufriedenstellend beurteilt.

Personal

In 2014 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter und zwei geringfügig Beschäftigte tätig.

4. Chancen- und Risikobericht

Der ZOV ist in Folge seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, den schwer kalkulierbaren politischen Motiven und dem sich beständig ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt und daher in das Risikomanagementsystem der OVVG integriert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems und dementsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Verbands gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

5. Ausblick und Prognosebericht

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Der Beteiligungsprozentsatz an der Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH soll im Zuge einer Kapitalerhöhung auf rund 31% reduziert werden, da sich der ZOV nicht in vollem Umfang an der beabsichtigte Kapitalerhöhung um 10 Mio. € beteiligt.

RhönEnergie Osthessen GmbH

Bahnhofstr. 2, 36037 Fulda
Tel.: 0661 / 12-0 – Fax: 0661 / 12-2002
E-Mail: info@re-fulda.de
Internet: www.re-osthessen.de



Unternehmenszweck

Die RhönEnergie Osthessen GmbH betreibt die Gas-, Wasser und Wärmeversorgung kommunaler, industrieller und privater Kunden im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises und des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Stadt Steinau an der Straße.

Es sind die Geschäftsbereiche Gas-Netz, Gas-Handel, Wärme/Contracting sowie sonstige Aktivitäten eingerichtet.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,26 %

§ 121 Abs. 1 Satz 2 HGO Wirtschaftliche Betätigung:

Die Betätigung „Versorgung der Region mit Gas/Wasser“ ist zulässig, weil sie bereits seit 1966 wahrgenommen wird

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. rer. pol. Wolfgang Dippel - Vorsitzender (bis 18.01.2014)	Gerhard Möller - Vorsitzender (ab 19.01.2014 bis 03.07.2014)
Dag Wehner - Vorsitzender (ab 04.07.2014)	Manfred Görig
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender	Dipl.-Kfm. Ralf-Stefan Stöppler
Erich Pipa (bis 19.03.2014)	Uwe Marohn
Bernd Woide	

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden Bezüge von insgesamt 29 T€ gewährt.

Geschäftsführung: Dipl. Soz. Oec. Martin Heun,
Geschäftsführer der RhönEnergie Fulda GmbH

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	18.01.1967
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	10.11.1996, letzte Änderung 08.12.2010
<i>Handelsregister:</i>	Fulda, HRB 84
<i>Stammkapital:</i>	7.420.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	Biothan GmbH 33,3 %

Gesellschafter / Stammeinlagen:

	€	%
RhönEnergie Fulda GmbH	5.512.539,00	74,29
Vogelsbergkreis	464.665,00	6,26
Landkreis Fulda	452.249,00	6,10
Stadt Alsfeld	206.518,00	2,78
Stadtwerke Lauterbach GmbH	180.773,00	2,44
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhof	129.131,00	1,74
Stadt Steinau an der Straße	105.203,00	1,42
Gemeinde Großenlüder	89.150,00	1,20
Gemeinde Bad Salzschlirf	60.411,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	60.411,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt. Die Betriebsführung nimmt die RhönEnergie Fulda GmbH wahr.

Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 i.V.m. 4 HGB.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss rd. 2.285.000,00 € Dividende 1.900.000,00 € Anteil VBK = 118.984,30 € abzgl. Steuern = 100.155,03 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine

<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis:</i>	keine
<i>Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	anteilige Netto-Dividende 100.155,03 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas und Wasser. Sie erfüllt diese Aufgabe im Rahmen des Gesellschaftsvertrages entsprechend des gegebenen Bedarfes.

Bilanz des Unternehmens:

Bilanz	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
		T€	T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen	(1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		166	203
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		778	791
2. Technische Anlagen und Maschinen		19.526	20.313
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		43	28
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0	44
		(20.347)	(21.176)
III. Finanzanlagen	(2)		
1. Beteiligungen		3.000	2.000
2. sonstige Ausleihungen		0	1.000
		(3.000)	(3.000)
		23.514	24.379
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		3.896	5.281
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		53	0
3. Forderungen gegen Gesellschafter		20	124
4. Sonstige Vermögensgegenstände		757	630
		(4.727)	(6.035)
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten & Schecks		7.330	2.175
		12.057	8.210
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0
		35.570	32.589

	Anhang	31.12.2014	31.12.2013
		T€	T€
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	(4)	7.420	7.420
II. Kapitalrücklage	(5)	2.348	2.348
III. Gewinnrücklagen		(3.342)	(3.137)
1. Satzungsmäßige Rücklagen	(6)	742	742
2. Andere Gewinnrücklagen	(7)	2.600	2.395
IV. Bilanzgewinn	(8)	2.834	2.355
		15.944	15.269
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse und sonstige Zuschüsse	(9)	4.950	5.215
C. Rückstellungen	(10)		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		62	64
2. Steuerrückstellungen		230	6
3. Sonstige Rückstellungen		808	1.160
		1.101	1.230
D. Verbindlichkeiten	(11)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		5.254	5.701
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		131	95
3. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen		15	96
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		3.000	1.960
5. Sonstige Verbindlichkeiten		5.146	2.995
		13.546	10.848
E. Rechnungsabgrenzungsposten		29	37
		35.570	32.589

Gewinn- und Verlustrechnung:

	Anhang	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
1. Umsatzerlöse	(12)	+28.971	+41.739
2. Sonstige betriebliche Erträge	(13)	+1.110	+1.010
		+30.080	+42.749
3. Materialaufwand	(14)		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-16.663	-31.940
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-4.011	-3.611
		(-20.674)	(-35.551)
4. Personalaufwand	(15)		
a) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-3	-6
5. Abschreibungen	(16)	-1.940	-1.993
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(17)	-4.124	-2.495
		+3.339	+2.704
7. Erträge aus Beteiligungen		0	+15
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(18)	+69	+32
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(19)	-206	-264
		(-137)	(-217)
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		+3.202	+2.487
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)	-918	-690
12. Jahresüberschuss		+2.285	+1.797
13. Gewinnvortrag		+755	+748
14. Zuführung Gewinnrücklagen		-205	-190
15. Bilanzgewinn		+2.834	+2.355

Auszug aus dem Lagebericht

Gegenstand der Geschäftstätigkeit, Unternehmens- und Gesellschafterstruktur

Die RhönEnergie Osthessen GmbH betreibt die Gas-, Wasser und Wärmeversorgung kommunaler, industrieller und privater Kunden im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises und des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Stadt Steinau an der Straße. Es sind die Geschäftsbereiche Gas-Netz, Gas-Handel, Wärme/Contracting sowie sonstige Aktivitäten eingerichtet.

Die Geschäftsanteile der RhönEnergie Osthessen GmbH verteilen sich zu 74,29 % auf die RhönEnergie Fulda GmbH. Die restlichen 25,71 % werden von zehn Minderheitsgesellschaftern gehalten.

Geschäftsverlauf im Jahr 2014

Wirtschaftliche Entwicklung und Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen 2014 bei 29,0 Mio. €. Der Rückgang von 30,6 % ist im Wesentlichen temperaturbedingt sowie durch den Verlust eines Großkunden verursacht. Der Materialaufwand liegt bei 20,7 Mio. € und somit 14,9 Mio. € unter dem Vorjahr.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich von 2,5 Mio. € auf 3,2 Mio. €.

Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 3,0 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €).

Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge, die für die RhönEnergie Osthessen GmbH von besonderer Bedeutung sind und zu einer veränderten Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse der RhönEnergie Osthessen GmbH Anlass geben, sind nach Ablauf des Geschäftsjahres 2014 nicht eingetreten.

Risikofrüherkennung

Die RhönEnergie Osthessen GmbH hat ein regelmäßiges Risikoberichtssystem und verschiedene Management- und Kontrollsysteme eingerichtet. Dabei werden gemäß Allgemeinem Risikomanagementhandbuch sowohl aktuelle als auch zukünftige Risiken betrachtet und dokumentiert. Die Risiken haben ein unterschiedliches Ausmaß und verschiedene Eintrittswahrscheinlichkeiten. Die Entwicklung der relevanten Risiken wird laufend beobachtet. Schwerpunkte sind die frühzeitige Erkennung, Bewertung, Vorbeugung, Minimierung und Beherrschung von Risiken. Nach den dokumentierten Ergebnissen der Risikobewertung sind neben den branchen- und marktüblichen Risiken keine schwerwiegenden und existenzbedrohenden Risiken erkennbar.

Zusätzlich dazu erfolgt die Steuerung und Überwachung der aus der Beschaffung und dem Verkauf von Energie entstehenden Risiken anhand des speziell dafür vorgesehenen Risikohandbuchs für Beschaffung und Vertrieb.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung auf der Bezugs- und Vertriebsseite.

Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Betriebs gemäß den DVGW-Arbeitsblättern.

Ausblick, Chancen und Risiken

Der Gasabsatz per Februar 2015 liegt im Wesentlichen auf Grund des Verlusts eines Großkunden unter dem Vorjahr. Im Vergleich zur Planung haben wir beim Gasabsatz einen Rückgang von 7,5 % zu verzeichnen.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb wird auch 2015 weiter zunehmen. Mit gutem Service, konsequenter Kundenorientierung und einer neuen bedarfsorientierten Produktwelt positionieren wir uns gegenüber den Wettbewerbern.

Der Wärmeabsatz liegt derzeit witterungsbedingt 11,9 % über dem Vorjahr. Für das Geschäftsjahr 2015 planen wir einen Absatzanstieg gegenüber dem Vorjahr von 12,6 %.

Vertriebsaktivitäten im Contracting erfolgen weiterhin mit dem Produkt "relaxWärme", dem "Rundum-Sorglos-Paket" für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden.

Bei unserem Beteiligungsunternehmen Biothan GmbH war 2014 die Anlage erstmals in ihrem Endausbauzustand mit voller Kapazität für ein komplettes Jahr im Betrieb. Es wurde eine erheblich höhere Menge von insgesamt 39.918 MWh (Vorjahr 27.061 MWh) in das Netz eingespeist. Die daraus resultierenden Umsatzerlöse stiegen deutlich von 1.629 T€ im Vorjahr auf 2.439 T€. Der Anlagenbetrieb gemäß den aktuellen gesetzlichen Anforderungen ist sichergestellt, die Praxis zeigt jedoch, dass der technische Zustand der Biothan-Anlage noch nicht ausreicht, um einen wirtschaftlichen Betrieb sicherzustellen. Die dadurch entstehenden Anlagenausfälle sowie die noch nicht optimale Auslastung aufgrund der Substratverfügbarkeit verursachten einen Jahresfehlbetrag im Jahr 2014. Es wurden geeignete Maßnahmen generiert, um das operative Ergebnis der Biothan GmbH nachhaltig zu verbessern.

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus
Tel.: 06192 / 294-0 – Fax: 06192 / 294-900
E-Mail: rmv@rmv.de
Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck

Die Gesellschaft dient dem Zweck der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr: Regionalisierter regionaler Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vorsitzender:

Stellv. Vorsitzender:

Mitglieder:

Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadt Frankfurt

Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis

Staatssekretär Steffen Saebisch, Land Hessen (bis 18.01.2014)
Staatssekretär Mathias Samson, Land Hessen (ab 02.04.2014)

Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher, Land Hessen (bis 30.09.2013)

Staatssekretärin Dr. Bernadett Weyland, Land Hessen (ab 02.04.2014)

Stadträtin Brigitte Lindscheid, Stadt Darmstadt (bis 28.03.2014)

Oberbürgermeister Jochen Partsch, Stadt Darmstadt (ab 28.03.2014 bis 30.06.2014)

Stadträtin Cornelia Zuschke, Stadt Darmstadt (ab 30.06.2014)

Bürgermeister Peter Schneider, Stadt Offenbach am Main

Stadträtin Sigrid Möricke, Stadt Wiesbaden

Oberbürgermeister Michael Korwisi, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe

Oberbürgermeister Gerhard Möller, Stadt Fulda

Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, Stadt Gießen

Stadtrat Andreas Kowol, Stadt Hanau

Oberbürgermeister Egon Vaupel, Stadt Marburg
Stadtrat Nils Kraft, Stadt Rüsselsheim
Oberbürgermeister Wolfram Dette, Stadt Wetzlar
Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann, Landkreis
Darmstadt-Dieburg
Landrat Bernd Woide, Landkreis Fulda
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
Kreisbeigeordneter Gerald Kummer, Kreis Groß-Gerau
(bis 18.01.2014)
Erster Kreisbeigeordneter Walter Astmeier, Kreis Groß-
Gerau
(ab 19.01.2014)
Landrat Wolfgang Schuster, Lahn-Dill-Kreis
Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg
Landrat Michael Cyriax, Main-Taunus-Kreis (bis
06.05.2014)
Kreisbeigeordneter Johannes Baron, Main-Taunus-Kreis
(ab 06.05.2014)
Kreisbeigeordneter Dr. Karsten McGovern, Landkreis
Marburg-Biedenkopf (bis 24.06.2014)
Erster Kreisbeigeordneter Marian Zachow, Landkreis
Marburg-Biedenkopf
(ab 24.06.2014)
Landrat Dietrich Kübler, Odenwaldkreis
Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Kreis Offenbach
Landrat Burkhard Albers, Rheingau-Taunus-Kreis
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis
Landrat Joachim Arnold, Wetteraukreis
Erster Kreisbeigeordneter Dr. André Kawai, Main-Kinzig-
Kreis
(bis 31.03.2014)
Kreisbeigeordneter Matthias Zach, Main-Kinzig-Kreis
(ab 01.04.2014)

Geschäftsführung: Prof. Knut Ringat, Sprecher der GF
Klaus-Peter Güttler (bis 31.03.2014)
Dr. André Kawai (ab 01.04.2014)

Stellvertreter oder Prokuristen: Susanne Bieling
Kai Daubertshäuser
Thomas Kern
Thomas Busch
Jörg Puzicha

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH

Gründungsjahr: 1994

Stammkapital: 690.244,03 EUR

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Hinweis: Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses erfolgt vorbehaltlich der Bestätigung durch den Abschlussprüfer und der Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung.

Bilanz des Unternehmens

Vermögens- und Finanzlage im Vergleich zum Vorjahr

		31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
Aktiva (Zusammenfassung)			
+	Sachanlagen und immat. VG	6.277	7.060
+	Finanzanlagen	1.609	1.309
Anlagevermögen		7.886	8.369
+	Vorräte	89	89
+	Forderungen u. Sonstige Vermögensgegenstände	25.739	22.839
+	Wertpapiere	709	709
+	Liquide Mittel	387	365
Umlaufvermögen		26.924	24.002
Rechnungsabgrenzungsposten		357	127
Bilanzsumme		35.167	32.498
Passiva (Zusammenfassung)			
+	Gezeichnetes Kapital	690	690
+	Rücklagen	1.481	1.481
Eigenkapital		2.171	2.171
+	Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	7.886	8.369
+	Sonderposten für Zuschüsse zum Umlaufvermögen	0	0
Sonderposten für Zuschüsse		7.886	8.369
+	Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	9.277	8.273
+	Sonstige Rückstellungen	6.706	6.295
Rückstellungen		15.983	14.568
+	Erhaltene Anzahlungen	0	0
+	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.093	4.190
+	Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	1.692	2.418
+	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.140	331
+	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	324	132
+	nicht ausgenutzter Finanzierungszuschuss	0	0
+	Sonstige Verbindlichkeiten	803	313
Verbindlichkeiten		9.052	7.384
Rechnungsabgrenzungsposten		75	6
Bilanzsumme		35.167	32.498

Gewinn- und Verlustrechnung zum Vorjahr

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
GuV (Zusammenfassung)		
Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	3.647	2.746
Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	34.659	28.621
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	38.306	31.367
Erträge aus Projektzuwendungen	1.960	2.589
Sonstige betriebliche Erträge	1.012	1.549
Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlage- vermögen	-3.138	-2.988
- Materialaufwand (Aufwendungen f. bez. Leistungen)	-21.777	-17.515
- Personalaufwand	-11.059	-10.326
- Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. VG	-3.621	-3.462
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zu- schüsse zum ANLV	3.621	3.462
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.339	-5.424
Erträge aus Gewinnabführung	1.602	1.411
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	96	157
- Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des UMLV	-5	-8
- Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-479	-434
Betriebsergebnis	1.179	379
- Außerordentl. Aufwendungen / sonstige Steuern	-1.179	-379
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0

Auszüge aus dem Lagebericht

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die mittelfristige Finanzierung im RMV wurde bisher durch die geschlossene Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen gesichert, die im Jahr 2014 ausgelaufen ist. Da die Revision der Regionalisierungsmittel ab dem Jahr 2015 weiterhin nicht umgesetzt worden ist, wurde die Finanzierungsvereinbarung des RMV im Rahmen einer Änderungsvereinbarung mit dem Land Hessen um zwei Jahre ohne Dynamisierung verlängert.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte das Abschlussgespräch, zu der am 14.09.2012 ergangenen Anordnung zur Umsatzsteuersonderprüfung für die Jahre 2011 bis 2013. Der jährlich wechselnde steuerbare Anteil der Gesellschafterfinanzierung wurde hierbei einer erneuten Prüfung unterzogen. Im Abschlussgespräch wurde eine stufenweise Anpassung der umsatzsteuerlichen Anteile ab 2011 festgestellt. Ab dem Geschäftsjahr 2015 ff. beträgt der steuerpflichtige Anteil der Gesellschafterfinanzierung 40 %

Im Geschäftsjahr konnte der Nahverkehrsplan zum Abschluss gebracht und bei einer Veranstaltung in Wiesbaden den Vertretern der Medien präsentiert werden.

Im Marketing wurde die Modernisierung der Dachmarke RMV und die schrittweise Umsetzung des Corporate Design (CD) für die Kundenkommunikationsmedien weiter entwickelt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein RMV-Einnahmensicherungsprojekt gestartet. Hierfür wurde ein RMV-Prüf- und ServiceTeam im Hause der rms (Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft) angesiedelt.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

Sonstige Angaben

Die Bezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf TEUR 597 (i. Vj. TEUR 499).

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von EUR 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2014 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 3,6 an.

Durchschnittliche Mitarbeiterzahl

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2014 durchschnittlich 132 (i. Vj. 125) Arbeitnehmer, davon 26 Teilzeitkräfte (i. Vj. 21) und stichtagsbezogenen 6 Aushilfen (i. Vj. 2).

Regionalmanagement Mittelhessen GmbH

Georg-Schlosser-Str. 1, 35390 Gießen
Tel.: 0641/948889-0 – Fax: 0641/948889-20
E-Mail: info@mittelhessen.org
Internet: www.mittelhessen.eu



Unternehmenszweck

Die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement).

Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 2013

Anteil: 5,4 %

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Egon Vaupel - Vorsitzender	Matthias Körner
Klaus Repp - stellv. Vorsitzender	Prof. Dr. Katharina Krause
Tarek Al-Wazir	Dr. Matthias Leder
Eberhard Bierschenk	Manfred Michel
Harald Brandes	Prof. Dr. Joybrato Mukherjee
Wolfram Dette	Norbert Oestreicher
Oskar Edelmann	Martin Richard
Karin Fründt	Anita Schneider
Manfred Görig	Heinz Schreiber
Prof. Dr. Günther Grabatin	Rainer Schwarz
Dietlind Grabe-Bolz	Andreas Tielmann
Heinrich Gringel	Rolf Witezek
Uwe Hainbach	Dr. Lars Witteck
Ulrich Heep	

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

Geschäftsführung: Jens Ihle, Kaufmann

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird unter Verweis auf die Vorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 2012
Satzung: : 27.12.2012
Handelsregister: Amtsgericht Gießen, HRB 7895
Stammkapital: 25.000 €
Beteiligungen: keine
Gesellschafter:

Gesellschafter	%	Gesellschafter	%
Lahn-Dill-Kreis	5,40	HWK Kassel	3,51
Landkreis Gießen	5,40	IHK Gießen-Friedberg	9,60
Landkreis Limburg-Weilburg	5,40	IHK Kassel Marburg	8,11
Landkreis Marburg-Biedenkopf	5,40	IHK Lahn-Dill	9,60
Vogelsbergkreis	5,40	IHK Limburg	3,78
Stadt Limburg a.d. Lahn	2,70	Justus-Liebig-Universität Gießen	1,35
Stadt Wetzlar	5,40	Philipps-Universität Marburg	1,35
Universitätsstadt Gießen	5,40	THM Technische Hochschule Mittelhessen	1,35
Universitätsstadt Marburg	5,40	Mittelhessen e.V.	4,06
HWK Wiesbaden	11,35		

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Arbeitnehmer: 4 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Anteilige Stammeinlage: 1.351,00 €
Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 60.321,08 €
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft hat der Vogelsbergkreis einen Jahresbeitrag gem. § 5 Abs. 2 der Satzung von 20.000,00 € zu leisten.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Aufgaben werden gemäß Gesellschaftsvertrag erledigt.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVSEITE

	EUR	31.12.2014 EUR	1.1.2013 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. gewerbliche Schutzrechte		64,00	123,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1.670,00	490,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Ver- mögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	235,05		0,00
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>35.097,32</u>		<u>82.560,77</u>
		35.332,37	82.560,77
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kre- ditinstituten		191.277,36	78.512,10
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.928,92	60,62
		<hr/>	<hr/>
		<u>231.272,65</u>	<u>161.746,49</u>

PASSIVSEITE

	EUR	31.12.2014 EUR	1.1.2013 EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag		28.294,35	0,00
III. Jahresüberschuss		60.321,08	28.294,35
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	66.558,77		59.075,63
2. sonstige Rückstellungen	<u>14.940,00</u>		<u>19.240,00</u>
		81.498,77	78.315,63
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34,90		0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lie- ferungen und Leistungen	22.162,93		22.376,27
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>12.160,61</u>		<u>7.420,20</u>
		34.358,44	29.796,47
- davon aus Steuern EUR 9.300,96 (EUR 6.361,53)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 710,78 (EUR 618,67)			
D. Rechnungsabgrenzungsposten		1.800,01	340,04
		<u>231.272,65</u>	<u>161.746,49</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	254.940,44	203.985,02
2. sonstige betriebliche Erträge	764.388,91	720.956,95
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	246.830,60	224.746,29
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>52.383,91</u>	<u>40.889,90</u>
	299.214,51	265.636,19
- davon für Altersversorgung EUR 4.272,00 (EUR 0,00)		
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.386,93	195,50
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	588.626,50	571.382,35
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>56,38</u>	<u>66,05</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	130.157,79	87.793,98
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	66.558,77	0,00
9. sonstige Steuern	<u>3.277,94</u>	<u>59.499,63</u>
10. Jahresüberschuss	<u><u>60.321,08</u></u>	<u><u>28.294,35</u></u>

Auszug aus dem Lagebericht

1. Vorbemerkungen

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter dem Aktenzeichen HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des Paragraphen 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach Paragraph 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im dritten Buch des HGB aufzustellen.

2. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Mit Gesellschaftsvertrag vom 27. Dezember 2012 wurde die Gesellschaft gegründet und am 9. Januar 2013 in das Handelsregister eingetragen.

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit Unternehmenssitz in Gießen ist eine Neugründung von Institutionen aus den Bereichen Kommunen, Wirtschaft, Hochschulen sowie dem Verein Mittelhessen. Sie ist als Ausgründung aus dem Verein Mittelhessen entstanden. Der verantwortliche, ehrenamtliche Gründungsgeschäftsführer der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH war Dr. Matthias Leder. Ihm folgte Dr. Heinz Spremberg für die Zeit vom 1. Juni bis 30. September 2013. Seit dem 13. November 2013 ist Jens Ihle Geschäftsführer der Gesellschaft.

Die Zusammensetzung der GmbH-Gesellschafter mit der jeweiligen Beteiligung zeigt die folgenden Tabelle:

GA-Nr.	Institution	GA in Euro	GA in %
1	Lahn-Dill-Kreis	1.351,00	5,4
2	Landkreis Gießen	1.351,00	5,4
3	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351,00	5,4
4	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351,00	5,4
5	Vogelsbergkreis	1.351,00	5,4
6	Stadt Limburg a. d. Lahn	676,00	2,7
7	Stadt Wetzlar	1.351,00	5,4
8	Universitätsstadt Gießen	1.351,00	5,4
9	Universitätsstadt Marburg	1.351,00	5,4
10	HWK Wiesbaden	2.838,00	11,3
11	HWK Kassel	878,00	3,5
12	IHK Gießen-Friedberg	2.399,00	9,6
13	IHK Kassel-Marburg	2.027,00	8,1
14	IHK Lahn-Dill	2.399,00	9,6
15	IHK Limburg	946,00	3,8
16	Justus-Liebig-Universität Gießen	338,00	1,4
17	Philipps-Universität Marburg	338,00	1,4
18	IHM Technische Hochschule Mittelhessen	338,00	1,4
19	Mittelhessen e.V.	1.015,00	4,0

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessen.

Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, die die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bestehen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

3. Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird ein Jahresüberschuss in Höhe von T€ 60,3 ausgewiesen.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2014 auf T€ 231,3 und erhöhte sich somit gegenüber dem Vorjahr um T€ 69,6.

Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung hat sich für das Jahr 2014 positiv entwickelt. Zusätzliche Einnahmen durch neue Projekte und Veranstaltungen haben den Jahresgewinn erhöht.

Kapitalstruktur

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2014 T€ 113,6. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 49,1 %.

Investitionen

Im Kalenderjahr 2014 wurden keine größeren Investitionen durch die Gesellschaft getätigt.

Liquidität

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist sehr gut. Zum 31. Dezember 2014 weist die Bilanz Bankguthaben in Höhe von 1€ 191,3 auf. Demgegenüber stehen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 34,4 sowie Forderungen in Höhe von 1€ 35,3. Die Zahlungsfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses beträgt T€ 231,3..

Die Vermögens- und Finanzlage der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist geordnet. Alle Bilanzzahlen zeigen ein Plus. Die Substanz der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist solide und wachstumsorientiert.

Nachtragsbericht

Wesentliche Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2014 erfolgte entsprechend der angepassten Planung.

Für 2015 wird entsprechend der Budgetplanung mit einem Jahresüberschuss von mindestens T€ 3,7 EUR gerechnet.

Die RMG wird auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

4. Risiko-/Chancenbericht

Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die ausgeschriebenen Förderprojekte und Fördermöglichkeiten müssen inhaltlich passen, und der Fördergeber ist zu überzeugen, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH eine geeignete Institution für die Projekte ist. Somit steht die GmbH im Wettbewerb um Fördergelder - teils auch mit den eigenen Gesellschaftern und deren Tochterunternehmen. Die Drittmittelakquise ist aber auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig.

Chancenbericht

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projekte über die RMG umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als Projektplattform dienen. Beispielhaft ist hier die Konzeption und Durchführung des mittelhessischen Gemeinschaftstandes auf der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München zu nennen.

Außerdem befinden sich Projekte im Bereich Fachkräftemarketing in der Umsetzung, weitere sind in Planung. Beides soll zu Umsatzerlösen führen. Dabei handelt es sich um die Projekte Mittelhessen Connect (bereits in Umsetzung) und eine regionale Karriereveranstaltung für Absolventen.

Eine wichtige Plattform für künftige Kooperationsprojekte und deren Umsetzungen stellt die neue Website der RMG dar.

Eine Steuerungsgruppe aus den fünf Landkreisen erarbeitet ein Konzept, wie die Entwicklung digitaler Dienste zu katalysieren sei. Diese Ideen sind eng in Einklang mit der oben genannten Entwicklung und Bedeutung der Website www.mittelhessen.eu zu bringen. Hier entstehen potentielle Kooperationsplattformen und neue Einnahmequellen.

5. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet, vierteljährlich zu den Stichtagen am 20.01., 20.04., 20.07. und 20.10. einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben. Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch die beauftragte Buchführungs- und Steuerberatungskanzlei.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsätzegesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

2. Entsorgung

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV)

Am Graben 96, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 – Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises gemäß den Vorschriften des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA - § 4 Absatz 3 bis 5).

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

Anteile in %: 37,50 % (Kreistag entsendet 15 von 40 Mitgliedern)

§ 121 HGO Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig. Gemäß § 121 Abs. 2 Ziff. 2 HGO gelten Tätigkeiten auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Dieter Boss	Prof. Bèla Dören
Angelika Förster	Helmut Freudenreich
Manfred Görig	Gerhard Herchenröder
Friedel Kopp – Verbandsvorsteher	Hans-Günther Linker
Dr. Erik Siefert	

Mitglieder:

Vogelsbergkreis und alle 19 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises

Verbandsversammlung:

Jürgen Ackermann (bis Januar 2014)	Willy Kreuzer
Johannes Averdung (bis Januar 2014)	Klaus Krug (ab Februar 2014)
Harald Bartel	Gerhard Kuntz
Cornelia Bothe	Ulrich Künz
Lothar Bott	Ulrich Madeisky
Manfred Dickel	Rosemarie Müller
Kerstin Dietrich	Harald Nahrgang
Mario Döweling	Volker Orth
Bernadette Eisenbart-Ahuraian	Karl Pitzer
Werner Funk	Michael Refflinghaus
Jörg Gaudl	Mike Riedner
Heinz Geißel	Michael Riese
Irma Greb	Anita Schlorke
Joachim Hannig	Dietmar Schlosser
Horst Hennenberg	Iris Schmidt
Dr. Hans Heuser	Joachim Schönfeld
Ulrich Höhn	Peter Schwan
Kurt Karpf	Sebastian Stang (ab Februar 2014)
Artur Koch	Kurt Stiehler
Erwin Koch	Helmut Weppler
Winfried Konle (ab Februar 2014)	Felix Wohlfahrt

An die Organe wurde in 2014 Aufwendersersatz in Höhe von TEUR 96 gezahlt.

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 01.08.1987

Satzung: 13.03.1987, zuletzt geändert am 23.05.2013

Handelsregister: kein Eintrag

Stammkapital: kein Stammkapital

Beteiligungen: Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV) - 100 %

AbfallEntsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV) - 95,55 %

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

27(durchschnittlich), davon 7 Arbeiter und 20 Angestellte.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresgewinn 491.121,61 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	keine

Hinweis: Die Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes erfolgt vorbehaltlich der Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 durch den Vorstand des Zweckverbandes.

Bilanz des Unternehmens:

AKTIVA

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>172.571,27</u>	<u>202.157,60</u>
	172.571,27	202.157,60
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.299.288,78	1.316.513,92
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	817,12
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	293.228,98	402.743,51
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>0,00</u>	<u>20.585,00</u>
	1.592.517,76	1.740.659,55
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	124.372,00	124.372,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<u>459.916,10</u>	<u>496.300,33</u>
	<u>584.288,10</u>	<u>620.672,33</u>
2.349.377,132.563.489,48
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	442.459,10	505.078,56
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	177.574,50	218.193,62
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>56.831,45</u>	<u>42.471,29</u>
	676.865,05	765.743,47
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>13.047.728,78</u>	<u>11.480.805,57</u>
13.724.593,8312.246.549,04
	<u>16.073.970,96</u>	<u>14.810.038,52</u>

		P A S S I V A	
		31.12.2014	31.12.2013
		EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Rücklagen		1.372.525,79	1.372.525,79
II. Gewinn/Verlust			
1. Gewinn-/Verlustvortrag		1.366.240,79	688.284,65
2. Jahresgewinn/-verlust		<u>491.121,61</u>	<u>677.956,14</u>
		<u>1.857.362,40</u>	<u>1.366.240,79</u>
	3.229.888,192.738.766,58
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		536.668,00	487.028,95
2. Steuerrückstellungen		21.263,00	49.437,47
3. Sonstige Rückstellungen		<u>10.933.408,00</u>	<u>10.079.564,98</u>
	11.491.339,0010.616.031,40
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		437.490,54	556.500,70
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 437.490,54 (Vorjahr EUR 556.500,70)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		0,00	2.383,91
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 0,00 (Vorjahr EUR 2.383,91)			
3. Sonstige Verbindlichkeiten		915.253,23	896.355,93
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
EUR 865.253,23 (Vorjahr EUR 816.355,93)			
		<u>1.352.743,77</u>	<u>1.455.240,54</u>
	
		<u>16.073.970,96</u>	<u>14.810.038,52</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	8.840.857,27	8.853.945,40
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.768,89</u>	<u>11.951,32</u>
	8.842.626,16	8.865.896,72
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-5.206.685,47</u>	<u>-5.382.634,29</u>
	-5.206.685,47	-5.382.634,29
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.125.537,42	-1.108.545,18
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 104.182,04 (Vorjahr EUR 84.459,20)	<u>-304.702,97</u>	<u>-283.971,30</u>
	-1.430.240,39	-1.392.516,48
5. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-293.143,92</u>	<u>-298.010,15</u>
	-293.143,92	-298.010,15
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-653.404,86</u>	<u>-647.421,64</u>
	1.259.151,52	1.145.314,16
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	241.944,59	248.449,16
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-965.210,00</u>	<u>-687.973,44</u>
	-723.265,41	-439.524,28
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	535.886,11	705.789,88
10. Außerordentliche Erträge	<u>160,00</u>	<u>0,00</u>
11. Außerordentliches Ergebnis	160,00	0,00
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-44.843,23	-27.752,47
13. Sonstige Steuern	<u>-81,27</u>	<u>-81,27</u>
14. Jahresgewinn/-verlust	<u>491.121,61</u>	<u>677.956,14</u>

Auszug aus dem Lagebericht:

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Der ZAV ist ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig. Ihm sind als zuständigem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger alle Aufgaben als Einsammelpflichtiger und Entsorgungspflichtiger gemäß § 1 Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) übertragen. Ihm obliegen die Sammlung, der Transport, die Verwertung und/oder die Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten oder überlassenen Abfälle. Er erlässt die hierzu notwendigen Satzungen, worin u.a. der Anschluss der Grundstücke an die Sammelsysteme, die Zuweisung zu den Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung und deren Benutzung geregelt sind. Er regelt ferner durch Satzung, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Weise, an welchem Ort und zu welcher Zeit ihm die Abfälle zu überlassen sind.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben besitzt er u. a. die Deponie Bastwald als Anlage zur Beseitigung deponiefähiger Abfälle, die von der AEGV mbH betrieben wird. Für die anderen angedienten Abfallfraktionen nutzt er vertraglich gebundene und hierfür geeignete Abfallbehandlungs-, Sortier- und Aufbereitungsanlagen oder im Falle der Grünabfallsammlung eigene Sammelstellen und Kompostierungsanlagen. Für die Durchführung der Sammlungen der Abfälle und teilweise der Verwertung und/oder Entsorgung sind Dritte beauftragt. Der ZAV führt derzeit keine Sammlungs- und Verwertungs- oder Entsorgungsaufgaben selbst durch.

Für Abfälle, die dem ZAV zuzuordnen sind, arbeitet die AEGV als Dienstleister, der diese Abfälle nach Aufbereitung, Sortierung und Sichtung in den Anlagen der AEGV zum Transport in externe Anlagen umlädt oder aber in wenigen Fällen auch noch deponiert. Für alle direkt angedienten Abfälle nicht privater Herkunft ist die AEGV unmittelbar als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger in eigener Verantwortlichkeit zuständig.

Der ZAV betreibt keine Akquisition von Abfällen oder erhält Aufträge von privaten Kunden. Die Auftragsvolumina werden hauptsächlich von den nach den Rechtsvorgaben und den Regelungen der Satzung bestimmten anschlusspflichtigen Grundstücken und z. T. von den Anlieferungen an das Entsorgungszentrum Vogelsberg oder anderen Sammelstellen bestimmt, die im Rahmen von kommunalen Sammlungen erfolgen. Die Einnahmeentwicklung wird weit überwiegend von den satzungsgemäß erhobenen Gebühren, sowie vertraglichen und/oder rechtlich gebotenen Vergütungen, wie z. B. den Dualen Systemen oder Vermarktung von Wertstoffen aus der kommunalen Sammlung bestimmt. Die Gebühren sind aufgrund der Satzung fest vorgegeben. Die Rahmenbedingungen der Tätigkeit werden von den einschlägigen Rechtsvorschriften und den Regelungen der Satzungen des ZAV vorgegeben.

Der ZAV führt seit dem 01.01.2008 seine Bücher nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung. Das Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die kommunale Abfallentsorgung insgesamt befindet sich nur in geringer Abhängigkeit von der Gesamtkonjunktur. Eine Ausnahme bildet in gewissem Umfang der Bereich der Gewerbeabfallentsorgung. Weitaus größeren Einfluss auf die Entwicklung haben dagegen umweltpolitische Entscheidungen und Vorschriften sowie System- oder Satzungsänderungen. Somit sind die Einnahmeseite und die Einnahmeerwartungen relativ fix.

Auf der anderen Seite stehen auch für kommunale Einrichtungen die Kostenentwicklungen auf dem Entsorgungsmarkt im Blickpunkt, an dem der ZAV als öffentlicher Nachfrager für Entsorgungsdienstleistungen ebenfalls, wenngleich eingeschränkt und im Normalfall nur im Rahmen von Ausschreibungen, teilnimmt. Hauptsächliche Einflussfaktoren waren in den letzten Jahren, bedingt durch die stabile Konjunktur, die Preise für die Entsorgung und Vorbehandlung, die Nachfrage nach Sekundärrohstoffen und dadurch die Rohstoffpreise sowie die Behandlungs- und Verwertungskapazitäten für Abfall.

Ende 2009 wurden in fast allen Bereichen neue Verträge mit deutlich kostengünstigeren Konditionen abgeschlossen, was ab 2013 zu geringeren Gebühren führte. Ab 2017 sind neue Verträge notwendig, so dass sich hier Preissteigerungen ergeben können, ebenso wird durch die bis dato ungeklärte Frage der Einführung einer separaten Bioabfallersorgung, die gesetzlich ab 01.01.2015 vorgeschrieben, aber noch nicht vom ZAV umgesetzt worden ist, ein Kostenrisiko entstehen.

Darüber hinaus werden die grundsätzlichen Beschlüsse über die Abfallkonzeption, die Gestaltung der Entsorgung und die prinzipielle Ausrichtung durch die politischen Gremien bestimmt, so dass nicht ausschließlich betriebswirtschaftliche oder ökonomische Faktoren zum Tragen kommen. Die operative Geschäftsführung kann hierbei nur die getroffenen Beschlüsse umsetzen, unabhängig von Kosten und/oder Nutzenbetrachtungen.

Das oben Gesagte führte dazu, dass der ZAV, nachdem die Umstellungsschwierigkeiten abgeschlossen sind, seit 2011 eine positive Entwicklung genommen hat. Daher kann das Jahr 2014 als viertes Jahr angesehen werden, in dem die Umstellung der Systeme erneut positiv gewirkt hat.

III. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

III a. Umsatz und Auftragsentwicklung

Da der ZAV ausschließlich im Bereich des Vogelsbergkreises tätig ist und zudem nur die Sammlung, Verwertung und Beseitigung der dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angedienten Abfälle betreibt, ist der Umsatz stets durch die Gebühreneinnahmen und die Mengenentwicklung an Haus-, Sperr-, Bio- und Sondermüll sowie Altpapier im Kreis vorgegeben. Es ergaben sich in 2014 gegenüber dem Vorjahr keine großen Mengenveränderungen bei Hausmüll und Sperrmüll. Das Jahr 2014 lag in dem prognostizierten und im Wirtschaftsplan 2014 abgebildeten Rahmen. Mengen von außerhalb des Kreises wurden nicht angedient.

III b. Entwicklung des Tätigkeitsfeldes

Der ZAV wurde im Herbst 1987 gegründet. Seitdem wurde das kommunale Haushaltsrecht angewandt. Aufgrund der geforderten Umstellung im Rechnungswesen wurde der ZAV gemäß dem Beschluss der Verbandsversammlung ab 2008 auf kaufmännische Buchführung, die für Zweckverbände zulässig ist, umgestellt. Das Jahr 2014 war das siebte Geschäftsjahr mit kaufmännischer Buchführung.

Der ZAV hat sukzessive alle Aufgaben vom Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, zuletzt ab 01.01.2008 von der Gemeinde Wartenberg, übernommen und regelt alle Aufgaben, die nach § 1 Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (HAKrWG) dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zukommen. Seit 1998 bedient er sich für einige Teilbereiche einer Tochtergesellschaft, der AEGV, und seit 2007 für den Bereich der regenerativen Energieerzeugung einer weiteren Tochtergesellschaft, der NEV. Hinzu kommen die Nachsorge für die Altdeponie in Mücke Nieder-Ohmen und teilweise die Stilllegung und Nachsorge der Deponie Bastwald nach Betriebsende.

Ab 2015 wird der ZAV das Gefäßmanagement sukzessive selbst übernehmen oder an die AEGV übertragen. Die operativen Aufgaben werden daher auch zukünftig (zumindest bis 2016) weitgehend durch beauftragte Dritte erledigt. Eine erneute Prüfung der Kommunalisierung könnte bei erfolgreichem Ausgang erst ab 2017 umgesetzt werden.

In 2014 wurden erste Vorarbeiten für die Anpassung an das KrWG im Bereich der separaten Erfassung von Bioabfällen und Wertstoffen durchgeführt. Die konkrete Ausgestaltung und der Umfang von Maßnahmen liegen derzeit aber immer noch nicht fest.

Die Verwaltung und das Gebührenwesen erfolgten unmittelbar durch den ZAV, wobei die Gebührenerhebung und -bescheidung seit 2010 zentral durch die Verwaltung des ZAV erfolgt. Seit dem 01.01.2013 trat eine deutliche Gebührensenkung in Kraft.

III c. Investitionen

In 2014 erfolgten keine größeren Investitionen durch den ZAV. Durch Beschaffung von Hard- und Software und Anpassung an neue Vorgaben wurden in diesem Bereich einige kleinere Investitionen getätigt. Eine weitere Investition erfolgte 2012 durch den Kauf der Kompostierungsanlage in Alsfeld-Billertshausen, die in 2014 weiter erfolgt (Raten). Es wurden Investitionen in Softwarelösungen für die notwendigen Änderungen erforderlich.

III d. Personal- und Sozialbereich

Es ergaben sich keine Änderungen in diesem Bereich, da das benötigte Personal des Zweckverbands Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis aufgrund der in 2010 anfallenden ungeplanten Mehrarbeiten bereits vorher aufgestockt werden musste. Allerdings wurden auch in 2014 einige Mitarbeiter befristet beschäftigt, um die Arbeitsspitzen abzufangen. Eine extern erarbeitete Organisationsanalyse hat die Notwendigkeit des derzeitigen Personalbestands (inkl. der befristeten Mitarbeiter) bestätigt.

B. Darstellung der Lage der Gesellschaft

I. Vermögens- und Finanzlage

Der Zweckverband weist derzeit eine Eigenkapitalquote von 20,1 % auf. Finanzierungsprobleme aufgrund der Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

Die Finanzlage ist geordnet, die Liquiditätssituation ist positiv, der ZAV ist langfristig finanziert. Die Barliquidität erhöhte sich um 1,72 Mio. EUR auf 11,546 Mio. EUR. Der Verband weist auf allen Liquiditätsstufen positive Werte auf.

II. Ertragslage

In 2014 wurde ein Überschuss von 491 TEUR erreicht, was hauptsächlich auf die seit 2010 erzielten Kostenverringerungen und den verringerten Aufwendungen für die Sammlung zurückzuführen war.

Wie zu erwarten, zeigt sich, dass neben den Umsatzerlösen (meist Gebühreneinnahmen) der Materialaufwand (Sammlung, Entsorgung und Deponierückstellungen) den Haupteinfluss auf das Jahresergebnis haben.

C. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

I. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung der Abfallentsorgung im Vogelsbergkreis ist, mit Ausnahme des Bereiches der gewerblichen Abfälle, von relativer Konstanz geprägt, denn bereits seit 2011 zeigt sich, dass sich das System in den prognostizierten Korridoren bewegt und in den Folgejahren keine großen Änderungen hierbei mehr zu erwarten sein werden, was sich für 2013 und 2014 auch bestätigte, sofern keine System- oder Satzungsänderungen zum Tragen kommen bzw. rechtliche Änderungen Kosten verursachen. Mit Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes ab 01.01.2015 sind allerdings neue Kostenfaktoren wie eine Wertstofftonne und die Einführung einer getrennten Bioabfallsammlung ab 2015/16 am Horizont zu erwarten.

Ab 2010 hat sich durch den vorgenommenen Umbruch in der Abfallkonzeption des ZAV eine deutliche Veränderung und Verbesserung ergeben. Die Sammlungskosten sind in 2010 erheblich gesunken, die Entsorgungskosten seit 2011 ebenfalls.

II. Ergebnisprognose

Die Umsatz- und Erlösentwicklung ist, wie bereits ausgeführt, fast nicht von konjunkturellen Schwankungen abhängig, sondern durch die aktuellen Satzungen und kommunalen Verträge bestimmt. Für das Jahr 2015 geht der ZAV nur noch von einem leicht positiven Ergebnis aus, da durch die Gebührensenkungen die Einnahmen sich deutlich verringert haben.

D. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Das Hauptrisiko des ZAV besteht in evtl. schwankenden Abfallmengen und extern initiierten Änderungen. Als kommunaler öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger unterliegt der ZAV keinen konjunkturellen Schwankungen oder Konkurrenzsituationen.

Veränderungen erfolgen daher auch nicht plötzlich, da alle Rahmenbedingungen langfristig fest gelegt sind und i. d. R. auf Rechtsbeziehungen (Anschlusspflicht etc.) basieren.

Andererseits bietet sich auch nur bei Neuausschreibungen oder Auslaufen von Altverträgen die Chance, grundlegende Dinge zu ändern und ggf. deutliche Verbesserungen zu erreichen, da der ZAV nicht wie ein privates Unternehmen agieren kann.

Gegenwärtig sieht insbesondere die rechtliche Situation so aus, dass eine Änderung der Geschäftsgrundlagen durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz erfolgt ist. Diese Auswirkungen sind noch nicht endgültig absehbar, werden aber erst ab 2016 erfolgen, da die Verbandsversammlung bis Mitte 2015 noch keine separate Bioabfallerfassung und Systemscheidung hierzu beschlossen hat. Je nach den vom ZAV ergriffenen Maßnahmen (Biotonne ja oder nein) können sich hieraus aber ab 2016 finanzielle Risiken ergeben. Es besteht jedoch auch das konkrete Risiko, dass durch Rechtsverordnungen aufgrund des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes weitere Aufgabenveränderungen entstehen können (Wertstoffgesetz z. B.).

Aufgrund der erfolgten Ausschreibung mit einem Identssystem und Leerungsregistrierung sowie einem personenbezogenen Tarif, ist gesichert, dass dieser Bereich zu deutlich besseren Konditionen weiter geführt werden kann. Die abgeschlossenen Verträge beinhalten wesentlich geringere Kosten und sind erheblich besser. Mittlerweile wird die Vertragsabwicklung in diesem Bereich wieder direkt durch den ZAV übernommen. Seit 2011 ergeben sich im Entsorgungs- und Verwertungsbereich ebenfalls erhebliche Kostensenkungen und deutlich erhöhte Einnahmen bei der Wertstoffvermarktung. Dies gilt auch noch für 2015.

Zugleich ist aber dadurch eine Abdeckung des Risikos und der Finanzierungssicherung gegeben, da die Kosten aus dem Gebührenaufkommen finanziert werden. Aus derzeitiger Sicht sind daher keine grundsätzlich bestandsgefährdenden bzw. die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigenden Risiken erkennbar. Dadurch bedingte Änderungen oder die hierauf basierenden Vorgaben seitens der Verbandsgremien haben dabei erhebliche Auswirkungen auf das System und somit auf die finanzielle Lage des ZAV (Biotonne z. B.).

Es bleibt zu berücksichtigen, dass der ZAV trotz kaufmännischer Buchführung weiterhin eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes ist, hoheitlich tätig bleibt, die Tätigkeiten durch Rechtsvorgaben bestimmt sind und die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zum Ziel haben. Die Steuerung erfolgt normalerweise unternehmerisch, aber nicht gewinnorientiert, sondern nach den Regelungen des KAG etc. und unterliegt den Beschlüssen der Verbandsversammlung.

3. Breitbandversorgung

Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH (BIGO)

Hanauer Str. 9 - 13, 06031 Friedberg
Tel.: 06031 / 82 1394 – Fax: 06031 / 82 641394
E-Mail: jardella@bigo.net
Internet: www.bigo.net

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Zusammenführung der beim Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) und bei der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH (BBV) sowie der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetteraukreis GmbH (BBW) liegenden kommunalen Aufgaben.

Gegenstand des Unternehmens ist weiter die Sicherstellung der flächendeckenden Errichtung, Wartung und Vermietung von Glasfasernetzen für die Versorgung der Bevölkerung (Privathaushalte und Unternehmen) im Vogelsbergkreis und Wetteraukreis mit leistungsfähigen Telekommunikations- und Rundfunkdienstleistungen sowie sonstigen verwandten haushaltsnahen Dienstleistungen, ggfs. über dritte Unternehmen im Regelfall auf der Basis eines FTTC-Ansatzes (FTTC – Fiber to the Curb).

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die diesem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten:

Rechtsform:	GmbH
Gesellschaftsvertrag:	16.12.2013
Eintragungsdatum:	25.02.2014
Handelsregister:	Amtsgericht Friedberg, HRB 7823
Stammkapital (in 2014):	600.000 €
Gesellschafterstruktur:	ZOV 51 % BBV 19 % BBW 30 %
Beteiligungsgrad des Vogelsbergkreises (2014):	mittelbar durch BBV Anteil VBK an BBV 34,67 % Anteil VBK an BIGO 6,59 %

Gewinn- und Verlustrechnung:

	€	€	Vorjahr €
1. sonstige betriebliche Erträge		160.000,00	0,00
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-4.437,00		0,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.311,01		0,00
		-5.748,01	0,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen		-153.993,75	-4.280,50
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.150,71	0,00
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>1.408,95</u>	<u>-4.280,50</u>
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		<u>1.408,95</u>	<u>-4.280,50</u>

Auszug aus dem Lagebericht:

I. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Ende 2013 für die Sicherstellung der flächendeckenden Breitbandversorgung in dem Gebiet des Wetterau- und des Vogelsbergkreises gegründete Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH (kurz: bigo) hat im Jahr 2014 den operativen Geschäftsbetrieb noch nicht aufgenommen. Sie bereitet den Aufbau des flächendeckenden Breitbandnetzes auf Next-Generation-Access (NGA) Standard vor, den Netzbetrieb wird ein Telekommunikationsnetzbetreiber als Kooperationspartner und Netzmieter gewährleisten, welcher auch breitbandige Telekommunikationsprodukte auf diesem vermarkten kann. Daneben wird es die Möglichkeit für andere Diensteanbieter geben, ihre Telekommunikationsprodukte auf dem Netz anzubieten (open access).

Die Telekommunikationsbranche ist nach wie vor im Wesentlichen darauf konzentriert, den Breitbandausbau insbesondere in den urbanen und dichter besiedelten Teilen des Landes vorzunehmen. Eine Versorgung im ländlichen Raum erfolgt allenfalls punktuell. Es besteht keine Aussicht, dass sich dieses Marktverhalten für den Tätigkeitsbereich der bigo in absehbarer Zeit ändern wird. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge durch Herstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung wird die bigo tätig werden.

Ende 2014 ist durch die bigo eine Markerkundung nach der Bundesrahmenregelung Leerrohre in der Fassung vom 13.05.2014 (BRLR) durchgeführt worden. Mit dieser wurden von den Telekommunikationsunternehmen explizite und verbindliche Auskünfte angefordert über die im Bestand bereits auf NGA-Standard erschlossenen Bereiche und solche, die in den nächsten drei Jahren erschlossen werden sollen. Auf dieser Grundlage beschränkt sich die bigo bei den weiteren Vorarbeiten zum Breitbandausbau auf diejenigen (Teil)Gebiete ihres Verantwortungsbereichs, welche die Telekommunikationsmarktunternehmen nach den Maßstäben der BRLR heute und in den nächsten drei Jahren nicht erschlossen haben und nicht erschließen werden (sog. „weiße Flecken“).

Das Geschäftsergebnis der bigo ist zum Ende 2014 positiv, was auf die durch das Land Hessen gewährte IKZ-Förderung zurückzuführen ist. Da die bigo im Rahmen der Breitbanderschließung noch weitere Vorbereitungen für die notwendigen Baumaßnahmen treffen muss und noch nicht operativ tätig ist, werden auch noch keine aus eigener geschäftlicher Tätigkeit resultierenden Erträge generiert. Die wesentlichen Ausgaben in den Jahren 2013 und 2014 sind auf die notwendigen Vorarbeiten zurückzuführen. Diese Situation wird sich auch im Jahr 2015 fortsetzen, erst im Jahr 2016 ist der Beginn der operativen Umsetzung geplant und somit mit ersten Erträgen aus der Vermietung des Breitbandnetzes zu rechnen.

Herr Claus Spandau hat als Gründungsgeschäftsführer die bigo durch das schwierige erste Jahr der Vorbereitungstätigkeiten geführt. Er hat seine Funktion zum 07.10.2014 aus persönlichen Gründen niedergelegt. Zum 08.10.2014 hat die Geschäftsführung Herr Manfred Görig übernommen, welcher gleichzeitig Landrat des Vogelsbergkreises ist.

II. Darstellung der Lage

Dem Stand der Vorbereitungsarbeiten entsprechend liegt bisher noch keine nennenswerte Vermögenslage bei der bigo vor. Die Erträge beschränken sich auf Fördermittel. Die wesentlichen Ausgaben sind auf die Leistungen von Dienstleistern für die kaufmännische und planerische Vorbereitung des Breitbandausbaus sowie auf die Begutachtungen von rechtlichen Fragestellungen zurück zu führen.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das Jahr 2015 wird weiterhin im Zeichen der Vorbereitungen des Breitbandausbaus stehen. Für die Sicherstellung vorteilhafter Finanzierungsbedingungen und zur Abdeckung etwaiger Risiken des Vorhabens beabsichtigt die bigo ihre Stammkapitaleinlage um ca. 10 Mio. € zu erhöhen.

Für die Finanzierung des Netzbaus wird die bigo auf Kreditmitteln in substantieller Höhe zurückgreifen. Die Gespräche mit geeigneten Kreditinstituten sind im Gange und verlaufen Erfolg versprechend.

Das neu etablierte Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) hat Fördermittel des Bundes in Höhe von 2,3 Mrd. € für die Bezuschussung des Breitbandausbaus insbesondere im ländlichen in Aussicht gestellt. Darüber hinaus hat die EU Kommission Mittel in Aussicht gestellt, um den Breitbandausbau in besonders ländlich geprägten Regionen zu beflügeln (ELER). Schließlich erhalten die deutschen Bundesländer auf der Basis des sog. Königsteiner Schlüssels 50% der Erlöse aus der sog. Digitalen Dividende II für den Breitbandausbau, das heißt aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen, die bislang der terrestrischen Fernsehversorgung dienen. Die bigo bemüht sich intensiv um entsprechende Fördermittel für ihr Versorgungsgebiet, um dadurch die wirtschaftliche Basis für den Breitbandausbau weiter zu stärken.

Die wesentlichen Risiken für das Geschäftsjahr 2015 liegen darin, einen Betreiberpartner für die Anmietung des zu errichtenden Glasfasernetzes zu finden, der gleichermaßen angemessene Entgelte zu entrichten bereit ist wie über eine hinreichende Leistungsfähigkeit verfügt. Seitens der bigo werden Netzbaumaßnahmen erst beauftragt, wenn ein den Anforderungen entsprechender Betreiberpartner gefunden wurde und die Finanzierung zu angemessenen Konditionen sichergestellt ist.

Ein weiteres Risiko ist ferner, dass sich die Telekom rechtswidriger Weise nicht an ihre eigenen Angaben in der Markterkundung gebunden fühlt und einzelne Ortsteile oder ganze Kommunen im Nachgang eigenwirtschaftlich erschließt, um die Wirtschaftlichkeit der bigo-Erschließung ins Wanken zu bringen. Dies ist in den Gemeinden Wöllstadt und Glauburg im Jahr 2015 auch schon geschehen. Hiergegen wird die bigo sich rechtlich wehren.

Im Jahr 2015 hat die bigo eigenes Personal zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben eingestellt, Büroräumlichkeiten angemietet und eine entsprechende Ausstattung mit Arbeitsmitteln sichergestellt.

IV. Sonstige Angaben

Nach dem Abschlussstichtag zum 31.12.2014 ist inzwischen die in Aussicht genommene Stammkapitalerhöhung auf jetzt insgesamt 10.480.000,00 € erfolgt. Alle Gesellschafter der bigo sowie deren kommunale Gesellschafter haben die erforderlichen Beschlüsse mit großen, teilweise einstimmigen Mehrheiten gefasst. Teil der Beschlussfassung war die Beauftragung der bigo mit der Sicherstellung des flächendeckenden Breitbandausbaus als Dienstleistung im allgemeinen Wirtschaftlichen Interesse im Sinne des Beihilferechts.

Eine Netzplanung auf Grundlage der „weißen Flecken“ ist erstellt und der Business-Plan ist auf dieser Grundlage aktualisiert worden. Die Ausschreibung zur Findung eines Betreiberpartners ist in Vorbereitung.

Die Vorbereitungsarbeiten laufen plangemäß. Der ehrgeizige Zeitplan, Anfang 2016 mit dem Bau des Breitbandnetzes zu beginnen und den Ausbau nach maximal drei Jahren abzuschließen, ist realistisch und haltbar.

4. Natur und Umwelt, Erholung

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Karl-Weber-Str. 2, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 2631 – Fax: 06044 / 987465
E-Mail: naturparkvogelsberg@t-online.de
Internet: www.naturpark-hoher-vogelsberg.de

Naturpark
Hoher Vogelsberg



Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen:

Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

Wirtschaftliche Betätigung: Es handelt sich gem. § 121 Abs. 2 Ziff 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des Gesetzes.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Manfred Görig – Vorsitzender
Susanne Schaab - stellv. Vorsitzender

Anita Schneider
Joachim Arnold
Heiko Stock

Verbandsversammlung:

Claudia Blum - Vorsitzende
Kurt Wiegel
Heiko Müller
Ulrich Höhn
Peter Popplow
Bernadette Eisenbart-Ahuraian
Hans-Ulrich Schmidt
Dr. Jens Mischak
Elisabeth Langwasser
Ingrid Albert
Edwin Gottlieb
Ulrike Pfeiffer-Pantring

Bernd Reißmann
Sebastian Stang
Werner Funk
Klaus Bechtold
Peter Klug
Rupert Hoeppe
Dr. Reinhard Biermann
Richard Golle
Bernhard Ziegler
Reinhard Heineck
Wolfgang Gottlieb

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club
Naturschutzverbände
Hessisches Forstamt Schotten
Region Vogelsberg Touristik GmbH
FD Kreis- und Regionalentwicklung Wetteraukreis
Deutsche Vulkanologische Gesellschaft (DVG)
- Sektion Vogelsberg

Jürgen Klein
Walter Kreß
Dr. Berndt Ott
Uta Nebe
Peter Rudel
Gerold Beckmann

Geschäftsführer: Forstamtsrat Rudolf Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 1957

Verbandssatzung : Neufassung 16.01.2008

Beteiligungen: keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	52.483	615	
Landkreis Gießen	11,1	13.828		60
Wetteraukreis	10,4	12.911		60
Stadt Schotten	13,3	16.596	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	6.224		60
Stadt Ulrichstein	4,4	5.474		120
Stadt Laubach	4,0	4.944		
Stadt Gedern	3,0	3.750		
Stadt Herbstein	2,1	2.607		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.516		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	795		
Stadt Nidda	0,6	707		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	531		
Gemeinde Birstein	0,9	1.166		
Gesamt	100	124.532	1.230	700

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
VHC	615	0
Gesamt	615	0

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1,0 Geschäftsführer
2,0 Beschäftigte nach TVöD
1,0 Beschäftigte mit Pauschalvertrag

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 1.547,96 €
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Die Umlage des Vogelsbergkreises für das Hj. 2013 betrug 53.098,00 €
Darin enthalten 615 € Instandsetzungsumlage Bismarkturm

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2014 ist im Hinblick auf die notwendige Übernahme der Vorjahresergebnisse von der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 abhängig. Da dessen Prüfung noch nicht erfolgt ist, bilden wir die Rechnungsergebnisse des Jahres 2013 ab.

Bilanz des Unternehmens:



3. Vermögensrechnung (Bilanz) 2013

Gemeinde: 22 NP. HOHER VOGELSBERG

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2012
1	2	3	4
Aktiva			
1	Anlagevermögen	671.314,75	678.236,22
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	64.556,25	66.948,75
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	0,00	0,00
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	64.556,25	66.948,75
1.2	Sachanlagen	606.758,50	611.287,47
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	166.050,45	152.511,97
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	0,00	0,00
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	439.206,20	418.310,00
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.501,85	40.465,50
1.3	Finanzanlagen	0,00	0,00
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	0,00	0,00
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	0,00	0,00
1.4	Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	0,00	0,00
2	Umlaufvermögen	35.505,76	60.879,90
2.1	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	0,00	0,00
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.710,60	14.345,48
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	0,00	955,00
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	0,00	0,00
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.710,60	12.819,28
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00	571,20
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2.4	Flüssige Mittel	32.795,16	46.534,42
3	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
	Summe Aktiva	706.820,51	739.116,12

Vermögensrechnung (Bilanz) 2013

Gemeinde: 22 NP. HOHER VOGELSBERG

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2012
5	6	7	8
Passiva			
1	Eigenkapital	223.982,10	222.434,14
1.1	Netto-Position	169.242,77	169.242,77
1.2	Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	21.226,41	11.222,09
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	21.226,41	11.222,09
1.2.3	Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.2.4	Stiftungskapital	0,00	0,00
1.3	Ergebnisverwendung	33.512,92	41.969,28
1.3.1	Ergebnisvortrag	31.964,96	29.054,06
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	31.964,96	29.054,06
1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.547,96	12.915,22
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-9.026,14	2.910,90
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10.574,10	10.004,32
1.4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
2	Sonderposten	470.084,54	500.184,63
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	470.084,54	500.184,63
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	290.098,92	312.970,29
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	179.985,62	187.134,34
2.1.3	Investitionsbeiträge	0,00	0,00
2.2	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2.3	Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0,00	0,00
2.4	Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3	Rückstellungen	0,00	0,00
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
3.2	Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für Verpflichtungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
3.5	Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
4	Verbindlichkeiten	12.753,87	16.577,35
4.1	Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.3	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0,00	0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	0,00	0,00
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.026,01	13.698,35
4.7	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00	3,00
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00	0,00
4.9	Sonstige Verbindlichkeiten	727,86	2.876,00
5	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
	Summe Passiva	706.820,51	739.116,12

Gewinn- und Verlustrechnung:



1. Ergebnisrechnung 2013

Gemeinde: 22 NP. HOHER VOGELSBERG

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2013	Ergebnis des Haushaltsjahres 2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 J. Sp. 6)
			- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1.	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.540,15	2.000,00	5.352,57	-3.352,57
2.	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00
3.	548-549	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	89.225,49	41.700,00	31.318,91	10.381,09
4.	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
5.	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	121.495,00	124.532,00	124.532,00	0,00
6.	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
7.	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	93.373,00	93.373,00	93.373,00	0,00
8.	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	22.537,02	34.790,00	41.782,93	-8.992,93
9.	53	Sonstige ordentliche Erträge	15.430,55	8.000,00	4.670,14	3.329,86
10.	=	Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	346.601,21	304.395,00	301.029,55	3.365,45
11.	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	-158.967,99	-157.000,00	-150.730,10	-6.269,90
12.	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
13.	60,61,67-89	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-149.263,39	-96.410,00	-102.012,01	5.602,01
14.	66	Abschreibungen	-33.707,02	-50.485,00	-57.102,09	6.617,09
15.	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	-2.000,00	0,00	0,00	0,00
16.	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17.	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18.	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-216,00	-500,00	-375,00	-125,00
19.	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	-344.154,40	-304.395,00	-310.219,20	5.824,20
20.	=	Verwaltungsergebnis (Nr. 10 J. Nr. 19)	2.446,81	0,00	-9.189,65	9.189,65
21.	56,57	Finanzerträge	464,09	0,00	163,51	-163,51
22.	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23.	=	Finanzergebnis (Nr. 21 J. Nr. 22)	464,09	0,00	163,51	-163,51
24.	=	Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23)	2.910,90	0,00	-9.026,14	9.026,14
25.	59	Außerordentliche Erträge	10.004,32	0,00	10.574,10	-10.574,10
26.	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
27.	=	Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 J. Nr. 26)	10.004,32	0,00	10.574,10	-10.574,10
28.	=	Jahresergebnis (Nr. 24 und Nr. 27)	12.915,22	0,00	1.547,96	-1.547,96

Auszug aus dem Lagebericht

Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2013

Gem. § 112 HGO ist der Jahresabschluss durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen sollen erläutert werden.

I. Bewertung des Abschlussrechnungen

Ergebnisrechnung:

Die Ergebnisrechnung beinhaltet alle Erträge und Aufwendungen und stellt damit Ressourcenaufkommen und -verbrauch periodengerecht dar. Nach der Ergebnisrechnung 2013 ergibt sich folgendes Bild:

	Ergebnis 2013	Ansatz 2013	Vergleich
Ordentl. Erträge u. Finanzerträge	301.193,06	304.395,00	-3.201,94
Ordentl. Aufwendungen u. Zinsen u. ähnl. Aufwendungen	310.219,20	304.395,00	5.824,20
Ordentl. Ergebnis	-9.026,14	0,00	-9.026,14
Außerordentl. Erträge	10.574,10	0	10.574,10
Außerordentl. Aufwendungen	0	0	0
Außerordentl. Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis aus ordentl. u. außerordentl. Ergebnis	1.547,96	0	1.547,96

Die Ergebnisveränderungen resultieren auf der Ertragsseite in erster Linie aus den Mindererträgen bei den Kostenerstattungen des Landes für Arbeiten in den Naturschutzgebieten von 10.381,09 Euro, aus Mehrerträgen bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten von 3.352,57 Euro und weiteren Mehrerträgen bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten i. H. v. 6.992,93 Euro. Die sonstigen ordentlichen Erträge verringerten sich um 3.329,86 Euro. Die Finanzerträge beliefen sich auf 163,51 Euro.

Auf der Aufwandsseite blieben die Personalaufwendungen 6.269,90 Euro unter dem Ansatz. Der Ansatz für die Sach- und Dienstleistungen wurde dagegen um 5.602,01 Euro überschritten. Der Aufwand für Abschreibungen lag 6.617,09 Euro über dem Plan.

Finanzaufwendungen waren im Hj. 2013 nicht zu verzeichnen.

Im Hj. 2013 waren außerordentliche Erträge in Höhe von 10.574,10 Euro zu verbuchen. Durch den Verkauf von Vermögensgegenständen über dem Buchwert wurden 7.200,00 Euro erzielt. An Spenden, hauptsächlich für die Loipenpflege, wurden 1.304,75 Euro eingenommen. Durch die Auflösung des Kontos der AG hess. NP wurden 2.069,35 Euro erzielt.

Vermögensrechnung

In der Bilanz kumulieren sich die Resultate der Ergebnis- und Finanzrechnung. Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 führte dies zu einer Bilanzverkürzung von 32.295,61 Euro. Die Veränderungen gegenüber der Eröffnungsbilanz vom 01.01.2013 werden im Anhang ausführlicher dargestellt.

I. Stand der Aufgabenerfüllung, Zielsetzungen und Strategien

Der Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg hat im Haushaltsjahr 2013 seine satzungsgemäßen Aufgaben, den „Natur- und Landschaftsschutz sowie die Erschließung des Verbandsgebietes zum Zwecke der Erholung“ erfüllt. Unter Berücksichtigung des Bundesnaturschutzgesetzes - § 27 Naturparke - strebt der Zweckverband die vom Bundesverband der Deutschen Naturparke im „Petersberger Programm“ festgeschriebenen Ziele an. Seine wiederholte Ausweisung als „Qualitätsnaturpark“ nach den Richtlinien des Bundesverbandes verdeutlicht die Effizienz der Arbeit unter Berücksichtigung der allgemeinen Ziele der Naturparkarbeit.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Aus Sicht der Geschäftsstelle gibt es keine nennenswerten Vorgänge nach dem Schluss des Haushaltsjahres.

III. Voraussichtliche Entwicklung - (wesentliche Risiken und Chancen)

Die finanzielle Lage des Zweckverbandes kann im Hinblick auf die allgemein schwierige Situation der öffentlichen Haushalte derzeit noch als solide bezeichnet werden. Die wesentlichen Einnahmequellen des Naturparks sind die institutionelle Landesförderung (inklusive der Landesförderung für das Naturpark-Infozentrum), die Umlage der Verbandsmitglieder sowie Einnahmen für Auftragsarbeiten der Oberen Naturschutzbehörde beim RP Gießen. Vor dem Hintergrund der allgemeinen finanzpolitischen Lage besteht jedoch das Risiko, das sich das Land Hessen aus langjährigen freiwilligen Förderungen zurückzieht. Auch die bisherige kostenfreie Abordnung des Geschäftsführers ist als ungesichert zu bezeichnen. Ein Wegfall dieser Einnahmen müsste durch eine Erhöhung der Mitgliederumlage oder eine Reduktion des Aufgabenbereiches kompensiert werden. Die Einnahmen aus der Naturschutzarbeit im Auftrag der ONB variieren darüber hinaus stark, weil hier ein großer Einfluss durch die Wetterentwicklung und die Auftragsituation besteht.

Aufstellungsbeschluss:

Der vorstehende Jahresabschluss wurde vom Vorstand am 26.03.2015 mit folgendem Beschluss aufgestellt:

Der Vorstand des Zweckverbandes Naturpark Hoher Vogelsberg stellt den Jahresabschluss 2013 mit den der Vorlage beigefügten Anlagen 1- 3 (Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Vermögensrechnung) ersichtlichen Werten gem. § 112 Abs. 1 und 2 HGO auf und beauftragt das Revisionsamt des Vogelsbergkreises mit der Prüfung gem. § 128 HGO.

Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach / Hessen
Telefon: 06641 / 977 265
E-Mail: geopark@vogelsbergkreis.de
Homepage: www.geopark-vogelsberg.de



Zweck und Ziele des Vereins

Zweck des Vereins ist, in einer ganzheitlichen und nachhaltigen regionalen Entwicklung den „Geopark Vulkanregion Vogelsberg“ aufzubauen und zu betreiben.

Der Verein verfolgt insbesondere die Ziele in der Vulkanregion Vogelsberg:

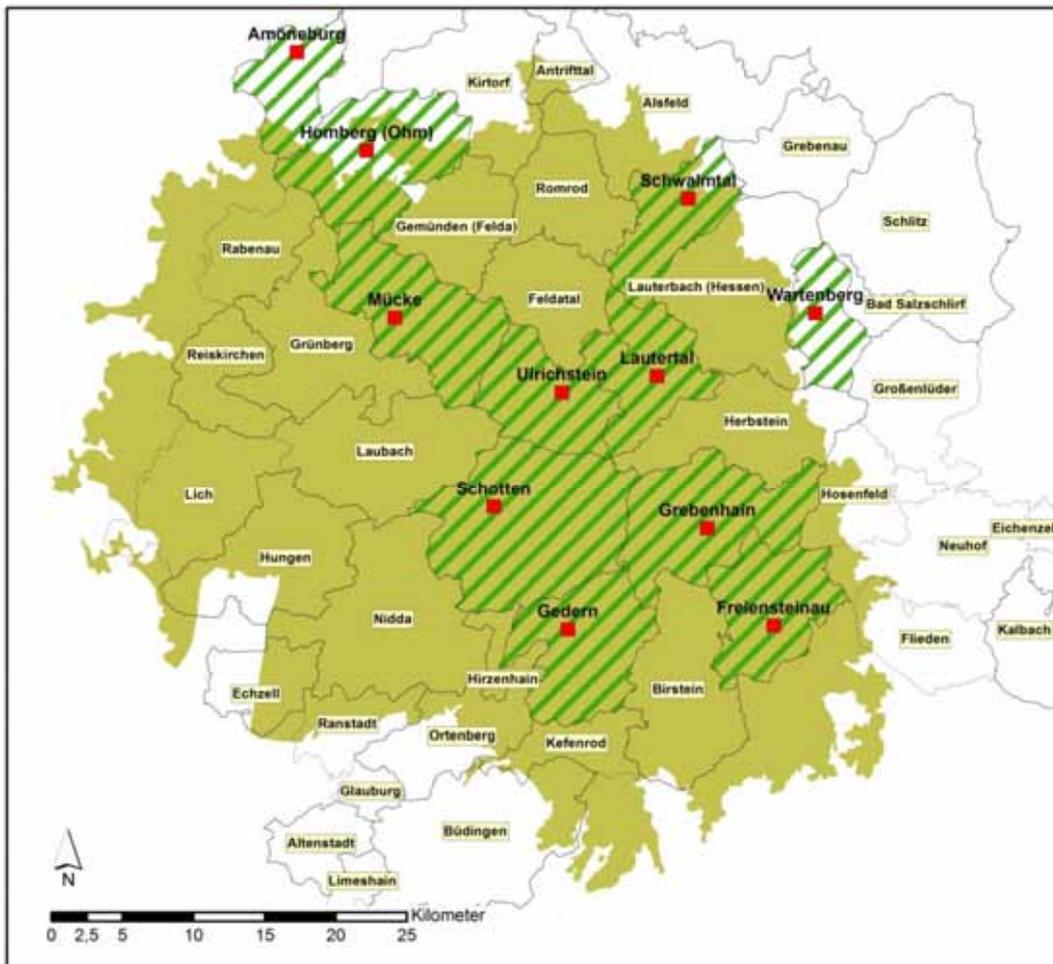
- die vorhandenen geologischen Strukturen und Schauobjekte zu erfassen und fachgerecht zu pflegen, zu kennzeichnen und national sowie international aufzuwerten,
- die geologischen, archäologischen, ökologischen, historischen und kulturellen Sehenswürdigkeiten zu schützen und zu bewahren,
- den Geotopschutz im Sinne eines aktiven Schutzes und Erhalts des geowissenschaftlichen und geologischen Erbes sowie des Naturerbes zu fördern,
- die regionale Identität, Bewusstseinsbildung und Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Fachbehörden auszubauen,
- die geowissenschaftliche Wissensvermittlung, Umweltbildung, Lehre und Forschung zu initiieren,
- den Geopark in vorhandene Netzwerk-Strukturen auf hessischer, nationaler und europäischer Ebene einzubinden,
- die Zertifizierung als nationalen Geopark anzustreben und
- den Bekanntheitsgrad der Region Vogelsberg insgesamt zu erhöhen.

Die Arbeit des Vereins orientiert sich an den Richtlinien

- ◆ der UNESCO (Guidelines and Criteria for National Geoparks seeking UNESCO's assistance to join the Global Geoparks Network),
- ◆ der Europäischen Geoparks (Charta European Geopark Network),
- ◆ des Bund-Länder-Ausschusses Bodenforschung (Nationale Geoparks).

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.



Mögliche Gebietskulisse des Geopark Vulkanregion Vogelsberg

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

<i>Rechtsform:</i>	eingetragener Verein
<i>Gründungsdatum:</i>	17.12.2012
<i>Satzung:</i>	17.12.2012, zuletzt geändert am 30.10.2013
<i>Vereinsregister:</i>	Gießen, VR 4587, 30.04.2013
<i>Beteiligung seit:</i>	17.12.2012
<i>Wirtschaftliche Betätigung:</i>	Es handelt sich gem. § 121 Abs. 2 Ziff 2 HGO nicht um eine wirtschaftliche Betätigung im Sinne des Gesetzes

Organe des Unternehmens

Gem. § 6 der Satzung sind die Organe des Vereins

- der Vorstand und
- die Mitgliederversammlung

Zusammensetzung des Vorstandes

Landrat Manfred Görig – Vorsitzender, Vogelsbergkreis

Bürgermeister Matthias Weitzel – stellv. Vorsitzender, Mücke

Bürgermeisterin Susanne Schaab, Schotten

Bürgermeister Michael Richter-Plettenberg, Amöneburg

Bürgermeister Heiko Stock, Lautertal

Personal

Geschäftsführer: Hartmut Greb

Assistenz / Sekretariat: Hannelore Greb

Geologe: Daniel Korb (ab 01.01.2015)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Gewährte Sicherheiten oder Bürgschaften: keine

Gewährte Kredite: keine

Stammkapital: kein Stammkapital - es handelt sich nicht um eine Kapitalgesellschaft

Jahresbeitragsverpflichtung: variabel - für 2014 **50.000,00 €**

Die Geschäftsführung wird von der Verwaltung des Vogelsbergkreises ohne Kosten-
erstattung wahrgenommen.

Die Mitgliederstruktur – die Beitragsverpflichtungen

Die Mitgliederversammlung fand am 05.12.2014 in Gedern statt.

Der Beitrag orientiert sich für die öffentlich-rechtlichen Mitglieder an der Einwohnerzahl (§ 8 Abs. 1 HGO) oder der Kreisangehörigenzahl (§ 7 HKO) am 30. Juni des Vorjahres.

Der Beitrag der übrigen Mitglieder berücksichtigt deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Institution	Funktion	Vorname	Name	0,50 €/Einw. VBK Zuschuss	Mitglieds- Beitrag
Kreisausschuss des Vogelsbergkreises	Landrat	Manfred	Görig	Pauschale 107.487	50.000,00 €
Magistrat der Stadt Amöneburg	Bürgermeister	Michael	Richter-Plettenberg	5.078	2.539,00 €
Magistrat der Stadt Gedern	Bürgermeister	Klaus	Bechtold	7.554	3.777,00 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Freienstein	Bürgermeister	Friedel	Kopp	3.202	1.601,00 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Grebenhain	Bürgermeister	Sebastian	Stang	4.736	2.368,00 €
Magistrat der Stadt Homberg/Ohm	Bürgermeister Prof.	Béla	Dören	7.530	3.765,00 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Lautertal	Bürgermeister	Heiko	Stock	2.428	1.214,00 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Mücke	Bürgermeister	Matthias	Weitzel	9.349	4.674,50 €
Magistrat der Stadt Schotten	Bürgermeisterin	Susanne	Schaab	10.118	5.059,00 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Schwalmatal	Bürgermeister	Timo	Georg	2.874	1.437,00 €
Magistrat der Stadt Ulrichstein	Bürgermeister	Edwin	Schneider	3.001	1.500,50 €
Gemeindevorstand der Gemeinde Wartenberg	Bürgermeister	Manfred	Dickel	3.907	1.953,50 €
DVG Fachsektion Vogelsberg e.V.	Vorsitzende	Kerstin	Bär	Festbeitrag	100,00 €
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Vorsitzender	Karl-Peter	Mütze	Festbeitrag	100,00 €
Gesamtsumme					79.988,00 €

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vereins im Jahr 2014

Bei Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes (30.10.2015) lag für das Jahr 2014 noch kein abschließendes Rechnungsergebnis vor.

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)
Tel.: 05681 / 775-206 – Fax: 05681 / 775-207
E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de
Internet: www.wasserverband-schwalm.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe, im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
2. hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelbach und Antrittalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
3. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antritt), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km².

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

Anteil: 2,0499 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

Winfried Becker	-	Vorsitzender
Günter Jung	-	stellv. Vorsitzender
Mitglieder	-	die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

Winfried Becker - Vorsitzender	Klemens Olbrich – Stellvertreter
Günter Jung - stellv. Vorsitzender	Manfred Görig - Stellvertreter
Johannes Averdung - Mitglied	Michael Köhler – Stellvertreter
Ralf Becker- Mitglied	Andreas Schultheis – Stellvertreter
Günter Schlemmer - Mitglied	Volker Steinmetz – Stellvertreter
Bernd Heßler - Mitglied	Kai Knöpper – Stellvertreter
Dr. Gerhard Näser - Mitglied	Jürgen Kaufmann – Stellvertreter
Heinrich Vesper - Mitglied	

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 1962

Verbandssatzung: 15.03.1996, zuletzt geändert 18.01.2010

Mitglieder und Anteile:

Kreis/Stadt/Gemeinde	%	Kreis/Stadt/Gemeinde	%
Gemeinde Antrifftal	1,8466	Stadt Borken (Hessen)	10,8447
Gemeinde Bad Zwesten	5,5299	Stadt Felsberg	2,7377
Gemeinde Jesberg	2,0798	Stadt Homberg (Efze)	6,2752
Gemeinde Knüllwald	2,3751	Stadt Kirtorf	0,6821
Gemeinde Neuental	6,7255	Stadt Neukirchen	3,0788
Gemeinde Schrecksbach	3,8577	Stadt Schwalmstadt	14,6568
Gemeinde Wabern	9,0203	Stadt Schwarzenborn	0,2517
Gemeinde Willingshausen	5,9335	Schwalm-Eder-Kreis	13,3045
Stadt Alsfeld	8,7502	Vogelsbergkreis	2,0499

<i>Beiträge</i>	<u>2012 / €</u>	<u>2013 / €</u>
der Landkreise	109.463,00	109.936,00
der Verbandsgemeinden	260.000,00	260.000,00

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 6 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Ertragslage des Unternehmens:

geplanter Jahresfehlbetrag 2013	258.810,37 €
tatsächliches Jahresergebnis 2013 (Fehlbetrag)	408.118,50 €

Kreditaufnahmen: Der Höchstbetrag der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung in Höhe von 100.000 € wurde nicht in Anspruch genommen.

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft (im Hj. 2013): Umlage an den Wasserverband 14.798,17 €

Die beiden Landkreise Vogelsberg und Schwalm-Eder tragen gem. § 31 Abs. 4 satzungsgemäß die laufenden Verwaltungskosten des Verbandes (ohne Unterhaltung, Instandsetzung etc.) entsprechend der Summe der Beiträge ihrer jeweiligen Mitgliedsgemeinden am Verband.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gewässerunterhaltung und der Hochwasserschutz werden satzungsgemäß entsprechend der gesetzlichen Anforderungen gewährleistet.

Haushaltswirtschaftliche Eckdaten:

Zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes lag der geprüfte Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2014 noch nicht vor. Wir geben deshalb den Jahresabschluss für das Jahr 2013 zur Kenntnis.

Position 5	Bezeichnung 6	Ergebnis 2013 ¹ 7	Ergebnis 2012 ² 8
Passiva			
1	Eigenkapital	1.010.531,48	1.418.649,98
1.1	Netto-Position	802.990,92	802.990,92
1.2	Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital	207.540,56	615.659,06
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	207.540,56	615.650,06
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	0,00
1.2.3	Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.2.4	Stiftungskapital	0,00	0,00
1.3	Ergebnisverwendung	0,00	0,00
1.3.1	Ergebnievortrag	0,00	0,00
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2	Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
2	Sonderposten	5.295.636,61	5.583.894,45
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	5.295.636,61	5.583.894,45
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	5.295.636,61	5.583.894,45
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	0,00	0,00
2.1.3	Investitionsbeiträge	0,00	0,00
2.2	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2.3	Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0,00	0,00
2.4	Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3	Rückstellungen	0,00	0,00
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00
3.2	Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für Verpflichtungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von	0,00	0,00
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
3.5	Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
4	Verbindlichkeiten	311.405,53	100.577,58
4.1	Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00	0,00
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	57.452,84	74.065,39
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	17.456,84	16.679,80
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	57.385,59	74.065,39
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	17.389,59	16.679,80
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	67,25	0,00
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	67,25	0,00
4.3	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0,00	0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12.902,43	13.030,11
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	236.955,39	7.901,09
4.7	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	0,00	0,00
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Betellungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	0,00	0,00
4.9	Sonstige Verbindlichkeiten	4.084,87	5.572,99
5	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
	Summe Passiva	6.617.573,62	7.103.122,01

Gewinn- und Verlustrechnung für das Hj. 2013:

Ergebnisrechnung						
Wasserverband Schwalm						
Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2012	Fortgeschr. Ansatz des HHJ 2013	Ergebnis des HHJ 2013	Vergleich Ansatz/Ergebnis des HHJ 2013
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-12.796,19	-9.000,00	-9.745,05	745,05
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte				
03	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-105.261,25	-105.500,00	-105.000,00	-500,00
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen				
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen				
06	547	Erträge aus Transferleistungen				
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen u. Zuschüssen für afd. Zwecke u. allgemeine Umlagen	-241.475,86	-417.936,00	-169.039,33	-248.896,67
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-570.418,61	-568.078,00	-581.445,01	13.367,01
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-2.026,95	-10.000,00	-8.272,58	-1.727,42
10		Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	-931.978,86	-1.110.514,00	-873.501,97	-237.012,03
11	62, 63, 640- 643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	278.500,68	283.700,00	291.151,07	-7.451,07
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	19.258,90	15.250,00	20.383,74	-5.133,74
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	190.662,36	267.750,00	177.011,32	90.738,68
14	66	Abschreibungen	615.310,69	615.165,00	624.555,24	-9.390,24
15	71	Aufwendungen f. Zuweisungen u. Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	13.038,11	186.709,37	164.988,79	21.720,58
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen				
17	72	Transferaufwendungen				
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.571,27	2.800,00	2.499,10	300,90
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	1.119.342,21	1.371.374,37	1.280.589,26	90.785,11
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 J. Nr. 19)	187.363,35	260.860,37	407.087,29	-146.226,92
21	56, 57	Finanzerträge	-6.659,98	-5.050,00	-1.898,48	-3.151,52
22	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	3.681,75	3.000,00	2.929,37	70,63
23		Finanzergebnis (Nr. 21 J. Nr. 22)	-2.978,23	-2.050,00	1.030,89	-3.080,89
24		Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23)	184.385,12	258.810,37	408.118,18	-149.307,81
25	59	Außerordentliche Erträge	-714,00		-159,50	159,50
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			159,82	-159,82
27		Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 J. Nr. 26)	-714,00		0,32	-0,32
28		Jahresergebnis (Nr. 24 und Nr. 27)	183.671,12	258.810,37	408.118,50	-149.308,13

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.
Tel.: 06031 / 83-7101 – Fax: 06031 / 83-7104
E-Mail: info@wasserverband-nidda.de
Internet: www.wasserverband-nidda.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Aufgabe ist es, entsprechend den Vorgaben des Hessischen Wassergesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung folgende Gewässer auszubauen und einschließlich ihrer Uferlandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, zu unterhalten, insbesondere unter Beachtung des Hochwasserschutzes den naturnahen Gewässerzustand zu erhalten oder wieder herzustellen (Renaturierung).

- Die Nidda (ca. 75 km) von der oberen Bebauungsgrenze Schotten - Rudingshain bis zum Eschersheimer Wehr im Stadtgebiet Frankfurt/Main. In der Ortslage Rudingshain ist der Graswiesenbach / Streitbach (ca. 1 km) ebenfalls in der Unterhaltung des Wasserverbandes.
- Den Flutgraben (ca. 4 km) in Nidda. Die Ulfa (ca. 5 km) von der Eselsbrücke bei Ulfa bis zur Mündung in Unter Schmitten in die Nidda
- Die Wetter (ca. 54 km) von der Gemarkungsgrenze Lich – Ober-Bessingen /Laubach – Münster bis zur Mündung in die Nidda in Niddatal – Assenheim
- Den Eichelbach ab 01.01.2012 (ca. 18 km) von der unteren Bebauungsgrenze Schotten (OT Breungeshain) bis zur Mündung in Eichelsdorf in die Nidda.

Weitere Hauptaufgaben sind das Erstellen, Betreiben und Unterhalten von Talsperren und Hochwasserrückhalteanlagen. Ebenso sind wir für die Errichtung und Unterhaltung von Bauwerken in und an den Gewässern zuständig. Die schließt vorhandene Bauwerke ein, sofern es nicht Aufgabe von Triebwerksbesitzern oder von sonstigen Verpflichteten ist. Als Talsperre betreiben wir die Niddatalsperre in Schotten-Rainrod. Unsere Hochwasserrückhaltebecken stehen in Lich, Nidda-Ulfa und Nidda-Eichelsdorf. In unserer Talsperre und den Hochwasserrückhaltebecken stellen wir einen Speicherraum für über 11 Mio. cbm Wasser zum Schutz von Hab und Gut der Bevölkerung des Verbandsgebietes bereit.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

Wirtschaftliche Betätigung im Sinne des § 121 HGO:

Die Mitgliedschaft im Wasserverband Nidda gilt gemäß § 121 Abs. 2 Ziff. 1 nicht als wirtschaftliche Betätigung. Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung sind gesetzliche Aufgaben, die überregional durch den Verband koordiniert und sichergestellt werden.

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Joachim Arnold – Vorsitzender (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Heinz Becker – stellv. Vors. (Reiner Wengorsch)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Cäcilia Reichert-Dietzel (Edgar Biermann)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Guido Rahn (Matthias Flor)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Andreas Friedrich (Michael Merle)	Hans-Peter Seum (Reimund Becker)	Susanne Schaab (Walter Bruch)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)	

Verbandsversammlung:

Hannelore Rabl	Manfred Schütz	Dieter Eisenberg
Elke Högy	Hans-Peter Lang	Christian Dietzel
Kurt Stiehler	Reinhard Henrich Huth	Theo Pauly
Ernst Appel	Otmar Stein	Adrian Roskoni
Manfred Gründer	Hans Jürgen Zeiß	Reiner Dern
Albrecht Kliem	Klaus-Peter Cos	Barbara Steffani-Velden

Geschäftsführer: Stefan Gottbehüt

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 24.05.1961

Verbandssatzung : 29.11.1999, zuletzt geändert durch Beschluss der
Verbandsversammlung vom 18.01.2011 mit Wirkung zum
01.01.2012

Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
Vogelsbergkreis	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

Haushaltswirtschaftliche Eckdaten:

Nach Mitteilung der Geschäftsführung liegt inzwischen die geprüfte Eröffnungsbilanz vor. Die Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 bis 2014 war zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes noch nicht erfolgt. Sie sind durch das zuständige Revisionsamt noch nicht geprüft.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

Beim Wasserverband NIDDA sind insgesamt sechs Personen hauptamtlich angestellt. Es wird mit dem Nachbarverband NIDDER-SEEMENBACH eine Geschäftsstelle betrieben und Personal und Sachmittel gemeinsam und wirtschaftlich eingesetzt. Im Büro der Geschäftsstelle in der Leonhardstraße 7 in Friedberg sind der Geschäftsführer und zwei Verbandsingenieure tätig. Drei Arbeiter führen ihren Dienst an der Niddatalsperre in Schotten-Rainrod aus.

Gegen Entschädigung werden der Verbandsvorsteher, die beiden Verbandskassenverwalterinnen und ein Stauwärter beschäftigt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: kein Lagebericht vorhanden

Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:

Der Vogelsbergkreis wird als sogenanntes „nicht dingliches“ Mitglied zu keinen Beiträgen herangezogen. (Ab 2015 jährlich 250 €).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Gewässerunterhaltung und der Hochwasserschutz werden satzungsgemäß entsprechend der gesetzlichen Anforderungen gewährleistet.

5. Kultur, Bildung, Ausbildung

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-327 – Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von Altenpfleger/ innen
- Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweckes fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

Nach § 52 Abs. 1 HKO i.V.m. § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO gilt als nicht-wirtschaftliche Betätigung auch eine Tätigkeit auf dem Gebiet des Bildungswesens; dazu gehört auch die Schulträgerschaft für die Lehranstalt für Altenpflege. Diese Betätigung ist nur defizitär möglich, weil eine qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind berücksichtigt). Siehe auch die Ausführungen zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Daten.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis
Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg
Stadt Alsfeld

Stadt Lauterbach
Vogelsberg Consult GmbH
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.

Vorstand:

Manfred Görig - Vorstandsvorsitzender
Thomas Schaumberg – Beisitzer
Ulrike Eifler - Beisitzerin

Beratend sind vertreten: Agentur für Arbeit
Staatliches Schulamt
Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach
Arbeiterwohlfahrt
Amt für Volkshochschule

Geschäftsführung: Haupt- und Rechtsamt des Vogelsbergkreises
Kassenführung/Buchhaltung: Verein für Berufsausbildung
Rechnungsprüfung: Sachgebiet Revision des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: eingetragener Verein
Gründungsdatum: 1984
Satzung: 04.07.1984
Handelsregister: Gießen, VR 3654
Stammkapital: 0 €
Beteiligungen: keine

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2014 €	2013 €
Einnahmen	1.610.134,13	1.601.329,24
abzügl. Übertrag aus Vorjahr	451.948,21	966.082,86
= Bereinigte Einnahme (lfd. Betrieb)	1.158.185,92	635.246,38
Ausgaben (lfd. Betrieb)	512.059,94	443.143,32
Differenz	646.125,98	192.103,06
Übertrag Folgejahre	1.098.074,19	1.158.185,92

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt.

Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege würde eine Bezuschussung erfordern, wenn seitens der Altenpflegeschule nicht weitere Einnahmen generiert werden könnten. Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 Vollzeitkräfte
3 Teilzeitkräfte
ca. 6 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Soweit erforderlich werden die Defizite aus den Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Sollten diese Überschüsse verbraucht sein, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Beteiligung des Kreises.

Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für die Geschäftsführung durch das Haupt- und Rechtsamt und die Rechnungsprüfung durch die Revisionsamt; insoweit ist eine Beteiligung des Kreises gegeben.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die Altenpflegehelfer/innen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Fort- und Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von Altenpflegehelfer/innen (1-jährig) und Altenpfleger/innen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 460.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein für Berufsausbildung ist zurzeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus den Rücklagen sicher zu stellen.

Die Aenne und Konrad-Geisel-Schule, Lehranstalt für Altenpflege des Vereins für Berufsausbildung Vogelsberg e. V. hatte zu Beginn des Jahres 2014 noch 78 Auszubildende Altenpfleger/innen und 16 Auszubildende Altenpflegehelfer/innen in Ausbildung.

Inzwischen sind 5 Altenpfleger/innen aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden.

26 Teilnehmer/innen haben Ende September 2014 die dreijährige Ausbildung zur Altenpfleger/in erfolgreich abgeschlossen.

Die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in wurde von 12 Teilnehmer/innen Ende September 2013 erfolgreich beendet.

Im Oktober 2014 sind in den laufenden dreijährigen Kurs 1 Altenpflegehelfer/innen sowie 2 externe Schüler/innen aufgenommen worden, die die Ausbildung zur Altenpfleger/in fortsetzen.

Ein neuer Kurs startete Anfang Oktober 2014 bei der Lehranstalt für Altenpflege. 16 Teilnehmer/innen begannen die 3-jährige Ausbildung zur Altenpfleger/in und 22 Teilnehmer/innen starten die 1-jährige Ausbildung zur Altenpflegehelfer/in.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

6. Kreditinstitute

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 86-0 – Fax: 06031 / 86-128
E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de
Internet: www.sparkasse-oberhessen.de



Unternehmenszweck

"Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Kapital zu bieten.

Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen."

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung im engeren Sinne. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis als Träger.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und
2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

Anteile in %: 26% Gewährträgerhaftung für Altverbindlichkeiten

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Sparkassendirektor Günter Sedlak - Vorsitzender
Sparkassendirektor Reinhold Wintermeyer – stellv. Vorsitzender
Sparkassendirektor Thomas Falk – Mitglied

Verwaltungsrat:

Joachim Arnold – Vorsitzender	Heike Müll
Manfred Görig – stellv. Vorsitzender	Annedore Musch
Holger F. Bey	Elfriede Pfannkuche
Bettina Giller	Ulrich Rabl
Gerold Helfrich	Guido Rahn
Birgit Horst	Dr. Erik Siefert(bis zum 30.06.2014)
Friedel Kopp (seit 25.07.2014)	Rainer-Hans Vollmöller
Dr. Jochen Meier	Gerd Wagner

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Gründungsdatum: 01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetterau und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen

Gewährträger: Wetteraukreis und Vogelsbergkreis

Satzung: Neufassung vom 01.07.2010

Handelsregister: Friedberg HR A 1455

Eigenkapital: 274.432.391,23 €

Beteiligungen: siehe Lagebericht

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter:

	2013	2014
Beschäftigte insgesamt / Jahresdurchschnitt	975	976

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Bilanzgewinn 10.766.033,06 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: Gewährträgerhaftung 26 % für Altverbindlichkeiten (bis zum 31.12.2015)

Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der öffentliche Auftrag zur Kredit- und geldwirtschaftlichen Versorgung des Satzungsgebietes (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis) wird im Rahmen der laufenden Geschäftstätigkeit erfüllt.

Bilanz des Unternehmens:

Aktivseite

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		33.195.905,89		30.822
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		48.743.033,29		26.794
			81.938.939,18	57.616
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		17.945.416,22		107.528
b) andere Forderungen		211.147.836,62		827.201
			229.093.252,84	934.729
4. Forderungen an Kunden			3.162.563.632,02	3.144.713
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.590.562.046,57 EUR			(1.616.524)
Kommunalkredite	367.687.174,47 EUR			(346.739)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	166.513.114,83			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	166.513.114,83 EUR			(0)
bb) von anderen Emittenten	563.723.931,55			347.841
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	543.735.342,32 EUR			(327.682)
		730.237.046,38		347.841
c) eigene Schuldverschreibungen		38.209,46		981
Nennbetrag	38.000,00 EUR			(963)
			730.275.255,84	348.823
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			93.937.683,09	106.560
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			38.942.991,21	39.002
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	2.695.018,95 EUR			(2.695)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			25.000,00	25
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
9. Treuhandvermögen			5.717.624,42	5.620
darunter:				
Treuhandkredite	5.717.624,42 EUR			(5.620)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		175.798,00		211
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			175.798,00	211
12. Sachanlagen			53.355.733,27	55.557
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.574.246,42	16.214
14. Rechnungsabgrenzungsposten			101.388,54	201
Summe der Aktiva			4.387.701.544,83	4.709.271

	EUR	EUR	EUR	Passivseite 31.12.2013 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		57.731.855,39		186.872
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		541.501.519,32		789.001
			599.233.374,71	975.872
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	919.370.867,00			1.016.671
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	57.484.022,19			34.360
		976.854.889,19		1.051.030
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.140.046.889,90			1.979.891
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	103.941.159,55			131.914
		2.243.988.049,45		2.111.805
			3.220.842.938,64	3.162.835
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		23.521.172,22		49.596
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			23.521.172,22	49.596
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			5.717.624,42	5.620
darunter:				
Treuhandkredite	5.717.624,42 EUR			(5.620)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			5.224.095,09	6.195
6. Rechnungsabgrenzungsposten			480.735,71	596
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		17.316.710,00		16.113
b) Steuerrückstellungen		3.456.860,34		162
c) andere Rückstellungen		21.142.824,21		25.377
			41.916.394,55	41.671
			0,00	0
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			13.832.818,26	14.219
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			212.500.000,00	189.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	263.666.358,17			253.395
cb) andere Rücklagen	0,00			0
		263.666.358,17		253.395
d) Bilanzgewinn		10.766.033,06		10.271
			274.432.391,23	263.666
Summe der Passiva			4.397.701.544,83	4.709.271
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		72.667.926,52		60.625
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			72.667.926,52	60.625
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		125.602.016,54		140.680
			125.602.016,54	140.680

Gewinn- und Verlustrechnung:

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2013 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		128.053.862,42		134.391
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		12.270.098,44		14.217
			140.323.959,86	148.608
2. Zinsaufwendungen			50.813.141,31	53.137
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	1.060.118,73 EUR			(1.193)
				89.710.817,55
				95.471
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			1.295.610,15	1.304
b) Beteiligungen			2.628.026,90	2.892
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			0,00	0
				3.923.637,05
				4.196
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		32.413.799,45		29.396
6. Provisionsaufwendungen		1.770.161,15		1.716
				27.680
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR			(0)
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.043.568,26	2.849
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	95.888,31 EUR			(113)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			126.321.658,16	129.868
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		41.960.159,79		41.025
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		12.733.974,20		11.405
darunter:				
für Altersversorgung	4.509.491,42 EUR			(3.928)
			54.694.133,99	52.430
b) andere Verwaltungsaufwendungen		22.051.612,92		23.775
				76.746.746,91
				76.205
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4.541.055,70	4.725
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.950.162,10	7.343
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	625,50 EUR			(25)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	3.850
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			5.948.604,37	0
				5.948.604,37
				3.850
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			2.044.932,82	268
				2.044.932,82
				268
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			366.111,88	359
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			23.500.000,00	16.700
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			26.212.118,76	21.001
20. Außerordentliche Erträge			0,00	0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
21. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			15.257.171,51	10.563
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	0,00 EUR			(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			188.914,19	167
				15.446.085,70
				10.730
25. Jahresüberschuss			10.766.033,06	10.271
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
				10.766.033,06
				10.271
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
				0
			0,00	0
				10.766.033,06
				10.271
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
				0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			10.766.033,06	10.271

Auszug aus dem Lagebericht

1. Grundlagen der Sparkasse und Wirtschaftsbericht

1.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftlich

Die deutsche Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2014 weiter gestiegen und lag mit einem Wachstum von 1,6 Prozent deutlich über dem Niveau der beiden Vorjahre.

Ein besonders kräftiger Impuls kam aus der Binnenwirtschaft. Der deutliche Rückgang der Energiepreise führte zu einem erheblichen Kaufkraftzuwachs, der den durch die spürbaren Entgeltzuwächse und geringe Arbeitslosigkeit ohnehin schon starken Konsum weiter steigen ließ. Zudem waren höhere Investitionen als erwartet sowie das zweistellige Exportwachstum in EU-Ländern und andere wichtige Märkte wie beispielsweise China maßgeblich für die gute Entwicklung.

Am Arbeitsmarkt hat sich im Herbst 2014 die leichte Aufwärtstendenz fortgesetzt. Die boomende Dienstleistungsbranche sowie die Ersatz Einstellungen für Arbeitnehmer, die mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen konnten, waren wesentliche Faktoren. Der Umfang der Arbeitslosigkeit hat sich im Verlauf des vierten Quartals saisonbereinigt um 0,1% auf 6,6% verringert.

Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächte sich im Jahresverlauf ab und rutschte aufgrund des Ölpreistrückganges vorübergehend sogar in den negativen Bereich. Für das Gesamtjahr 2014 betrug die Inflationsrate 0,9%. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, ist damit die Inflationsrate seit 2011 rückläufig. Ferner erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2014 sich die Tarifentgelte nach Berechnungen der Bundesbank um 3,0% gegenüber dem Vorjahr, so stark wie seit fast 20 Jahren nicht mehr.

Die internationalen Finanzmärkte standen 2014 unter dem Einfluss einer sich dynamisch entwickelnden Wirtschaft in den USA, sinkenden Wachstums in China, des vehement gesunkenen Ölpreises sowie Krisen in der Ukraine und im nahen Osten.

Im Euroraum sorgte vor allem der Ausblick auf die Wahl in Griechenland für Unruhe an den Finanzmärkten. Im Zuge dieser Entwicklung und der enormen Menge an Liquidität im Markt stieg die Gefahr von Spekulationsblasen. Zudem verstärkten die fallenden Anleiherenditen die Investitionen der Anleger in Immobilien und Aktien.

Regional

Die für das Geschäftsgebiet zuständige Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg stellt fest, dass der für den Herbst 2014 befürchtete Abschwung ausgeblieben ist. Dies führte dazu, dass die derzeitige Geschäftslage überwiegend als gut beurteilt wird und der Blick in die Zukunft weit optimistischer als noch vor einigen Monaten ist. Im Herbst 2014 stuften 48,4% die Geschäftslage besser ein. Weitere 37,7% aller IHK-Betriebe waren zufrieden mit ihrer Geschäftslage und 13,9% stuften ihre Geschäftslage als negativ ein.

Die Betriebe des Kammerbezirks schätzen den weiteren Konjunkturverlauf deutlich vorsichtiger ein. In der Industrie ist man insbesondere im Maschinenbau und in der Wohnwirtschaft sehr zufrieden. Die Elektrotechnik-Branche musste u.a. aufgrund der Sanktionen gegen Russland ein Minus verzeichnen. Jedoch stimmen die gestiegenen Ausfuhren nach China und die gute Entwicklung in den USA die Branche positiv.

Erfreulich entwickelte sich die Arbeitslosenquote. Im Wetteraukreis sank die Arbeitslosenquote auf 4,8%, im Vogelsbergkreis sogar auf 3,8% und damit auf einen der besten Werte in ganz Hessen.

In einer Zusatzbefragung wurden die Unternehmen nach ihren Einschätzungen zu den möglichen Risiken der konjunkturellen Entwicklung befragt. Aufgrund der gesunkenen Energiepreise sind erstmals seit Jahren die hohen Energie- und Rohstoffpreise nicht mehr die größte Sorge der Unternehmen. Stattdessen wurde eine nachlassende Inlandsnachfrage als größtes Risiko identifiziert.

Die Bevölkerungszahlen sind gegenüber dem Vorjahr in der Summe stabil geblieben. Während der Wetteraukreis einen leichten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatte, kam es im Vogelsbergkreis zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl. In beiden Landkreisen Vogelsberg und Wetterau leben rund 400.000 Einwohner. Die Geschäftsregion ist durch eine kleinstädtische Struktur gekennzeichnet. Insgesamt bestehen 44 selbständige Gemeinden.

Die Kaufkraft im Vogelsbergkreis und im Wetteraukreis ist in 2014 geringfügig gesunken. Allerdings unterscheiden sich die beiden Trägerkreise deutlich voneinander. Der Wetteraukreis verfügt über eine überdurchschnittliche Kaufkraft, während der Vogelsbergkreis unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die Sparkasse Oberhessen ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende, rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.

Träger der Sparkasse Oberhessen sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse Oberhessen bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus hatten die Träger für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängerinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt. Für bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Die Sparkasse Oberhessen haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen.

Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV), dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 416 Sparkassen, 7 Landesbank-Konzerne, 9 Landesbausparkassen, 11 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an.

Darüber hinaus ist die Sparkasse Oberhessen dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Kennzeichnend für solche Sicherungssysteme ist, dass sie die angeschlossenen Institute schützen und insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten. Mitte November 2014 hat die Bundesregierung den Entwurf des Einlagensicherungsgesetzes verabschiedet, mit dem eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden soll.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes ist spätestens für den 3. Juli 2015 zu rechnen. Institutssichernde Systeme, wie der bestehende Haftungsverbund der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe, können auch in Zukunft - nach rechtlicher und finanzieller Anpassung an die neuen gesetzlichen Vorgaben und aufsichtsrechtlicher Anerkennung - als Einlagensicherungssysteme fortbestehen.

Geschäftstätigkeit

Wir fühlen uns unserem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt die Sparkasse Oberhessen vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse Oberhessen durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen und Vereine vor Ort.

1.2. Geschäftsentwicklung

	Jahr	2014	2013	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme		4.397.702	4.709.271	-311.569	-6,6
Geschäftsvolumen		4.470.369	4.769.896	-299.527	-6,3
Forderungen an Kreditinstitute *		229.093	934.729	-705.636	-75,5
Forderungen an Kunden		3.162.564	3.144.713	17.851	0,6
Wertpapiere *		824.213	455.383	368.830	81,0
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		38.968	39.027	-59	-0,2
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte		53.532	55.768	-2.236	-4,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		599.233	975.872	-376.639	-38,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		3.220.843	3.162.835	58.008	1,8
Verbriefte Verbindlichkeiten		23.521	49.596	-26.075	-52,6
Sicherheitsrücklage		263.666	253.395	10.271	4,1

* Umsetzung der Wertpapierleihe von den Forderungen an Kreditinstitute in die Position Wertpapiere

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Durch die Fokussierung auf zukunftssichernde Geschäfte mit unseren Kunden und den damit verbundenen Rückgang bei den Interbanken- und Eigenhandelsgeschäften sind die Bilanzsumme und das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 gesunken. Bedingt durch das anhaltend niedrige Zinsniveau wurden im Eigenhandelsgeschäft Fälligkeiten sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite nicht prolongiert bzw. reinvestiert. Die Sparkasse Oberhessen zählt zu den bedeutendsten regionalen Finanzdienstleistern in ihrem Geschäftsgebiet.

2. Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2014

Im vergangenen Jahr konnten wir auch in unserem Geschäftsgebiet eine zunehmende Wettbewerbsintensität bei der Kreditvergabe an private oder gewerbliche Kunden feststellen. Trotz der konsequenten vertrieblichen Ausrichtung unserer Vertriebsbereiche konnten wir das von uns geplante Wachstum bei der Kreditvergabe an unsere Unternehmenskunden bzw. im Bereich der Wohnungsbaukredit nicht vollständig realisieren. Im Kommunalkreditgeschäft wurden die Planwerte durch eine stärkere Inanspruchnahme der Kreditlinien übertroffen.

Unsere Ziele zur Geldvermögensbildung konnten wir im Verlauf des Jahres 2014 übertreffen. Zu diesem Ergebnis trug insbesondere das Geschäft mit Kommunen und Unternehmenskunden bei. Das Geschäft mit Privatkunden blieb jedoch hinter unseren Erwartungen zurück. Aufgrund des weiter anhaltenden, extrem niedrigen Zinsniveaus war weiterhin zu beobachten, dass unsere Kunden ihre Gelder in kurzfristige bilanzwirksame Anlageformen parkten oder zunehmend in Sachanlagen investierten.

Der Personalaufwand entwickelte sich in 2014 günstiger als geplant. Hierzu trugen im Wesentlichen zwei Faktoren bei. Es ist uns nicht gelungen, alle offenen Stellen in 2014 zeitnah zu besetzen. Aufgrund von nicht geplanten Austritten von Mitarbeitern wurde dieser Effekt verstärkt. Zusätzlich entwickelten sich die Sachkosten positiver als ursprünglich geplant. Dies resultiert aus geringeren Kosten für die Geschäftsräume und Pflichtbeiträge sowie durch geringere Aufwendungen durch nicht in Anspruch genommene Beratungsdienstleistungen.

Infolge der zuvor beschriebenen Einflussfaktoren hat sich das Betriebsergebnis vor Bewertung 2014 gegenüber der Planung deutlich verbessert.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Betriebsvergleich DSGV	Jahr	2014	2013	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge		103.280	102.530	750	0,7
Provisionsüberschuss		30.734	27.750	2.984	10,8
Verwaltungsaufwand (inklusive Abschreibungen)		80.413	79.266	1.147	1,4
Betriebsergebnis vor Bewertung		53.888	51.238	2.651	5,2
Bewertungsergebnis		7.952	-7.005	14.957	°
Betriebsergebnis nach Bewertung		61.840	44.232	17.608	39,8
Neutrales Ergebnis		-12.317	-6.699	-5.618	-83,9
Gewinnabhängige Steuern		15.257	10.563	4.694	44,4
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		23.500	16.700	6.800	40,7
Jahresüberschuss		10.766	10.271	495	4,8
Aufwands-Ertrags-Verhältnis		59,9%	60,7%		
Eigenkapital-Rentabilität ¹		10,94%	8,82%		

¹ Ergebnis vor Steuern zuzüglich Dotierung Fonds für allgemeine Bankrisiken in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage inklusive Bilanzgewinn des Vorjahres und Fonds für allgemeine Bankrisiken zu Beginn des Geschäftsjahres)

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Oberhessen war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten.

Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 1,76 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 bei 1,89 (Vorjahr: 1,47). Die Kennziffer verbesserte sich zum Bilanzstichtag aufgrund der rückläufigen Tagesgeldverbindlichkeiten im Interbankengeschäft. Die Zahlungsfähigkeit kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse Oberhessen als gewährleistet angesehen werden.

Vermögenslage

Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel gemäß CRR (EU-Verordnung Nr. 575/2013) überschreitet - bezogen auf die Summe der gewichteten Risikopositionen und der operationellen Risiken gemäß CRR per 31. Dezember 2014 - mit 20,10% (Vorjahr: 18,22%) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8%. Die anrechenbaren Eigenmittel haben sich gegenüber dem Vorjahr um 23,7 Mio. EUR auf 465,4 Mio. EUR zum 31. Dezember 2014 erhöht.

Gesamtbeurteilung

Insgesamt beurteilen wir die wirtschaftliche Lage unserer Sparkasse als zufriedenstellend.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Zum 31. Dezember 2014 hatten wir 1.042 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 876 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 88 Auszubildenden, 11 Sonstigen (2 Praktikanten und 9 Hausmeister), 11 Raumpflegerinnen und aus 56 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen.

Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2014, welche zu den Mitarbeiterzahlen im Bilanzanhang, in dem ein Durchschnittsbestand ausgewiesen wird, abweicht.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres mit Auswirkungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die zu einer anderen Darstellung der Lage geführt hätten, sind bis zur Aufstellung des Lageberichts nicht eingetreten.

6. Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Die betriebswirtschaftlich sinnvolle Anlage des eigenen Vermögens und das Erreichen der strategischen Unternehmensziele sind mit der Übernahme von Risiken verknüpft. Für uns als Universalkreditinstitut geht damit die kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken einher. Der professionelle und bewusste Umgang mit Risiken ist somit ein bedeutendes Aufgabenfeld und eine wichtige Voraussetzung für die Sicherheit der Kundeneinlagen.

Vor diesem Hintergrund haben wir geeignete Prozesse und Systeme zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Geschäftsrisiken implementiert. Im Rahmen eines aktiven Risikomanagements und unter Erfüllung der Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) und der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) werden diese von uns regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zum Risikomanagement werden eingehalten.

Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiken verstehen wir die Gefahr, dass die Sparkasse ihre laufenden und künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen kann. Die Anforderungen zum Management von Liquiditätsrisiken stellen neben dem Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne) auch auf das Refinanzierungsrisiko, das Abrufisiko, das Terminrisiko der Sparkasse und das Marktliquiditätsrisiko ab.

Für die Steuerung des Liquiditätsrisikos stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung. Zum einen besteht die Möglichkeit, einen kurzfristigen Liquiditätsbedarf über den Geldmarkt zu decken. Zum anderen stehen liquide Wertpapiere zur Verfügung, welche bei Bedarf beliehen bzw. veräußert werden könnten.

Im Betrachtungszeitraum wurden die vorgegebenen Limite und Zielwerte jederzeit eingehalten.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse entstehen.

Mit ihrem Management operationeller Risiken verfolgt die Sparkasse folgende Ziele:

- Identifizierung und Bewertung von Schwachstellen unter Risikogesichtspunkten
- Identifizierung von Schnittstellenrisiken
- Unterstützung bei der Festlegung und Priorisierung von Managementmaßnahmen
- Förderung des Risikobewusstseins durch Sensibilisierung der Mitarbeiter.

Über die Operationellen Risiken bzw. die Schäden im Zusammenhang mit diesen wird dem Vorstand Bericht erstattet. Dies geschieht turnusmäßig mindestens jährlich, bei besonderen Anlässen (hohe Schadensfälle) zudem in Form von ad hoc-Meldungen. Die Limitauslastung Operationeller Risiken wird im monatlichen Risikoreport dargestellt.

Stresstests

Die Sparkasse Oberhessen führt regelmäßige bzw. anlassbezogene Stresstests durch. Hierbei werden die Auswirkungen bezüglich außergewöhnlicher, aber plausibler und unter Umständen gravierender Ereignisse (aE-Stresstest) auf das Risikodeckungspotenzial bzw. auf die Liquidität geprüft.

Ergänzend führt die Sparkasse nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen inverse Stresstests durch. Inverse Stresstests untersuchen, welche Ereignisse oder Szenarien das Institut in seiner Überlebensfähigkeit gefährden könnten, d.h. wann das ursprüngliche Geschäftsmodell der Sparkasse nicht mehr durchführbar ist. Dabei stehen die Identifikation der maßgeblichen Risikotreiber (Risikoarten und Risikofaktoren) sowie die kritische Reflexion der Ergebnisse im Fokus.

Zurzeit würden nur unplausible Szenarien den Fortbestand der Sparkasse gefährden, weshalb aktuell kein zusätzlicher Handlungsbedarf besteht.

Resümee

Mit Blick auf ihren geschäftspolitischen Schwerpunkt bestimmen insbesondere die Risiken aus dem Kreditgeschäft mit der mittelständischen Wirtschaft und Zinsänderungsrisiken die Risikolage der Sparkasse. Insgesamt sind derzeit keine Risiken erkennbar, die auf die Sparkasse bestandsgefährdend wirken, beziehungsweise unmittelbaren Handlungsbedarf erfordern.

Das Risikomanagementsystem der Sparkasse Oberhessen ist umfassend etabliert und funktioniert stabil.

Die Sparkasse Oberhessen ist Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und wird, wie alle Institute dieser Gruppe, anhand ihrer betriebswirtschaftlichen Kennziffern und ihrer Risikotragfähigkeit beobachtet. Der Sparkasse Oberhessen wurde daraus keine erhöhte Risikolage zurückgespiegelt. Wir gehen auch im kommenden Geschäftsjahr von einer unverändert stabilen Risikoposition aus.

7. Ausblick 2015 und Prognosebericht

In zunehmendem Maße bestimmen exogene Faktoren die künftige Geschäftsentwicklung der Sparkasse Oberhessen. Weltpolitische Lage und Konjunkturverlauf beeinflussen die Zinsentwicklung und die Liquiditätsversorgung an den Geld- und Kapitalmärkten sowie das inländische Angebots- und Nachfrageverhalten.

Nach Einbeziehung aller Prämissen ergibt sich eine prognostizierte bilanzielle Eigenkapitalrentabilität zwischen 7,4% und 10,7%.

Sofern unsere Annahmen und Prognosen eintreten, rechnen wir aktuell in 2015 mit einem Rückgang im Jahresüberschuss.

8. Statistischer Bericht über die Erfüllung des öffentlichen Auftrags (§ 15 Abs. 2 Satz 2 HSpG i. V. m. § 2 HSpG)

Mitarbeiter, Geschäftsstellennetz und Förderung gemeinnütziger und kommunaler Belange

1. Mitarbeiter (per 31.12.2014)

Beschäftigte insgesamt	1.042
Davon Auszubildende	88

2. Geschäftsstellennetz (per 31.12.2014)

Geschäftsstellen inkl. Hauptstelle	65
Fahrbare Geschäftsstellen	3
SB-Filialen	12
Geldautomaten	98
Terminals mit Überweisungsfunktion	50

3. Spenden und Sponsoring (ohne Stiftungen) im Geschäftsjahr

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	2.324	100,0
Davon Verwendung für:		
• Soziales	131	5,6
• Kultur	271	11,7
• Umwelt	17	0,7
• Sport	135	5,8
• Forschung, Wirtschafts- und Wissenschaftsförderung	0	0,0
• Sonstiges	20	0,9
• Spende an die Stiftung der Sparkasse Oberhessen	250	10,8
• Zuführung zur Stiftung der Sparkasse Oberhessen	1.500	64,5

7. Sonstige Beteiligungen Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen

(Stand zum 31.12.2014)

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Landrat	Agentur für Arbeit	Landrat	Mitglied Verwaltungsausschuss		
	DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat	stellv. Vorsitzenden		
	ekom 21 / KGRZ Hessen	Landrat	Aufsichtsratsmitglied Verbandsvorstand		
	GVV - Kommunalversicherung	Landrat	Regionalbeiratsmitglied		Vers.-beiträge nach Vers.-Schutz
	hessenEnergie	Landrat	Aufsichtsratsmitglied		
	Hessische Akademie für musische kulturelle Bildung	Landrat	Aufsichtsratsmitglied		
	Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat	Mitglied		
	HLT - Bezirksversammlung Süd	Landrat	Mitglied		
	HLT - Finanzausschuss	Landrat	Mitglied		
	HLT - Rechts- und Europa- ausschuss	Landrat	Mitglied		
	HLT - Sozialausschuss	Landrat	Mitglied		
	HLT - Wirtschafts- und Planungsausschuss	Landrat	Mitglied		
	HLT - Ausschuss für Optionskommunen	Landrat	Mitglied		

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
	Oberhessen Gas	Landrat	Beiratsmitglied		
	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	Landrat	Mitglied Bausparkassenausschuss		
	Verband Deutscher Naturparke e.V.	Landrat	Vorsitzender AG Hessischer Naturparke		
Haupt- und Rechtsamt	Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V.	Landrat	Mitglied kraft Amtes	1951	150,00
	Hessischer Museumverband Kassel	Landrat	Mitglied	1954	76,00
	Hessischer und Deutscher Landkreistag	Verschiedene Vertreter in verschiedenen Gremien			52.627,00
	Hessischer Verwaltungsschulverband	Vertretung durch HLT	Mitglied	1980	9.144,65
	Hohhausmuseum Lauterbach e.V.	Landrat Vertretung Kbg Meyer	Vorstandsmitglied kraft Amtes	1951	150,00
	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	Frau Wiese	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.787,36
	Kommunaler Arbeitsgeberverband Hessen	Landrat	Vertreter kraft Amtes		4.372,00
	Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat	Mitglied	1992	25,00 Zuschuss: 3.500,00
	Unfallkasse Hessen	Landrat			82.923,65
Pressestelle / Kommunikation	Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V.	Herr Ruhl	Mitglied	2009	140,00

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Amt für Finanzen und Kassenwesen	AG Deutsche Sportämter	Landrat	Mitglied	1995	55,00
	AG Hessischer Sportämter	Frau Stiebing	Mitglied	2000	
	CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Zt. nicht aktiv)	2001	
	Fachverband der Kommunal-kassenverwalter e.V.	Herr Braun	stellv. Landesvorsitzender	1970	50,00
Amt für Schulen und Liegenschaften	AZN - Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förderverein Kirtorf e.V.	Erster Kreisbeigeordneter Zielinski	Vorstandsmitglied	1996	1.023,00 <u>Zuwendung:</u> 18.977,00
	Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Schwärzel	Korrespondierendes Mitglied	2005	250,00
	Ingenieurkammer Hessen	Herr Schmidt	Mitglied	2009	125,00
Amt für Soziale Sicherung	Behindertenhilfe Vogelsbergkreis e.V.	Kreisbeigeordneter Bönsel	Mitglied Vertreterversammlung		
	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	Wird i.d.R. auf HLT del.		1985	398,81
	Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00
	Lebenshilfe für körperlich und geistig behinderte Menschen Vogelsbergkreis e.V.	Nach Bedarf	Mitglied	1982	25,00 <u>Zuschuss:</u> 78,13
	Soziales Beratungszentrum Schotten e.V.	Herr Herget	Mitglied	2014	100,00

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Amt für Bauen und Umwelt	Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	Kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhe der Mitgliedschaft)	1951/ 1953	
	Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	Kreistagsabgeordneter	Vorstandsmitglied	1985	250,00
	Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V.	Landrat	Mitglied	1990	130,00
	Verein Klimabündnis e.V.	Kein Vertreter	Mitglied	1993	740,94
	DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	Kreisausschuss des Vogelsbergkreises	Mitglied	1998	386,00
Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten	Kreisfeuerwehrverband	Landrat	Mitglied	1973	<u>Zuwendung:</u> 8.200,00
	Migrationsrecht.net	Sammelmitgliedschaft bis 10 MA Ausländerbehörde	Mitglied	2006	257,04
	Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf Frau Geisel	Vertreter	2005	
Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				
Amt für den ländlichen Raum und Daseinsvorsorge	Verein Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Mitglied	Vorstandsmitglied	2010	180,00
	Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat	Mitglied	1987	35,00
	Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Vertreter Landrat KA	Mitglied	1970	307,00

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Amt für Wirtschaftsförderung und Revision	Deutsche Vulkanologische Gesellschaft e.V.	Landrat Herr Greb	Mitglied Vorstandsmitglied Fachsektion Vulkan VB	2008	60,00
	Gütegemeinschaft Mittelstandorientierte Kommunalverwaltung e.V.	Landrat	Mitglied seit 2010	2010	2.500,00
	Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat	Beiratsmitglied	1990	511,29
	Institut der Rechnungsprüfer	Herr Dr. Köhler-Hälbig	Mitglied	2010	50,00
	Lutherweg in Hessen e.V.	Landrat	Mitglied	2013	400,00
	Präsidium der Regionalversammlung Mittelhessen	Herr Künz (stellv. Vorsitzender) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied	1983	6.391,62
	Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Vorstandsmitglied	2003	200,00
Amt für Volkshochschule	Hessischer Volkshochschulverband e.V.	Frau Schenker	Mitglied	2003	2.889,29
	Marketing-Projekt der hessischen Volkshochschulen (über hvv)	Frau Schenker	Mitglied	2003	577,44
	Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über Vogelsberg Consult)	Frau Schenker	Mitglied	2003	
	Weiterbildung Hessen e.V.	Frau Schenker	Mitglied	2008	575,00

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Jugendamt	B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	Fachliche Zusammenarbeit	1996	<u>Zuschuss:</u> 10.240,00
	Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Frau Scherer	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.640,00
	Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		510,00
	Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat	Mitglied	1952	<u>Zuschuss:</u> 1.000,00
Gesundheitsamt	Arbeitskreis Jugendzahnpflege	Frau Meudt Herr Dr. Reygers	Mitglieder	1992	
	Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Herr Dr. Reygers	Kreisarzt	2008	
	Hessische AG für Gesundheitserziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglieder	1973	512,00
	Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglieder	1982	<u>Einmalige Einlage:</u> 1.022,59
	MRE - Netz Mittelhessen	Herr Dr. Reygers	Vorstandsmitglied	2011	
	Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	Beratendes Mitglied		
	Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Herr Lehmann	Vorstandsmitglied	1987	52,00
Gleichstellungsstelle	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				

federführendes Amt	Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €
Frauenbeauftragte	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				
Personalrat	Keine Mitgliedschaften in Verbänden und/oder Vereinen vorhanden				

III. Kontaktadressen und Ansprechpartner

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail / Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus
Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD)	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Hans-Werner	Müller
AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus
Gesundheits- und Pflegezentrum Alsfeld gemeinnützige GmbH (GuPA)	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 98-0 06631 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Bodo	Assmus
Grundstücksverwaltungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH (GVVB)	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977 382	renate.stiebing@vogelsbergkreis.de	Frau	Renate	Stiebing
ProjektentwicklungsGmbH & Co Schule an der Wascherde KG	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977 3840	pegvbk@vogelsbergkreis.de	Herr	Walter	Bathke
Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 9641-0 06631 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-vb.de	Frau	Karina	Lindner



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail / Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Zweckverband Oberhessische Versorgungs- betriebe (ZOV)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 82-0 06031 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr Herr	Rainer Rolf	Schwarz Gnadl
Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 82-0 06031 82-1332	info@ovag.de www.ovvg.de	Herr Herr	Rainer Rolf	Schwarz Gnadl
Oberhessische Versorgungs- betriebe AG (OVAG)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 82-0 06031 82-1332	info@ovag.de www.ovag-gruppe.de	Herr Herr	Rainer Rolf	Schwarz Gnadl
OVAG Energie AG	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031/6848-0 06031/6848-1547	service@ovag-energie.de www.ovag-energie.de	Herr	Rainer	Schwarz
OVAG Netz AG	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031/82-0 06031/82-1429	netznutzung@ovag- netz.de www.ovag-netz.de	Herr	Rolf	Gnadl
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO)	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031/16609-0 06031/16609-116	info.friedberg@vgo.de www.vgo.de	Herr	Armin	Klein
Vogelsberg Consult GmbH	Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 9616-0 06631 9616-16	info@vogelsberg- consult.de www.vogelsberg- consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsbergkreis GmbH	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977 -271	eckhard.koehler-haelbig @vogelsbergkreis.de	Herr	Dr. Eckhard	Köhler-Hälbig
Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH	Hanauer Str. 9 - 13	61169 Friedberg/Hess	06031 82 1394 06031 82 641394	jardella@bigo.net www.bigo.net	Herr Herr	Manfred Stefano	Görig Jardella



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail / Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 9648-48 06044 9648-49	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Herr	Roger	Merk
RhönEnergie Osthessen GmbH (GWV)	Bahnhofstraße 2	36037 Fulda	0661 12-0 0661 12 2002-	info@re-osthessen.de www.re-osthessen.de	Herr	Dipl. Soz. Oec. Martin	Heun
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 294-0 06192 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Klaus Peter	Güttler
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis (ZAV)	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 9671-0 06641 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
Abfall-Entsorgungsgesellschaft Vogelsbergkreis mbH (AEGV)	Am Graben 96	Lauterbach	06641 9671-0 06641 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH (NEV)	Am Graben 96	Lauterbach	06641 9671-0 06641 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Karl-Weber-Str. 2	63679 Schotten	06044 2631 06044 987465	naturparkvogelsberg@t-online.de www.natpa.de	Herr	Rudolf	Frischmuth
Verein Geopark Vulkanregion Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 977-265 06641 977-5265	geopark@vogelsbergkreis.de www.geopark-vogelsberg.de	Herr	Hartmut	Greb
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 775-205 05681 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail / Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 83 7100 06031 83-7104	wv-nidda@ wetteraukreis.de	Herr	Stefan	Gottbehüt
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Am Ringofen 17	36304 Alsfeld	06641 977-331 06641 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Dr. Arno	Wettlaufer
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 86-0 06031 86-128	info@sparkasse- oberhessen.de www.sparkasse- oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2014 wird den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) per E-mail und auf CD-Rom zur Verfügung gestellt. Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter www.vogelsbergkreis.de → Sicherheit, Recht, Planung → Beteiligungsberichte.

Die Informationen dieses Berichtes basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2014. Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

Es wird keine Gewähr für den fehlerfreien Datentransfer aus den, von den Beteiligungsunternehmen bereitgestellten Dateien übernommen – rechtsverbindlich ist der Jahresbericht / Jahresabschluss der Beteiligung und nicht die Darstellung im Beteiligungsbericht.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises
Goldhelg 20
36341 Lauterbach
Telefon: 06641 / 977-0
Telefax: 06641 / 977-336
Homepage: www.vogelsbergkreis.de